

Organisation, Tätigkeit und Jahresabschluss

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die Organisation der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), beschreibt die Tätigkeit der BIZ im Geschäftsjahr 2008/09 und enthält ihren Jahresabschluss.

Organisation

Aufgabe der BIZ ist es, Zentralbanken und Finanzbehörden in ihrem Streben nach Währungs- und Finanzstabilität zu unterstützen, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu fördern und den Zentralbanken als Bank zu dienen. Die BIZ erfüllt diese Aufgabe, indem sie:

- Den Austausch unter Zentralbanken fördert und ihre Entscheidungsfindung erleichtert
- Den Dialog mit anderen Gremien unterstützt, die Verantwortung für die Förderung der Finanzstabilität tragen
- Forschungsarbeiten zu Grundsatzfragen durchführt, mit denen Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen des Finanzsystems konfrontiert sind
- Als erste Adresse für Finanzgeschäfte von Zentralbanken fungiert
- Als Agent oder Treuhänder im Zusammenhang mit internationalen Finanztransaktionen wirkt

Die BIZ hat ihren Hauptsitz in Basel, Schweiz, sowie Repräsentanzen in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China und in Mexiko-Stadt. Am Ende des Geschäftsjahres waren bei der BIZ 570 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 53 Ländern beschäftigt.

Abteilungen und Ausschüsse

Die BIZ hat drei Hauptabteilungen: die Währungs- und Wirtschaftsabteilung, die Bankabteilung und das Generalsekretariat. Sie werden ergänzt durch: den Rechtsdienst, die Abteilungen Compliance und Operationelles Risiko, Interne Revision und Risikocontrolling sowie das Institut für Finanzstabilität (FSI), das die Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen in der Finanzaufsicht weltweit unterstützt.

Die Bank stellt auch das Sekretariat für eine Reihe von Gremien, die sich um die Förderung der Stabilität im Finanzbereich bemühen. Vier Ausschüsse wurden im Laufe der letzten 40 Jahre eingesetzt und entscheiden recht autonom über ihre Arbeitsthemen und die Organisation ihrer Tätigkeiten:

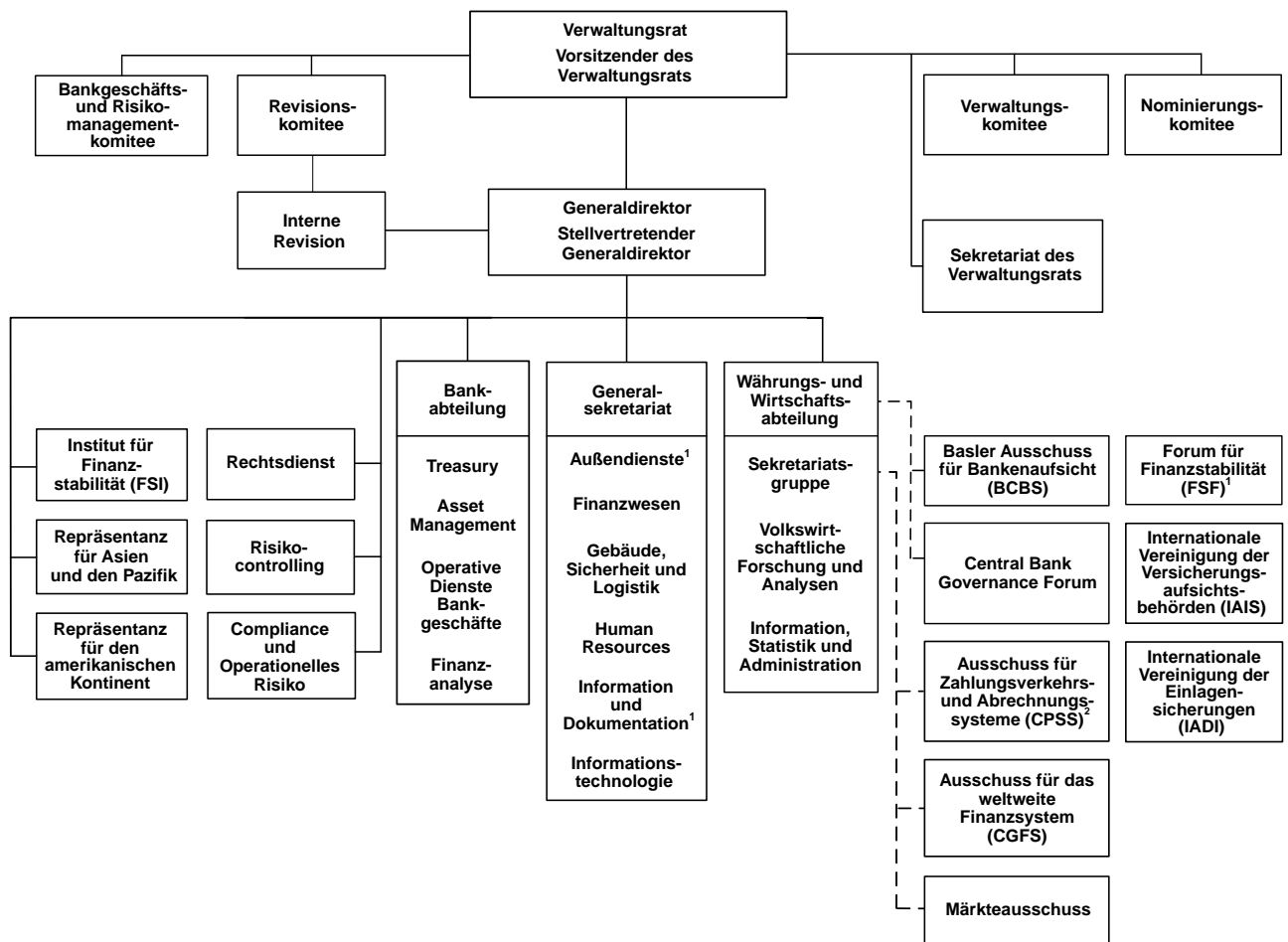
- Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS)
- Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS)
- Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS)
- Märkteausschuss

Drei Gremien, deren Sekretariat bei der BIZ angesiedelt ist, sind weder ihr noch ihren Mitgliedszentralbanken direkt unterstellt:

- Financial Stability Board (FSB; ehemals Forum für Finanzstabilität, FSF)
- Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (IADI)
- Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS)

Ferner ist das Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics, das durch die internationale Zentralbankengemeinschaft geführt wird, unter der Ägide der BIZ tätig. Die BIZ unterstützt überdies die Arbeit der Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung.

Organigramm der BIZ per 31. März 2009



¹ Am 1. April 2009 wurde das Financial Stability Board als Nachfolgeorganisation des Forums für Finanzstabilität gegründet; die Abteilung Außendienste wurde in Konferenz- und Tagungsservice umbenannt, und die Abteilung Information und Dokumentation wurde zur Abteilung Kommunikation.

² Das CPSS-Sekretariat ist auch für die Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (CBCDG) zuständig.

Führungsstruktur und Management

Die drei wichtigsten Entscheidungsebenen in der Führung und Verwaltung der Bank sind:

- Die Generalversammlung der Mitgliedszentralbanken
- Der Verwaltungsrat
- Der Generaldirektor

Die Generalversammlung. 55 Zentralbanken bzw. Währungsbehörden sind derzeit Mitglieder der BIZ und bei der Generalversammlung stimm- und teilnahmeberechtigt. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von vier Monaten nach dem 31. März, dem Ende des Geschäftsjahres der Bank, statt.

Der Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat der BIZ umfasst 19 Mitglieder. Seine Hauptaufgaben sind die Festlegung der strategischen Ausrichtung der Bank und ihrer Geschäftspolitik sowie die Überwachung der Geschäftsleitung. Unterstützt wird der Verwaltungsrat von vier Unterausschüssen, die sich aus Verwaltungsratsmitgliedern zusammensetzen: dem Verwaltungskomitee, dem Revisionskomitee, dem Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee sowie dem Nominierungskomitee.

Der Generaldirektor. Der Generaldirektor der BIZ ist gegenüber dem Verwaltungsrat für die Führung sämtlicher wichtiger Geschäfte verantwortlich, die die BIZ betreffen. Er wird von der Geschäftsleitung der BIZ beraten, deren Vorsitz der Generaldirektor innehat und die sich außerdem aus dem Stellvertretenden Generaldirektor, den Leitern der drei Hauptabteilungen sowie anderen vom Verwaltungsrat ernannten Beamten gleichen Ranges zusammensetzt.

Mitgliedszentralbanken der BIZ¹

Banque d'Algérie	Lietuvos Bankas (Litauen)
Banco Central de la República Argentina	Bank Negara Malaysia
Reserve Bank of Australia	Narodna Banka na Republika Makedonija
Banque Nationale de Belgique	Banco de México
Centralna banka Bosne i Hercegovine	De Nederlandsche Bank
Banco Central do Brasil	Reserve Bank of New Zealand
Bulgarian National Bank	Norges Bank (Norwegen)
Banco Central de Chile	Oesterreichische Nationalbank
People's Bank of China	Bangko Sentral ng Pilipinas (Philippinen)
Danmarks Nationalbank	Narodowy Bank Polski (Polen)
Deutsche Bundesbank	Banco de Portugal
Eesti Pank (Estland)	Banca Natională a României (Rumänien)
Europäische Zentralbank	Central Bank of the Russian Federation (Russland)
Suomen Pankki (Finnland)	Saudi Arabian Monetary Agency
Banque de France	Sveriges Riksbank (Schweden)
Bank of Greece (Griechenland)	Schweizerische Nationalbank
Hong Kong Monetary Authority	Monetary Authority of Singapore
Reserve Bank of India	Národná Banka Slovenska (Slowakei)
Bank Indonesia	Banka Slovenije (Slowenien)
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	Banco de España
Sedlabanki Islands	South African Reserve Bank (Südafrika)
Bank of Israel	Bank of Thailand
Banca d'Italia	Ceská národní banka (Tschechische Republik)
Bank of Japan	Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankası
Bank of Canada	Magyar Nemzeti Bank (Ungarn)
Bank of Korea	Board of Governors of the Federal Reserve System (USA)
Hrvatska narodna banka (Kroatien)	Bank of England
Latvijas Banka (Lettland)	

¹ Gemäß Artikel 15 der Statuten können sich nur Zentralbanken am Kapital der Bank beteiligen. Die Rechtslage der jugoslawischen Ausgabe des Aktienkapitals der BIZ wird derzeit überprüft, nachdem die Bundesrepublik Jugoslawien durch die Verfassungsänderungen vom Februar 2003 in die Union Serbien und Montenegro umgewandelt und zwei getrennte Zentralbanken eingerichtet wurden und nachdem die Republik Montenegro im Mai 2006 ihre Unabhängigkeit von der Union erklärt hat.

Verwaltungsrat²

Guillermo Ortiz, Mexiko-Stadt
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Hans Tietmeyer, Frankfurt am Main
Stellvertretender Vorsitzender

Ben S. Bernanke, Washington
Mark Carney, Ottawa
Mario Draghi, Rom
William C. Dudley, New York
Stefan Ingves, Stockholm
Mervyn King, London
Jean-Pierre Landau, Paris
Christian Noyer, Paris
Guy Quaden, Brüssel
Jean-Pierre Roth, Zürich
Masaaki Shirakawa, Tokio
Jean-Claude Trichet, Frankfurt am Main
Paul Tucker, London
Alfons Vicomte Verplaetse, Brüssel
Axel A. Weber, Frankfurt am Main
Nout H.E.M. Wellink, Amsterdam
Zhou Xiaochuan, Beijing

Stellvertreter

Paul Fisher oder Michael Cross, London
Pierre Jaillet oder Denis Beau, Paris
Donald L. Kohn oder D. Nathan Sheets, Washington
Hans-Helmut Kotz oder Wolfgang Mörke, Frankfurt am Main
Peter Praet oder Jan Smets, Brüssel
Fabrizio Saccomanni oder Ignazio Visco, Rom

Verwaltungsratskomitees

Verwaltungskomitee, unter dem Vorsitz von Hans Tietmeyer
Revisionskomitee, unter dem Vorsitz von Christian Noyer
Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee,
unter dem Vorsitz von Stefan Ingves
Nominierungskomitee, unter dem Vorsitz von Guillermo Ortiz

² Stand 31. Mai 2009.

Oberste Führungsebene

Jaime Caruana	Generaldirektor
Hervé Hannoun	Stellvertretender Generaldirektor
Peter Dittus	Generalsekretär, Abteilungsleiter
Stephen G. Cecchetti	Volkswirtschaftlicher Berater, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Günter Pleines	Leiter der Bankabteilung
Daniel Lefort	Direktor des Rechtsdienstes
Már Gudmundsson	Stellvertretender Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Jim Etherington	Stellvertretender Generalsekretär
Louis de Montpellier	Stellvertretender Leiter der Bankabteilung
Josef Tošovský	Vorsitzender, Institut für Finanzstabilität

Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene

In der Sitzung des Verwaltungsrats vom Januar 2009 wurde Guillermo Ortiz, Gouverneur des Banco de México, als Nachfolger von Jean-Pierre Roth, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats gewählt, und zwar für eine Amtszeit von drei Jahren beginnend am 1. März 2009.

Mit Schreiben vom 17. Oktober 2008 erneuerte Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, das Mandat von Hans Tietmeyer als Mitglied des Verwaltungsrats für zwei Jahre, vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2010. In seiner Sitzung vom November 2008 bestätigte der Verwaltungsrat Hans Tietmeyer für denselben Zeitraum als Stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats.

Fabrizio Saccomanni, Generaldirektor der Banca d'Italia, schied am Ende seiner Amtsdauer, am 22. Dezember 2008, aus dem Verwaltungsrat aus.

Am 26. Januar 2009 trat Timothy F. Geithner als Präsident der Federal Reserve Bank of New York zurück und schied aus dem Verwaltungsrat aus. Mit Schreiben vom 2. Februar 2009 berief Ben S. Bernanke, Vorsitzender des Board of Governors des Federal Reserve System, William C. Dudley für den Rest der Amtsdauer von Timothy F. Geithner, d.h. bis zum 12. September 2009, in den Verwaltungsrat.

In seiner Sitzung vom März 2009 nahm der Verwaltungsrat die Bestätigung von Vicomte Verplaetse, Ehrengouverneur der Banque Nationale de Belgique, als Verwaltungsratsmitglied für eine weitere Amtszeit von 10 Monaten bis zum 31. Dezember 2009 durch Guy Quaden, Gouverneur der Banque Nationale de Belgique, zur Kenntnis.

Der Verwaltungsrat nahm mit tiefem Bedauern vom Ableben von Lord George of St Tudy am 18. April 2009 im Alter von 70 Jahren Kenntnis. Lord George war als Gouverneur der Bank of England von 1993 bis 2003 Ex-officio-Mitglied des Verwaltungsrats und von 2003 bis zu seinem Tode ernanntes Mitglied.

Mit Schreiben vom 23. April 2009 berief Mervyn King, Gouverneur der Bank of England, Paul Tucker, Stellvertretender Gouverneur der Bank of England, für den Rest der Amtsdauer von Lord George, d.h. bis zum 6. Mai 2011, in den Verwaltungsrat.

Die Bank erfuhr mit tiefem Bedauern, dass Baron Jean Godeaux, Ehrengouverneur der Banque Nationale de Belgique, am 27. April 2009 im Alter von 86 Jahren verstorben ist. Baron Godeaux war von 1982 bis 1990 Mitglied des Verwaltungsrats, von 1985 bis 1987 hatte er das Amt des Vorsitzenden des Verwaltungsrats und des Präsidenten der Bank inne.

Ferner nahm der Verwaltungsrat mit tiefem Bedauern Kenntnis vom Tod von Masaru Hayami, dem ehemaligen Gouverneur der Bank of Japan, am 16. Mai 2009 im Alter von 84 Jahren. Masaru Hayami war von 1998 bis 2003 Mitglied des Verwaltungsrats.

In der obersten Führungsebene der Bank schied Malcolm D. Knight am 30. September 2008 aus der Bank aus; die Aufgaben des Generaldirektors nahm Hervé Hannoun als Geschäftsführender Generaldirektor bis zum Amtsantritt des neuen Generaldirektors wahr. Per 1. April 2009 wurde Jaime Caruana für eine Amtszeit von fünf Jahren zum neuen Generaldirektor der Bank ernannt.

In seiner Sitzung vom März 2009 bestätigte der Verwaltungsrat Peter Dittus als Generalsekretär der Bank für eine Amtszeit von fünf Jahren ab 1. Januar 2010.

Daniel Lefort, derzeitiger Direktor des Rechtsdienstes, wird am 30. September 2009 in den Ruhestand treten. In seiner Sitzung vom Mai 2009 ernannte der Verwaltungsrat Diego Devos zum Direktor des Rechtsdienstes der Bank ab 1. Oktober 2009 für eine Amtszeit von fünf Jahren.

In der gleichen Sitzung bestätigte der Verwaltungsrat Günter Pleines als Leiter der Bankabteilung für eine Amtszeit von drei Jahren und einem Monat ab 1. April 2010.

Institutionelles und Administratives

Verwaltung der Bank

Budgetpolitik

Die Erstellung des Ausgabenbudgets der Bank für das kommende Geschäftsjahr beginnt rund sechs Monate im Voraus damit, dass die Geschäftsleitung

die allgemeine Geschäftsorientierung und den grundlegenden Finanzrahmen festlegt. Vor diesem Hintergrund spezifizieren dann die einzelnen Geschäftsbereiche ihre Pläne und den entsprechenden Ressourcenbedarf. Die Abstimmung der detaillierten Geschäftspläne, der Ziele und der insgesamt verfügbaren Ressourcen mündet in der Erstellung eines Entwurfs für das Finanzbudget. Dieser muss vor Beginn des Geschäftsjahres vom Verwaltungsrat genehmigt werden.

Bei der Erstellung des Budgets wird zwischen Verwaltungskosten und Investitionsausgaben unterschieden. Wie bei vergleichbaren Organisationen entfallen rund 70% der Verwaltungskosten der Bank auf die Geschäftsleitungs- und Personalaufwendungen einschließlich Vergütungen, Renten sowie Kranken- und Unfallversicherung. Andere wichtige Kategorien, die je rund 10% der Verwaltungskosten ausmachen, sind Aufwendungen für Informationstechnologie (IT) und Telekommunikation sowie Gebäude und Geschäftsausstattung. Die Investitionsausgaben betreffen vor allem die Gebäude und die IT-Ausstattung; sie können von Jahr zu Jahr erheblich schwanken. Die Verwaltungskosten und die Investitionsausgaben der Bank fallen vorwiegend in Schweizer Franken an.

Im Geschäftsjahr 2008/09 betragen die Verwaltungskosten vor Abschreibungen CHF 237,9 Mio. und lagen damit um 4,6% unter dem Budgetbetrag von CHF 247,9 Mio.;³ die Investitionsausgaben beliefen sich auf CHF 22,1 Mio. und unterschritten das Budget um 2,9 Mio. Die Unterschreitung des Budgets bei den Verwaltungskosten war hauptsächlich geringeren Personalausgaben zuzuschreiben, da es bei der Besetzung offener Stellen zu Verzögerungen kam. Auch die Ausgaben für das Datenzentrum der Bank und andere IT- und Telekommunikationsposten lagen tiefer als budgetiert.

In den Verwaltungskosten und Investitionsausgaben 2008/09 schlugen sich die Prioritäten des Budgets nieder, insbesondere die weitere Stärkung der Widerstandsfähigkeit der BIZ und ihrer Fähigkeit, auf unvorhergesehene Entwicklungen zu reagieren. Folgende Maßnahmen wurden ergriffen:

- Mit Blick auf die Finanzmarkturbulenzen ab August 2007 wurden zusätzliche Stellen in der Bankabteilung, im Forum für Finanzstabilität (nun Financial Stability Board) und in der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko budgetiert. Die erforderliche Umverteilung der Ressourcen erfolgte mittels eines Stellenabbaus im Generalsekretariat, vor allem durch Outsourcing bestimmter IT-Tätigkeiten
- Das zweite Datenzentrum der Bank wurde an einen entfernten Standort verlagert, um die Aufrechterhaltung des Betriebs und der Kundendienstleistungen bei einem größeren Zwischenfall in Basel sicherzustellen

Im Zentrum der Arbeit der Bank im vergangenen Geschäftsjahr stand die Notwendigkeit, sich den Herausforderungen der sich verschärfenden globalen Finanzkrise zu stellen, und bei den Ressourcen der Bank wurde für die entsprechenden Aufgabenbereiche umdisponiert. Dies erfolgte innerhalb des Budgetrahmens und beinhaltete folgende Maßnahmen:

³ Das Budget der Bank beruht auf Kassenbeständen; bestimmte Berichtigungen in der Finanzbuchhaltung – hauptsächlich im Zusammenhang mit Vorsorgeverpflichtungen, bei denen Finanzmarkt- und versicherungsmathematische Entwicklungen berücksichtigt werden – sind ausgeklammert. Diese zusätzlichen Faktoren gehen in den Posten „Geschäftsaufwand“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein (s. „Jahresabschluss und Gewinnverwendung“).

- Die Währungs- und Wirtschaftsabteilung änderte den Schwerpunkt ihrer Arbeitsprogramme und wies ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an, sich auf Finanzstabilitätsfragen aufgrund der Krise zu konzentrieren, und zwar im Rahmen sowohl der Unterstützung für die bei der BIZ angesiedelten Ausschüsse als auch der Forschungstätigkeit
- Die Bankabteilung und die Abteilungen Risikocontrolling und Finanzwesen ergriffen eine Reihe von Maßnahmen, um die finanziellen Risiken der Bank zu mindern, u.a. die Verringerung des Kreditrisikos durch vermehrte Anlagen in Wertpapiere von staatlichen und staatsnahen Emittenten, die Verkürzung der Duration von Finanzinstrumenten auf beiden Seiten der Bilanz und mehrere Vorkehrungen zum Schutz der Bankverbindlichkeiten. Zusammen mit der erhöhten Volatilität aufgrund der Verwerfungen an den Finanzmärkten bewirkten diese Maßnahmen einen Mehraufwand bei der Durchführung der Bankgeschäfte, wofür zusätzliche personelle Ressourcen bereitgestellt wurden

Außerdem wurde die Arbeit an folgenden Initiativen fortgeführt, um den Bedürfnissen der Aktionärszentralbanken der BIZ gerecht zu werden:

- Ausbau der Dienstleistungen der BIZ zur Vertiefung der Beziehungen zu den Aktionärszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum durch die Fortführung des asiatischen Forschungsprogramms
- Schaffung eines Consultative Council for the Americas (CCA)
- Abschluss mehrjähriger Projekte zur Verbesserung der Sitzungseinrichtungen und Erhöhung der Sicherheit in Basel

Im März 2009 genehmigte der Verwaltungsrat eine Erhöhung des Verwaltungsbudgets für das Geschäftsjahr 2009/10 um 4,0% auf CHF 259,2 Mio. Das Investitionsbudget wurde um CHF 3,1 Mio. auf CHF 21,9 Mio. herabgesetzt. Oberste Priorität bei der Festlegung des Budgetrahmens für 2009/10 hat eine verstärkte Reaktion der Bank auf die globale Finanzkrise, und zwar durch:

- Erhöhung der für Finanzstabilitätsfragen bereitgestellten Ressourcen, indem neue Stellen für die zusätzlichen Aufgaben und Arbeitsthemen des Financial Stability Board, des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht und des Ausschusses für das weltweite Finanzsystem geschaffen werden
- Erneute Festlegung der Auswirkungen der Finanzkrise als oberster Priorität für die Bankabteilung und die Abteilungen Risikocontrolling, Finanzwesen und Compliance. Die Arbeit im Bankgeschäft wird sich auf die Begrenzung des Transaktionsumfangs und die Optimierung des Managements der Bankgeschäfte konzentrieren. Dazu werden Vorstöße zur Einführung eines integrierten Risikomanagements und zur Verbesserung des internen Rechnungswesens unternommen

Zudem sieht das Budget 2009/10 die Weiterführung der Bemühungen der BIZ um eine stärkere globale Ausrichtung vor, indem einerseits der Consultative Council for the Americas unterstützt wird und andererseits nach Abschluss des asiatischen Forschungsprogramms im September 2009 eine ständige Forschungsabteilung in der Repräsentanz Asien geschaffen wird. Darüber hinaus werden die Restauranteinrichtungen für Besucher im Turm-Gebäude in Basel nach mehr als 30 Jahren erneuert.

Vergütungspolitik

Die Stellen der BIZ-Personalmitglieder werden anhand einer Reihe objektiver Kriterien – z.B. der erforderlichen Qualifikationen und Erfahrung sowie der Verantwortlichkeiten – klar definierten Kategorien zugeordnet. Die Stellenkategorien sind mit Gehaltsbändern verknüpft. Alle drei Jahre wird die Gehaltsstruktur umfassend überprüft, wobei die Gehälter der BIZ den Vergütungen in vergleichbaren Institutionen und Marktsegmenten gegenübergestellt werden. Bei diesem Vergleich konzentriert sich die Bank auf die obere Hälfte der Marktbandbreite, um für hochqualifiziertes Personal attraktiv zu sein. Außerdem werden Besteuerungsunterschiede berücksichtigt. Die letzte Überprüfung der Gehaltsstruktur fand im zweiten Halbjahr 2007 statt, wobei vergleichbare Marktdaten per 1. Juli 2007 als Benchmark verwendet wurden. Per 1. Juli 2008 wurden die Mittelwerte der Gehaltsbandbreiten der Bank an diese Benchmark angeglichen. Gleichzeitig wurde auch die geschätzte Veränderung der für den Vergleich herangezogenen Marktgehälter gegenüber dem 1. Juli 2007 berücksichtigt. Basierend auf der Teuerung in der Schweiz und dem gewichteten Durchschnitt der Realloohnerhöhungen in den Industrieländern betrug die entsprechende Anpassung 2,0%. Die Entwicklung des Gehalts der einzelnen Personalmitglieder in dem jeweiligen Gehaltsband richtet sich nach ihrer Leistung.

Die Personalmitglieder haben über die BIZ Zugang zu einer beitragspflichtigen Kranken- und Unfallversicherung sowie zu einem Pensionssystem mit Leistungsprimat. Nicht schweizerische und vor ihrer Anstellung bei der Bank nicht am Ort ansässige Personalmitglieder (einschl. Mitgliedern der obersten Führungsebene), die für eine Stelle am BIZ-Hauptsitz rekrutiert wurden, haben Anspruch auf eine Auslandszulage. Derzeit beträgt sie 14% des Jahresgehalts für unverheiratete Personalmitglieder und 18% für verheiratete, bis zu einer bestimmten Höchstgrenze. Expatrierte Personalmitglieder haben außerdem Anspruch auf eine Ausbildungszulage für ihre Kinder, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind.⁴ Bei Anstellungen in den Repräsentanzen wird zwischen vom Hauptsitz entsandten Personalmitgliedern und direkt für die Stelle in der Repräsentanz rekrutierten Personalmitgliedern unterschieden. Die Anstellungsbedingungen der vom Hauptsitz entsandten Personalmitglieder werden gemäß der Politik der Bank für internationale Entsendungen festgelegt. Für Personalmitglieder, die direkt für die Stelle in einer Repräsentanz rekrutiert werden, gelten Anstellungsbedingungen, die den Bedingungen am Arbeitsmarkt des Standorts der Repräsentanz entsprechen. Diese Personalmitglieder haben Zugang zur selben Kranken- und Unfallversicherung und zum selben Pensionssystem wie die am BIZ-Hauptsitz rekrutierten Personalmitglieder.

Die Gehälter der Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank werden regelmäßig den Vergütungen in vergleichbaren Institutionen und Marktsegmenten gegenübergestellt. Zusammen mit der Überprüfung der Gehaltsstruktur des übrigen BIZ-Personals fand die letzte Überprüfung dieser Gehälter im zweiten Halbjahr 2007 statt. Die Ergebnisse bestätigten die Angemessenheit

⁴ Bestimmte Personalmitglieder, die bereits vor 1997 bei der Bank angestellt waren, erhalten eine Auslandszulage von 25%, haben jedoch keinen Anspruch auf eine Ausbildungszulage.

der aktuellen Praxis, die Gehälter der Mitglieder der obersten Führungsebene jährlich der Teuerung in der Schweiz anzupassen.

Per 1. Juli 2008 entsprach für die nachstehenden Mitglieder der Geschäftsleitung die jährliche Vergütung vor Auslandszulagen der folgenden Gehaltsstruktur:

- | | |
|-------------------------------------|-------------|
| • Generaldirektor ⁵ | CHF 739 400 |
| • Stellvertretender Generaldirektor | CHF 625 650 |
| • Abteilungsleiter | CHF 568 770 |

Die Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der ordentlichen Generalversammlung genehmigt und alle drei Jahre angepasst. Per 1. April 2009 beträgt die feste jährliche Vergütung für den Verwaltungsrat insgesamt CHF 1 049 520. Darüber hinaus erhält jedes Mitglied ein Sitzungsgeld für jede Verwaltungsratssitzung, an der es teilnimmt. Wenn sämtliche Mitglieder an allen Sitzungen teilnehmen, beläuft sich die jährliche Gesamtsumme der Sitzungsgelder auf CHF 973 788.

Tätigkeit

Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich: Direkte Beiträge der BIZ

Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen

Alle zwei Monate treffen sich die Präsidenten und andere hochrangige Vertreter der BIZ-Mitgliedszentralbanken, um in einer Reihe von Sitzungen die aktuelle Lage und die Zukunft der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte zu diskutieren. Außerdem tauschen sie Gedanken und Erfahrungen zu aktuellen Themen von besonderem Interesse für Zentralbanken aus. Diese Treffen im 2-Monats-Rhythmus, die in der Regel in Basel stattfinden, sind eines der wichtigsten Mittel, mit denen die BIZ die Kooperation unter den Zentralbanken fördert. Das Treffen vom November 2008 fand in São Paulo statt. Gastgeber war die brasilianische Zentralbank.

Zu diesen alle zwei Monate stattfindenden Treffen gehören jeweils insbesondere auch die Weltwirtschaftssitzung und die Sitzung der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken. Im Rahmen der Weltwirtschaftssitzungen beobachten über 30 Zentralbankpräsidenten der wichtigsten fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften die Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich und beurteilen die Risiken und Chancen in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten weltweit.

In den Sitzungen der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken stehen ausgewählte Fragen von allgemeinem Interesse für sämtliche BIZ-Mitgliedszentralbanken auf der Tagesordnung. Themen des Jahres 2008/09 waren:

- Prozyklische Natur des Finanzsystems
- Lehren aus der weltweiten Bankenkrise

⁵ Der Generaldirektor erhält zusätzlich zum Grundgehalt eine jährliche Repräsentationszulage und hat erhöhte Pensionsansprüche.

- Engpässe bei Fremdwährungsliquidität, Verwerfungen an den Märkten für Devisenswaps und Reaktion der Zentralbanken
- Zinssätze am Geldmarkt und operative Ziele der Geldpolitik
- Liquiditätszuführende Operationen der Zentralbanken: Lehren aus den gegenwärtigen Turbulenzen

Da nicht alle Zentralbanken direkt an der Arbeit der in Basel ansässigen Ausschüsse und anderer bei der BIZ angesiedelter Organisationen beteiligt sind, besteht in den Sitzungen der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken auch die Gelegenheit, sich über die Aktivitäten dieser Gremien zu informieren. 2008/09 besprachen die Zentralbankpräsidenten beispielsweise die Vorstöße des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht als Reaktion auf die Finanzkrise.

Im Rahmen der Treffen im 2-Monats-Rhythmus finden stets auch die Sitzung der G10-Zentralbankpräsidenten und die Sitzung der Gouverneure der wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften statt, in denen Fragen von besonderer Relevanz für diese beiden Ländergruppen erörtert werden. Auch die Zentralbankpräsidenten, die der Central Bank Governance Group angehören, kommen in regelmäßigen Abständen zusammen.

Bei der Analyse von Fragen zur Finanzstabilität treffen sich die Zentralbankpräsidenten mit den Leitern von Aufsichtsinstanzen, anderen Finanzbehörden und hochrangigen Vertretern des privaten Finanzsektors. Insbesondere finden bei der Bank regelmäßige Sitzungen mit Zentralbankpräsidenten und Leitern von Aufsichtsinstanzen statt. Diskutiert wurden 2008/09 u.a. die Verbesserungen von Basel II sowie bestimmte Bereiche, in denen die Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems gestärkt werden könnte.

Die BIZ organisiert regelmäßig informelle Gespräche von Vertretern des öffentlichen und des privaten Sektors, bei denen die gemeinsamen Anliegen beider Seiten hinsichtlich des Aufbaus eines soliden, gut funktionierenden internationalen Finanzsystems im Mittelpunkt stehen. Zudem organisiert die Bank für hochrangige Mitarbeiter der Zentralbanken weitere regelmäßige Sitzungen und Ad-hoc-Treffen. Bei diesen Treffen werden immer wieder auch andere Finanzbehörden, der private Finanzsektor und Angehörige wissenschaftlicher Kreise eingeladen, sich am Dialog zu beteiligen.

Weitere, weniger regelmäßig stattfindende Treffen von hochrangigen Vertretern von Zentralbanken sind:

- Die Seminare zur Geldpolitik, die teils in Basel, teils auf regionaler Basis unter der Ägide einer Reihe von Zentralbanken in Asien, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika stattfinden
- Die Sitzung der Stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften, mit dem diesjährigen Thema „Geldpolitik und die Messung der Inflation: Preise, Löhne und Erwartungen“

Repräsentanzen

Die Repräsentanz für Asien und den Pazifik und die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent sollen die Beziehungen zwischen der BIZ und den Zentralbanken, Währungsbehörden und Finanzaufsichtsinstanzen in diesen Regionen stärken und die Zusammenarbeit innerhalb der jeweiligen Region

fördern. Die Repräsentanzen organisieren verschiedene Sitzungen, verbessern den Austausch von Informationen und Daten und tragen zur finanz- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung der Bank bei. Sie unterstützen außerdem die Bankdienstleistungen der BIZ durch regelmäßige Besuche der Manager von Währungsreserven in Zentralbanken und durch diverse Treffen sowohl auf Experten- als auch auf Managementebene.

Asien-Pazifik-Raum

Auch im vergangenen Jahr kam die BIZ den Bedürfnissen der BIZ-Aktionärszentralbanken in der Region nach. Zu diesem Zweck organisierte sie hochrangige Treffen und führte Forschungsarbeiten über Fragen im Zusammenhang mit den aktuellen Finanzmarkturbulenzen durch. Mit Unterstützung der für das asiatische Forschungsprogramm zur Verfügung stehenden Ressourcen fanden acht Anlässe statt, die die Repräsentanz Asien jeweils gemeinsam mit einer BIZ-Aktionärszentralbank bzw. einer regionalen Zentralbankgruppe organisierte:

- Das Treffen des EMEAP-BIZ-Forums (Executives' Meeting of East Asia-Pacific Central Banks) über Devisenmärkte im Juli 2008 in Yokohama, das zusammen mit der Bank of Japan organisiert wurde
- Der Zentralbank-Workshop über die Mikrostruktur der Finanzmärkte im September 2008 in der SVR Hongkong, gemeinsam organisiert mit dem Hong Kong Institute for Monetary Research
- Das hochrangig besetzte Seminar der Reserve Bank of India und der BIZ über Lehren aus der Finanzkrise im Dezember 2008 in Hyderabad
- Das Treffen des EMEAP-BIZ-Forums über Devisenmärkte im Dezember 2008 in Tokio, das zusammen mit der Bank of Japan organisiert wurde
- Das Seminar der South East Asian Central Banks (SEACEN) und der BIZ über weltweite Schocks und Wirtschaftsstabilität im Januar 2009 in Yogyakarta, gemeinsam organisiert mit der indonesischen Zentralbank
- Die Konferenz des Hong Kong Institute for Monetary Research und der BIZ über Immobilienmärkte und Finanzsektor im Januar 2009 in der SVR Hongkong
- Das hochrangig besetzte Seminar der koreanischen Zentralbank und der BIZ über die Internationalisierung von Währungen und entsprechende Lehren aus der Finanzkrise im März 2009 in Seoul

Im November 2008 wurde in Beijing die hochrangig besetzte Jahressitzung des Instituts für Finanzstabilität und der EMEAP-Arbeitsgruppe über Bankenaufsicht abgehalten. Gastgeber war die People's Bank of China, und im Zentrum des Interesses stand die Bedeutung der Banken und der Bankenaufsicht für die Finanzstabilität. Zudem organisierte das FSI zehn Seminare für Vertreter der Finanzaufsicht in Asien, die sich vor allem mit Fragen befassten, die angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise im Vordergrund stehen.

Bankdienstleistungen und Asian Bond Funds

Der Dealing-Room der Repräsentanz Asien konzentrierte sich angesichts der Ausweitung der Finanzkrise wiederum darauf, den Bedürfnissen seiner Kunden nachzukommen. Die regionalen Zentralbanken verwalteten ihre Reserven in dem angespannten Umfeld nach wie vor vorsichtig.

Als Administrator des zweiten Asian Bond Fund (ABF2) der EMEAP-Gruppe unterstützte die BIZ erneut die öffentliche Auflage der entsprechenden Anleihefonds. Elf Zentralbanken und Währungsbehörden stellten Währungsreserven für den Erwerb von Fonds in Anleihen staatlicher und staatsnaher Emittenten aus acht EMEAP-Volkswirtschaften bereit. Der ABF2 erreichte Ende März 2009 einen Gesamtumfang von \$ 2,86 Mrd., nachdem er ein Jahr zuvor noch \$ 3,3 Mrd. betragen hatte. Der Anteil privater Investoren, der sich Ende März 2008 auf \$ 765 Mio. belaufen hatte, sank bis März 2009 weiter auf \$ 427 Mio.; die Bestände der Zentralbanken, nahmen im selben Zeitraum von \$ 2,5 Mrd. auf \$ 2,43 Mrd. ab.

Die vierte jährliche Portfolioumschichtung des ABF2 erfolgte in den beiden letzten Monaten des Jahres 2008.

Die Verhandlungen über die wichtigsten ungeklärten Fragen bezüglich des chinesischen Fonds, eines der acht Länderfonds des ABF2, schreiten voran mit dem Ziel, in China in den nächsten Monaten einen offenen Fonds zur Zeichnung aufzulegen. Die BIZ unterstützte den Fondsmanager auf Vorschlag der EMEAP-Arbeitsgruppe.

Asian Consultative Council und BIZ-Sondersitzung der Zentralbankpräsidenten in Asien

Der Asian Consultative Council (ACC), gegenwärtig unter dem Vorsitz von Zeti Akhtar Aziz, Gouverneur der Bank Negara Malaysia, bietet den Präsidenten der BIZ-Aktionärszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum einen formellen Rahmen, um sich mit dem Verwaltungsrat bzw. der Geschäftsleitung der BIZ auszutauschen. Bei den beiden ACC-Treffen in diesem Jahr konzentrierten sich die Diskussionen auf die zu organisierenden Sitzungen sowie auf die Forschungsarbeit im Rahmen des 3-jährigen asiatischen Forschungsprogramms (s. unten). Die Zentralbankpräsidenten legten dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der BIZ ihre Sicht der Dinge dar und räumten dabei der Behandlung von Grundsatzfragen im Zusammenhang mit den weltweiten Finanzmarktstörungen Priorität ein.

Im Februar organisierte die BIZ wiederum eine Sondersitzung von Zentralbankpräsidenten, deren Gastgeber diesmal die Bank Negara Malaysia in Kuala Lumpur war. Gouverneure aus dem Asien-Pazifik-Raum und anderen Regionen diskutierten die jüngsten Entwicklungen in der Wirtschaft und im Finanzbereich sowie die Lehren aus der weltweiten Finanzkrise mit Blick auf die Finanzstabilität im Asien-Pazifik-Raum.

Asiatisches Forschungsprogramm

Das 3-jährige asiatische Forschungsprogramm trat in seine Schlussphase und wird voraussichtlich im August 2009 beendet. Aufgrund der regionalen Entwicklungen verlagerte sich der Schwerpunkt des Forschungsprogramms zu den Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf den Asien-Pazifik-Raum. Bei einer Vielzahl von Forschungsprojekten wurden erneut Fortschritte erzielt. Sie sollen die regionalen Währungsbehörden dabei unterstützen, Geldpolitik und geldpolitische Maßnahmen zu verbessern, die Finanzmärkte zu entwickeln, Finanzstabilität zu wahren und die Finanzaufsicht zu stärken.

Nach Abschluss des Forschungsprogramms werden fast alle BIZ-Aktionärszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum wie auch regionale Zentralbankgruppen in die gemeinsame Forschung zu Themen, die für Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen dieser Region von Interesse sind, involviert gewesen sein. Diese Forschung ist nicht nur in zahlreiche Sitzungen mit regionalen Zentralbanken eingeflossen, sondern auch in mehrere Publikationen in namhaften Fachzeitschriften sowie in den *Quartalsbericht* der BIZ. Zudem schrieben Volkswirte, die am asiatischen Forschungsprogramm beteiligt sind, auf Anfrage von ACC-Gouverneuren Kommentare über spezifische Strategiefragen. Zwei asiatische Forschungsnetzwerke, die im Rahmen des Forschungsprogramms gebildet wurden, führten im Januar zum zweiten Mal ihre Jahresworkshops durch. Angesichts des Erfolgs dieses 3-jährigen Forschungsprogramms wurde beschlossen, für eine stärkere und dauerhaftere Forschungspräsenz in der Region zu sorgen.

Amerikanischer Kontinent

Im Zuge der Finanzmarkturbulenzen in den wichtigsten entwickelten Volkswirtschaften konzentrierte sich die Arbeit der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent darauf, jene Entwicklungen genau zu verfolgen, die Schwachstellen in der Region offenlegen würden, insbesondere ein Übergreifen der Krise auf Lateinamerika und die Karibik.

Die Initiativen der BIZ in der Region betrafen wie in den vergangenen Jahren sowohl ihre Mitgliedszentralbanken als auch andere Zentralbanken sowie Aufsichtsinstanzen und wissenschaftliche Kreise, mit denen Kontakte gepflegt und Anlässe durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang entstanden auch mehrere Publikationen. Zu erwähnen ist insbesondere auch die Organisation einer Podiumsdiskussion mit regionalen Zentralbankpräsidenten sowie mehrerer Parallelveranstaltungen im Rahmen der Jahresversammlung der Latin American and Caribbean Economic Association (LACEA) in Brasilien. Zusammen mit der chilenischen Zentralbank führte die Repräsentanz auch das zweite BIZ-Treffen der Leiter der internen Revision von Zentralbanken in der Region durch. Zudem war sie Gastgeber für eine regionale Konferenz von Leitern des Rechtsdienstes von Zentralbanken in Mexiko-Stadt und unterstützte BIZ-Treffen bei regionalen Zentralbanken, beispielsweise das BIZ-Seminar zur Geldpolitik in Lateinamerika bei der kolumbianischen Zentralbank.

Die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent leistete auch Unterstützung für regionale Anlässe des FSI und für ein BIZ-Seminar über Finanzstabilitätsanalyse und -berichte, das zusammen mit dem Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos (CEMLA) organisiert wurde. Die Repräsentanz trug mit Forschungsarbeiten und der Entsendung von Referenten zu Anlässen bei, die von den Zentralbanken Brasiliens, Kanadas und Perus, dem Caribbean Centre for Money and Finance, der Association of Supervisors of Banks of the Americas, dem Fondo Latinoamericano de Reservas, der internationalen Vereinigung der Einlagensicherungen, dem Internationalen Währungsfonds und den Vereinten Nationen organisiert wurden.

Consultative Council for the Americas (CCA)

Im Mai 2008 setzte die Bank den Consultative Council for the Americas (CCA) ein, der dem Verwaltungsrat als beratender Ausschuss zur Seite steht. Der CCA, gegenwärtig unter dem Vorsitz von Martín Redrado, Gouverneur der argentinischen Zentralbank, setzt sich aus den Präsidenten der BIZ-Mitgliedszentralbanken auf dem amerikanischen Kontinent zusammen. Er soll die direkte Kommunikation zwischen den BIZ-Mitgliedern der Region und dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der BIZ über Themen fördern, die für diese Zentralbanken von Interesse sind. Die Repräsentanz erbringt Sekretariatsdienstleistungen für den CCA.

Erstmals trat der CCA anlässlich der ordentlichen Generalversammlung der BIZ im Juni 2008 zusammen. Seither fanden zwei weitere Sitzungen statt. Die Mitglieder des CCA werden regelmäßig über die Arbeit der BIZ und der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent vor Ort informiert und sind eingeladen, sich dazu zu äußern.

Institut für Finanzstabilität

Das Institut für Finanzstabilität (Financial Stability Institute, FSI) hat den Auftrag, die Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors in aller Welt bei der Stärkung der Überwachung ihrer Finanzsysteme zu unterstützen mit dem Ziel, die Finanzstabilität weltweit zu fördern. Das FSI verfolgt ein 2-teiliges Programm zur Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen vor allem in der Banken- und der Versicherungsaufsicht. Die Arbeit des FSI wird dadurch begünstigt, dass die normgebenden Instanzen in der Banken- und Versicherungsaufsicht bei der BIZ angesiedelt sind. Die Synergien und gegenseitigen Konsultationen, die sich aus dieser räumlichen Nähe ergeben, sind unter dem Begriff „Basler Prozess“ bekannt geworden (s. weiter unten).

Treffen, Seminare und Konferenzen

Die erste Komponente des FSI-Programms sind etablierte und hochrangig besetzte Treffen, Seminare und Konferenzen in Basel und an anderen Orten der Welt. 2008 organisierte das FSI insgesamt 50 Veranstaltungen. Sie deckten zwar wiederum eine breite Palette von Themen des Finanzsektors ab, doch lag der Schwerpunkt auf Fragen zur Finanzstabilität. Über 1850 Vertreter von Zentralbanken sowie Banken- und Versicherungsaufsichtsinstanzen nahmen an den Veranstaltungen des FSI teil. Fortgeführt wurden auch die hochrangig besetzten Treffen der Stellvertretenden Zentralbankgouverneure und der Leiter von Aufsichtsinstanzen, die in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten organisiert wurden. Hauptthemen dieser Treffen waren die Finanzkrise, die Umsetzung von Basel II sowie andere zentrale aufsichtsrechtliche Fragen.

FSI Connect

Die zweite Komponente des FSI-Programms ist FSI Connect, ein Online-Informations- und -Lerntool für Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors. FSI Connect enthält mehr als 160 Lehrgänge zu einer großen Auswahl von Aufsichtsthemen, breit gefächert nach Erfahrungs- bzw. Kenntnisstand der

Benutzer. Mehr als 170 Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen sind Abonnenten von FSI Connect. Das entspricht rund 8000 Benutzern. Mit Zustimmung der internationalen Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden genehmigte die Geschäftsleitung der BIZ 2008 eine zweite Entwicklungsphase, um gezielt Themen der Versicherungsaufsicht zu berücksichtigen. Rund 25 Lehrgänge zu Versicherungsrisiken und entsprechenden Aufsichtsfragen und -methoden werden in den nächsten Jahren erarbeitet. Außerdem wird FSI Connect mit Unterstützung der internationalen Vereinigung der Einlagensicherungen im Laufe des Jahres 2009 durch mehrere Lehrgänge zur Einlagensicherung ergänzt. Mit diesen beiden Initiativen wird die BIZ einen weiteren Beitrag zur Stabilität des Finanzsektors leisten.

Weitere wichtige Initiativen

2008 wiederholte das FSI seine Umfragen von 2004 und 2006 über die Bestrebungen von Nichtmitgliedsländern des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht bezüglich der Umsetzung von Basel II. Im Einklang mit den Ergebnissen der früheren Umfragen zeigte jene von 2008, dass Basel II in der überwältigenden Mehrheit der 101 befragten Länder umgesetzt wird. Werden die BCBS-Mitgliedsländer hinzugezählt, beabsichtigten fast 90 Länder, Basel II bis Ende 2008 umgesetzt zu haben. Im Unterschied zu den beiden früheren Umfragen ist die Zahl von Ländern größer, die ihren Banken gestatten, die fortgeschritteneren Ansätze für Kredit- und operationelles Risiko anzuwenden.

FSI: www.bis.org/fsi

Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich: Der Basler Prozess

Ein wichtiger Beitrag der BIZ zur Förderung der internationalen Finanz- und Währungsstabilität erfolgt über die Zusammenarbeit der Ausschüsse und normgebenden Instanzen, die bei der BIZ in Basel angesiedelt sind. Dieser Ansatz wird zunehmend als Basler Prozess für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich bezeichnet und beruht auf vier wichtigen Grundlagen:

- Erstens ist die BIZ Tagungsort für eine Reihe von Ausschüssen, die sich mit den Schlüsselbereichen der Finanzstabilität beschäftigen, und stellt dafür personelle und finanzielle Ressourcen bereit. Die Gremien sind: der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, der sich mit der Aufsicht über einzelne Finanzinstitute auseinandersetzt, der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem, der Fragen der systemweiten Finanzstabilität nachgeht, der Märkteausschuss, der das Funktionieren der Finanzmärkte untersucht, und der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme, der sich mit der Zahlungsverkehrsinfrastruktur beschäftigt. Auch die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden und die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen sind bei der BIZ angesiedelt. Zudem sind die meisten der in Basel ansässigen Ausschüsse an der Arbeit des Financial Stability Board beteiligt, das ebenfalls bei der BIZ angesiedelt ist. Durch die räumliche Nähe dieser Gremien und den

sich daraus ergebenden Gedankenaustausch entstehen beträchtliche Synergien

- Zweitens sind diese Gremien flexibel und offen für einen Informationsaustausch, was wiederum eine besser koordinierte Arbeit mit Blick auf Finanzstabilitätsthemen ermöglicht und Überschneidungen oder Lücken in ihren Arbeitsprogrammen vermeiden hilft. Gleichzeitig sind die Ergebnisse ihrer Arbeit weit umfangreicher, als es ihre Größe vermuten lässt, denn sie können auf der Kompetenz und Erfahrung der Zentralbankgemeinschaft, der Aufsichtsinstanzen und der Normierungsgremien aufbauen
- Drittens wird die Arbeit der in Basel ansässigen Ausschüsse durch analytische und statistische Untersuchungen im Rahmen der Wirtschaftsforschung der BIZ genährt, und sie profitiert von den Bankgeschäften der BIZ, insbesondere über die Arbeitsbeziehungen der Bankabteilung zu Marktteilnehmern und die Umsetzung von Aufsichtsstandards und Finanzkontrollen im Rahmen der Durchführung von Bankgeschäften
- Viertens schließlich fördert das FSI einen größeren Bekanntheitsgrad der Arbeit der normgebenden Instanzen

Im Folgenden werden die Tätigkeiten der einzelnen Ausschüsse und normgebenden Instanzen im Berichtsjahr erläutert.

Die ständigen Ausschüsse bei der BIZ

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) unter dem Vorsitz von Nout Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank, setzt sich dafür ein, aufsichtliche Kenntnisse und die Qualität der Bankenaufsicht weltweit zu verbessern. Er bietet ein Forum für den Dialog unter Aufsichtsinstanzen, indem Informationen über nationale Aufsichtsregelungen ausgetauscht, die Wirksamkeit der Aufsichtsmethoden in Bezug auf das internationale Bankgeschäft verbessert und Mindestaufsichtsstandards in den Bereichen festgelegt werden, in denen dies angezeigt scheint.

Reaktion auf die Finanzkrise

Basierend auf seiner Einschätzung der durch die Krise offengelegten Schwachstellen in den Bereichen Aufsicht, Normierung und Risikomanagement arbeitete der Basler Ausschuss eine umfassende Strategie aus, um den Lehren aus der Krise Taten folgen zu lassen. Er lancierte neue Initiativen oder straffte die bereits begonnene Arbeit zu verschiedenen Aspekten des Risikomanagements und der Aufsicht, beispielsweise in Bezug auf Liquiditätsrisiko, Stresstests und Bewertungspraxis der Banken. Aus den Marktturbulenzen konnten auch wichtige Lehren gezogen werden, die dem Ausschuss eine Hilfe bei der weiteren Optimierung der neuen Eigenkapitalregelung Basel II und anderer Elemente der Eigenkapitalvorschriften waren. All diese Vorstöße sind ein Schlüsselement der weltweiten Bemühungen um eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors und des Finanzsystems ganz allgemein.

Stärkung der Eigenkapitalausstattung

Die Krise hat die Bedeutung einer starken Eigenkapitalbasis für ein solides Bankensystem unterstrichen. Mit seiner Arbeit im Bereich der Angemessenheit der Kapitalausstattung verfolgt der Basler Ausschuss das Ziel, die Eigenkapitalausstattung im Bankensektor zu erhöhen und ihre Qualität zu verbessern, um sowohl die Widerstandsfähigkeit der Banken für künftige Phasen von wirtschaftlicher Schwäche und Anspannungen im Finanzsystem als auch das Vertrauen in das weltweite Bankensystem zu stärken. Diese Arbeit beinhaltet u.a. das Eruiere von Möglichkeiten zur Eindämmung prozyklischer Tendenzen, beispielsweise durch Eigenkapitalpolster, die über das aufsichtsrechtliche Mindestkapital hinausgehen und in Krisenzeiten herangezogen werden können. Diese Bestrebungen unterstützen auch die Vorstöße und Empfehlungen des Financial Stability Board und der Staats- und Regierungschefs der G20.

Die neue Eigenkapitalregelung Basel II

Als Antwort auf die Marktereignisse nahm der Basler Ausschuss 2008 eine Überprüfung der Rahmenvereinbarung Basel II vor, um jene Bereiche auszumachen, die noch verbessert werden könnten. Entsprechend den Ergebnissen dieser Überprüfung gab er im Januar 2009 eine Reihe von Konsultationspapieren heraus.

Die vorgeschlagenen Verbesserungen, deren endgültige Fassung im Verlauf des Jahres 2009 vorliegen soll, werden dazu beitragen, dass die Portfoliorisiken der Banken bezüglich Handelsgeschäften, Verbriefung und Engagement in außerbilanziellen Anlagevehikeln stärker in die Mindestkapitalanforderungen, Risikomanagementpraktiken und offengelegten Informationen einfließen. Der Ausschuss beabsichtigt dieses Arbeitsprogramm auf eine Weise zu koordinieren und umzusetzen, die das Vertrauen in den Finanzsektor stärkt und nicht zu einer Verschärfung der aktuellen Marktbedingungen beiträgt. In Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrisen wird er keine Empfehlung zu einer Erhöhung der weltweiten Mindesteigenkapitalquoten abgeben.

Die Konsultationspapiere vom Januar 2009 enthalten Verbesserungen für die Mindestkapitalanforderungen (Säule 1), die auf die Stärkung der Risikofassung in der Rahmenvereinbarung abzielen, u.a. im Bereich der aufsichtsrechtlichen Behandlung von Risiken im Handelsbuch. Der Aufbau der Fremdfinanzierung vor Ausbruch der Finanzkrise und die Verluste nach ihrem Ausbruch erfolgten mehrheitlich im Handelsbuch der Banken. Ein wichtiger Faktor dabei war die Nichterfassung einiger Schlüsselrisiken im Rahmen der gegenwärtigen Eigenkapitalregelung für das Marktrisiko, die auf die 1996 erfolgte Änderung von Basel I zurückgeht. Als Reaktion darauf schlug der Basler Ausschuss vor, bei der derzeitigen Value-at-Risk-Handelsbuchregelung eine zusätzliche Eigenkapitalunterlegung vorzusehen, die Ausfall- wie auch Migrationsrisiko abdeckt. Nach ihrer Implementierung wird diese zusätzliche Eigenkapitalunterlegung den Anreiz für Aufsichtsarbitrage zwischen Anlage- und Handelsbuch verringern.

Als zweite Reaktion schlug der Basler Ausschuss die Einführung einer expliziten Value-at-Risk-Anforderung vor, die zu einer Eindämmung der prozyklischen Tendenz der Mindestkapitalanforderungen für das Marktrisiko beitragen wird.

Der Ausschuss gab zudem bekannt, dass er eine längerfristige grundlegende Überprüfung der Eigenkapitalregelung für Handelsgeschäfte durchführen wird.

Die Krise hat deutlich gemacht, dass forderungsgedekte Schuldverschreibungen (Collateralised-Debt-Obligations, CDO) bestehend aus forderungsunterlegten Wertpapieren („asset-backed securities“, ABS) – also sog. doppelstöckige Verbriefungen – enger mit systemweiten Risiken korrelieren als herkömmliche Verbriefungen. Solche doppelstöckigen Verbriefungen rechtfertigen deshalb höhere Eigenkapitalanforderungen, wie in den Konsultationspapieren vom Januar 2009 vorgeschlagen.

Vor dem Ausbruch der Finanzkrise hatten die Banken beträchtliche Engagements in außerbilanziellen Anlagevehikeln aufgebaut, die in ihrer Eigenkapitalausstattung nicht angemessen berücksichtigt waren. Aus diesem Grund schlug der Basler Ausschuss eine Erhöhung der Kapitalanforderungen für Liquiditätsfazilitäten vor, die zur Stützung von forderungsunterlegten Commercial-Paper-Programmen gewährt werden, d.h. es würde nicht mehr zwischen kurz- und langfristigen Liquiditätsfazilitäten unterschieden. Ein weiterer Vorschlag betraf die Einführung einer Vorschrift, dass Banken umfassende Informationen über die Merkmale der zugrundeliegenden Forderungen ihrer extern bewerteten Verbriefungspositionen einholen müssten. Andernfalls wären sie höheren Eigenkapitalanforderungen unterworfen.

Im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens von Basel II (Säule 2) veröffentlichte der Basler Ausschuss ferner Richtlinien zur Förderung einer rigoroseren Aufsicht und eines gründlicheren Risikomanagements im Bereich von Risikokonzentrationen, außerbilanziellen Engagements, Verbriefungen und entsprechenden Reputationsrisiken. Er schlug auch Verbesserungen für die Bewertung von Finanzinstrumenten, die Handhabung von Refinanzierungsrisiken und der konzernweiten Stresstestpraxis vor.

Außerdem führte der Ausschuss verbesserte Offenlegungsanforderungen ein, um die Marktdisziplin zu erhöhen. Diese Anforderungen im Rahmen der Säule 3 beziehen sich auf Verbriefungen und die Betreuung von außerbilanziellen Instrumenten und sollten den Marktteilnehmern ein besseres Verständnis des Gesamtrisikoprofils einer Bank vermitteln.

Prozyklische Tendenzen

Als zusätzliche Dimension seiner Arbeit in Sachen Eigenkapitalausstattung befasst sich der Basler Ausschuss mit prozyklischen Tendenzen. 2008 lancierte der Ausschuss eine umfangreiche Top-down-Überprüfung des Eigenkapitalniveaus und der zyklischen Tendenzen, die sich aus der neuen Eigenkapitalregelung Basel II ergeben, und berücksichtigte dabei die Interaktion mit den allgemeineren systemorientierten Aufsichtszielen. Ziel ist es, angemessene Eigenkapitalpolster für einen ganzen Kreditzyklus zu fördern und das Risiko einzudämmen, dass eine exzessive zyklische Wirkung der Mindestkapitalanforderungen die prozyklische Natur des Finanzsystems verstärkt.

Der Basler Ausschuss hat ein umfassendes Konzept für die Eigenkapitalüberwachung eingeführt, um die Auswirkungen von Basel II sowohl auf die Höhe der Mindestkapitalanforderungen und der gesamten Kapitalausstattung als auch auf deren zyklische Wirkung aufzuzeichnen.

Mit besonderem Augenmerk auf die Zusammensetzung des Kernkapitals beurteilt der Ausschuss Wege, um über das aufsichtsrechtliche Mindestkapital hinaus zusätzliche Kapitalpolster aufzubauen, auf die in Krisenzeiten zugegriffen werden kann. Er hat auch eine Überprüfung der Behandlung von Wertberichtigungen für Kreditausfälle unter Basel II in die Wege geleitet und erörtert Möglichkeiten, um in guten Zeiten den Anreiz für die Erhöhung dieser Wertberichtigungen zu verstärken.

2008/09 hat der Basler Ausschuss auch damit begonnen, konkrete Wege zu evaluieren, die risikobasierte neue Eigenkapitalregelung Basel II mit einfachen und transparenten Messgrößen für das Bruttoengagement (z.B. mit dem Verschuldungsgrad) zu ergänzen. Eine solche Messgröße könnte einen unabhängigen Maßstab für Risiko und Eigenkapital darstellen, zur Eindämmung der Fremdfinanzierung beitragen und eine einfache Untergrenze für die risikobasierte Messgröße liefern.

Handhabung des Liquiditätsrisikos und Aufsicht

Die Bedeutung der Liquidität für das Funktionieren der Finanzmärkte und des Bankensektors wurde durch die Marktturbulenzen einmal mehr hervorgehoben. Der Basler Ausschuss reagierte mit der Veröffentlichung verbesserter globaler Standards für die Handhabung des Liquiditätsrisikos und die entsprechende Aufsicht (*Principles for sound liquidity risk management and supervision*) im September 2008, die anlässlich der alle zwei Jahre stattfindenden International Conference of Banking Supervisors von den anwesenden Bankenaufsichtsinstanzen gebilligt wurden.

Diese Standards unterstützen eine der wichtigsten Empfehlungen im *Report of the Financial Stability Forum on enhancing market and institutional resilience* vom April 2008 zur Stärkung der Aufsicht und sollen das Liquiditätsrisikomanagement der Banken stärken. Sie beziehen sich auf die Steuerung, Messung und Handhabung des Liquiditätsrisikos von Banken und verpflichten diese, solide Liquiditätspolster vorzusehen. Eine formelle Beurteilung der Umsetzung wird 2009 vorgenommen.

Der Basler Ausschuss arbeitet des Weiteren an der Förderung einer einheitlicheren Aufsicht in Bezug auf das Liquiditätsrisiko. Dies beinhaltet eine mögliche Harmonisierung von Aufsichtsbenchmarks und -parametern sowie den vermehrten Informationsaustausch unter verschiedenen Aufsichtsinstanzen im Falle von international tätigen Banken.

Stresstests

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie wichtig Stresstests als fester Bestandteil des Risikomanagements sowie der Liquiditäts- und Kapitalplanung einer jeden Bank sind. Sie spielen eine entscheidende Rolle bei der Stärkung nicht nur der Führungs- und Überwachungsmechanismen einer Bank, sondern auch der Widerstandsfähigkeit der Einzelinstitute und des Finanzsystems als Ganzes. Um Schwachstellen in der Stresstestpraxis zu beheben, gab der Basler Ausschuss im Januar 2009 das Konsultationspapier *Principles for sound stress testing practices and supervision* heraus.

Das Papier enthält Grundsätze für die Durchführung, Überwachung, Ausgestaltung und Umsetzung von Stresstestprogrammen in Banken. Es legt Anforderungen an Funktion und Aufgaben von Aufsichtsinstanzen bei der Überprüfung der Stresstestpraxis von Banken fest und hebt hervor, dass ein solides Stresstestprogramm u.a. von dem obersten Verwaltungsorgan und der Geschäftsleitung geleitet werden, zukunftsgerichtete Risikoeinschätzungen beinhalten und ein fester Bestandteil der Kapital- und Liquiditätsplanung sein sollte.

Bewertungspraxis der Banken

Der Ausschuss stellte fest, dass die aktuellen Bewertungsmethoden und -verfahren zwar nicht die Ursache für die Marktturbulenzen gewesen seien, dass sie deren Auswirkungen aber verstärkt hätten. Im April 2009 gab der Basler Ausschuss das Papier *Supervisory guidance for assessing banks' financial instrument fair value practices* heraus mit Empfehlungen für die Beurteilung der Bilanzierung von Finanzinstrumenten. Diese Empfehlungen werden die Aufsichtsinstanzen bei der Einschätzung der Solidität der Bewertungsverfahren von Banken unterstützen und einen Beitrag zur Stärkung der Handhabung und Steuerung von Risiken leisten.

Umsetzung von Standards

Die Finanzkrise hat die Bedeutung von umsichtigen, fundierten Standards und Aufsichtsrichtlinien deutlich gemacht. Entsprechend kündigte der Basler Ausschuss im Januar 2009 eine Ausweitung des Mandats seiner Accord Implementation Group (AIG) an, die sich bisher auf die Umsetzung von Basel II konzentriert hatte. Die AIG wurde in Standards Implementation Group (SIG) umbenannt und bemüht sich nun, eine international koordinierte und einheitliche Umsetzung der Richtlinien und Standards des Basler Ausschusses ganz allgemein zu fördern.

Zusammenarbeit von Aufsichtsinstanzen bei international tätigen Banken

Der Ausschuss beurteilte 2008 den Themenkreis im Zusammenhang mit der Liquidierung komplexer globaler Bankkonzerne. Weitere Analysen und eine detaillierte Betrachtung einzelner Bankkonkurse und entsprechender Rettungsaktionen sind notwendig. Der im September 2009 erscheinende Schlussbericht des Ausschusses wird sich mit den Lehren aus der gegenwärtigen Krise für die Bankschließungsverfahren und deren grenzüberschreitende Anwendung befassen.

Grundsätze für leistungsfähige Einlagensicherungssysteme

Im März 2009 gaben der Basler Ausschuss und die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen ein Konsultationspapier zu den *Core Principles for Effective Deposit Insurance Systems* heraus. Diese Grundsätze sind die Antwort auf eine der Lehren aus der Finanzkrise, nämlich den Bedarf an leistungsfähigen Systemen der Einlagensicherung, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu bewahren. Sie stellen eine wichtige Referenz dar, auf die sich Länder bei der Einrichtung oder Umgestaltung von Einlagensicherungssystemen beziehen können. Eine Reihe spezifischer Fragen werden beleuchtet,

u.a. der Deckungsgrad, die Mittelbeschaffung und die prompte Rückerstattung in der Einlagensicherung, aber auch Themen wie das Bewusstsein der Öffentlichkeit, die Liquidierung gescheiterter Institute und die Zusammenarbeit mit anderen Teilnehmern des finanziellen Sicherheitsnetzes.

Neue Mitglieder und Kontaktpflege

Im Jahr 2009 beschlossen der Basler Ausschuss und sein Führungsgremium – die Zentralbankpräsidenten und die Leiter der Bankenaufsichtsinstanzen –, den Mitgliederkreis des Ausschusses zu erweitern und Vertreter von Argentinien, Australien, Brasilien, China, Hongkong SVR, Indien, Indonesien, Korea, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Singapur, Südafrika und der Türkei zum Beitritt einzuladen. Der Ausschuss ist überzeugt, mit dieser Erweiterung des Mitgliederkreises seine Kernaufgabe besser wahrnehmen zu können.

Basler Ausschuss: www.bis.org/bcbs

Ausschuss für das weltweite Finanzsystem

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System, CGFS) unter dem Vorsitz von Donald L. Kohn, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Board of Governors des Federal Reserve System, überwacht die Entwicklungen an den Finanzmärkten und analysiert deren Auswirkungen auf die Finanzstabilität.

Die Verschärfung der Finanzkrise bestimmte im Berichtszeitraum die Arbeitsthemen des Ausschusses. Der CGFS diskutierte insbesondere:

- Die Lage international tätiger Banken und ihre Reaktion auf den wachsenden Druck bezüglich Refinanzierung und Eigenkapital
- Die Folgen der Funktionsstörungen an den Kreditmärkten und die Konsequenzen der Kreditverknappung für die Gesamtwirtschaft
- Verändertes Angebot an ausländischen Finanzierungen für Banken als Folge der Krise
- Stützungsmaßnahmen von Regierungen und Zentralbanken und ihre Auswirkungen auf die Finanzmarktbedingungen

Der Ausschuss setzte zudem verschiedene Arbeitsgruppen zur Untersuchung spezifischer Aspekte der Finanzkrise ein. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe des CGFS und des Forums für Finanzstabilität untersuchte die Rolle von Bewertung und Fremdfinanzierung für die prozyklische Natur des Finanzsystems. Dies war auch Thema eines runden Tisches in Paris mit Teilnehmern aus dem privaten Sektor und von normgebenden Instanzen im Bereich der Rechnungslegung. Eine zweite Arbeitsgruppe wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Märkteausschuss die Kreditvergabegrundsätze von Zentralbanken zu untersuchen. Außerdem setzte der CGFS eine Arbeitsgruppe ein, um mögliche Verbesserungen der unter seiner Leitung erhobenen Statistiken zur Übertragung von Kreditrisiken zu prüfen.

Mitte 2008 veröffentlichte der CGFS drei Berichte mit Analysen zur Finanzkrise: über die Entwicklungen an den Märkten für Private Equity und Fremdfinanzierung (*Private equity and leveraged finance markets*), über Zentralbankgeschäfte als Reaktion auf die Finanzmarkturbulenzen (*Central bank operations*

in response to the financial turmoil) und über die Bedeutung von Ratings bei strukturierten Finanzprodukten (*Ratings in structured finance*). Der Bericht *Capital flows and emerging market economies* vom Januar 2009 enthält eine vorläufige Beurteilung der Auswirkungen der Finanzkrise auf die wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften.

CGFS: www.bis.org/cgfs

Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems, CPSS), unter dem Vorsitz von William C. Dudley, Präsident und Chief Executive Officer der Federal Reserve Bank of New York, ist um die Stärkung der Finanzmarktinfrastruktur bemüht und setzt sich in diesem Zusammenhang für die Förderung sicherer und effizienter Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme ein.

Im Berichtsjahr gab der Ausschuss zwei Berichte heraus:

- *The interdependencies of payment and settlement systems*, in dem die verschiedenen Verknüpfungen unter den Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssystemen benannt, die Risiken der entsprechenden Wechselwirkungen analysiert und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für das Risikomanagement beurteilt werden. Im Bericht wird der Schluss gezogen, dass engere Verknüpfungen der Systeme zur Verbesserung der globalen Infrastruktur beigetragen haben, indem Abwicklungskosten und -risiken verringert werden konnten. Gleichzeitig haben sie aber dazu geführt, dass sich Störungen heute rascher und stärker ausbreiten können. Daher werden Branchenangehörigen sowie Zentralbanken und anderen Behörden eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, wie sie der zunehmend engeren Verknüpfung der Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme in der Praxis Rechnung tragen könnten
- *Progress in reducing foreign exchange settlement risk*, in dem festgestellt wird, dass bei den Erfüllungsrisiken im Devisenhandel zwar viele Fortschritte erzielt worden sind, nach wie vor jedoch potenziell hohe Risiken bestehen. Der Bericht empfiehlt daher Maßnahmen vonseiten der Einzelinstitute, Branchenverbände und Zentralbanken. Unter anderem soll zusammen mit der Bankenaufsicht und anderen Aufsichtsinstanzen erörtert werden, wie sich sicherstellen lässt, dass die Banken zur Steuerung ihrer Erfüllungsrisiken im Devisenhandel geeignete Verfahren anwenden

Weitere Tätigkeiten des CPSS:

- Auflistung möglicher Maßnahmen, die Zentralbanken einzeln oder gemeinsam ergreifen könnten, damit sie im Notfall besser imstande sind, grenzüberschreitende Liquidität bereitzustellen
- Zusammenarbeit mit dem Basler Ausschuss, um sachgerechte Methoden für Banken bei der Handhabung des Innertagesliquiditätsrisikos festzulegen, wie in den *Principles for sound liquidity risk management and supervision* des Basler Ausschusses beschrieben
- Überwachung der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Funktionsweise von Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssystemen sowie kontinuierlicher

Informationsaustausch über das Clearing von außerbörslichen Derivatengeschäften

Der CPSS bemühte sich erneut um eine engere Zusammenarbeit unter den Zentralbanken, auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Ferner leistete er logistische und fachliche Unterstützung für Workshops und Seminare über Zahlungsverkehrsfragen, die von der BIZ in Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert wurden.

CPSS: www.bis.org/cpss

Märkteausschuss

Der Märkteausschuss unter dem Vorsitz von Hiroshi Nakaso, Executive Director der Bank of Japan, dient den wichtigsten Zentralbanken als Forum für die gemeinsame Beobachtung der Entwicklungen an den Finanzmärkten und den Austausch über die Besonderheiten ihrer Marktgeschäfte. Er setzt sich aus den für Marktgeschäfte Verantwortlichen von Zentralbanken zusammen.

Verwerfungen an den Geld-, Kredit- und Devisenmärkten sowie Abhilfemaßnahmen der Zentralbanken standen im Berichtsjahr erneut im Zentrum der Gespräche des Ausschusses. Verschiedene Vorstöße wurden unternommen, um die technische Zusammenarbeit unter den Ausschussmitgliedern weiter zu verbessern, u.a. häufigere und eingehendere Diskussionen über Marktentwicklungen, rechtzeitiger Informationsaustausch in Krisenzeiten, Gespräche über Maßnahmen zur Behebung der Marktverwerfungen und Austausch von Dokumentationsmaterial für ein besseres gegenseitiges Verständnis des Handlungsrahmens von Zentralbanken. Außerdem aktualisierte der Ausschuss sein Kompendium über die geldpolitische Strategie und die Marktgeschäfte von Zentralbanken (*Compendium on monetary policy frameworks and central bank market operations*). Der Ausschuss war zudem an der Ausarbeitung des CGFS-Berichts über Zentralbankgeschäfte als Reaktion auf die Finanzmarkturbulenzen (*Central bank operations in response to the financial turmoil*) beteiligt, der im Juli 2008 veröffentlicht wurde. Kürzlich wurde eine Arbeitsgruppe des Märkteausschusses beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem CGFS die Kreditvergabegrundsätze von Zentralbanken zu untersuchen.

In Ergänzung zu seinen alle zwei Monate stattfindenden Treffen hielt der Ausschuss, teilweise mit dem privaten Sektor, Sondersitzungen ab, um Themen eher struktureller Art zu diskutieren, z.B. Veränderungen der Rohstoffmärkte und das Übergreifen der Finanzkrise auf aufstrebende Volkswirtschaften. Im November 2008 organisierte der Ausschuss sein zweites Seminar über Märkte in Lateinamerika mit Zentralbanken und Marktteilnehmern der Region.

Märkteausschuss: www.bis.org/markets

Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung

Die Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (Central Bank Counterfeit Deterrence Group, CBCDG) untersucht Gefahren für die Sicherheit von Banknoten und schlägt den Noteninstituten gemeinsame Problemlösungen

vor. Die CBCDG hat fälschungssichere Merkmale entwickelt, die dafür sorgen, dass die Banknotenbilder nicht mithilfe von Farbkopierern und Digitalgeräten (PC, Drucker oder Scanner) reproduziert werden können. Die BIZ unterstützt die Arbeit der CBCDG, indem sie Sekretariatsdienstleistungen erbringt und in vertraglichen Vereinbarungen als ihr Agent auftritt.

Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit im Finanzbereich

Zehnergruppe (G10)

Im Rahmen ihres Beitrags zur Arbeit der G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten nahm die Bank erneut als Beobachter an Sitzungen teil und erbrachte Sekretariatsdienstleistungen. Im Berichtsjahr war die Zehnergruppe unter dem Vorsitz des niederländischen Finanzministers tätig. Da in dieser Zeit keine Treffen stattfanden, wurden Fragen zu leistungsbezogenen Vergütungen und zur Finanzstabilität auf dem Korrespondenzweg erörtert.

Financial Stability Board

Das Financial Stability Board (FSB) wurde im April 2009 als Nachfolgeorganisation des Forums für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) gegründet und fördert die internationale Finanzstabilität durch vermehrten Informationsaustausch und engere Zusammenarbeit unter den Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors. Aufgabe des FSB ist es insbesondere:

- Schwachstellen des Finanzsystems zu untersuchen und die notwendigen Schritte zu deren Behebung zu ermitteln und zu überwachen
- Die Koordination und den Informationsaustausch unter den für Finanzstabilität zuständigen Institutionen zu fördern
- Marktentwicklungen und ihre Implikationen für die Aufsichtspolitik zu beobachten und entsprechende Empfehlungen abzugeben
- Empfehlungen zur Einhaltung von Aufsichtsstandards zu formulieren und die bewährte Praxis zu überwachen
- Gemeinsame strategische Überprüfungen der Arbeit internationaler normgebender Instanzen mit Blick auf grundsätzliche Regelungen vorzunehmen, damit diese Arbeit frühzeitig, koordiniert und auf bestimmte Schwerpunkte ausgerichtet erfolgt und auf die Schließung von Lücken abzielt
- Richtlinien für Aufsichtszusammenschlüsse festzulegen, ihre Einrichtung und Tätigkeit zu unterstützen und mögliche Kandidaten zu motivieren, diesen Zusammenschlüssen beizutreten, u.a. indem laufend jene international tätigen Unternehmen ausgemacht werden, die für die Stabilität des Finanzsystems am bedeutendsten sind
- Notfallpläne für ein grenzüberschreitendes Krisenmanagement zu unterstützen, insbesondere in Bezug auf Unternehmen, die für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsam sind

- Gemeinsam mit dem IWF Frühwarnübungen durchzuführen
Vorsitzender des FSB ist Mario Draghi, Gouverneur der Banca d'Italia, und das Sekretariat ist bei der BIZ in Basel angesiedelt.

Entsprechend dem Beschluss des FSF im März 2009, den Kreis seiner Mitgliedsländer auszuweiten, umfasst das FSB hochrangige Vertreter von Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors in 24 Ländern und Territorien sowie von der EZB und der Europäischen Kommission. Zu den Mitgliedern des FSB zählen außerdem Vertreter von internationalen Finanzorganisationen – BIZ, IWF, OECD und Weltbank –, von internationalen Aufsichts-, Regulierungs- und normgebenden Gremien – Basler Ausschuss, internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden, International Accounting Standards Board (IASB) und International Organization of Securities Commissions (IOSCO) – und von Ausschüssen von Zentralbankexperten – CGFS und CPSS.

In den Plenarsitzungen des FSF – im September 2008 in Amsterdam, im Dezember 2008 in der SVR Hongkong und im März 2009 in London – diskutierten die Mitglieder die aktuellen Herausforderungen und Schwächen an den Finanzmärkten, die ergriffenen Maßnahmen und strategische Optionen. Anlässlich der Sitzung vom September 2008 fand auch ein Meinungsaustausch mit Vertretern des privaten Sektors über aktuelle Risiken des Finanzsystems und entsprechende Maßnahmen statt. In Ergänzung zu den Plenarsitzungen des FSB fördern gelegentliche regionale Sitzungen einen breiteren Gedankenaustausch über Schwachstellen im Finanzsystem und die laufenden Bemühungen um deren Behebung. Im Dezember 2008 nahmen FSF-Mitglieder und Behörden aus dem Asien-Pazifik-Raum an einem Treffen in der SVR Hongkong teil. Im Oktober 2008 organisierten FSF und IWF in Washington ein Kontakttreffen mit Behörden von ausgewählten aufstrebenden Volkswirtschaften.

Im Bericht des FSF zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Märkten und Instituten (*Report on enhancing market and institutional resilience*) vom April 2008 wurden internationale Maßnahmen zur Verringerung der prozyklischen Tendenzen im Finanzsystem gefordert. Im Juni 2008 initiierte das FSF drei Arbeitskreise über Fragen zur Prozyklizität mit folgenden Schwerpunkten: i) Eigenkapitalregelung (in Zusammenarbeit mit dem Basler Ausschuss), ii) Wertberichtigungspraxis der Banken und iii) Interaktion zwischen Fremdfinanzierung und Bewertung (gemeinsam mit dem CGFS). Der beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G20 im November 2008 gebilligte Aktionsplan sah ebenfalls vor, dass das FSF Empfehlungen zur Minderung prozyklischer Tendenzen formuliere. Die aus den drei Arbeitskreisen hervorgegangenen Empfehlungen wurden im April 2009 mit ergänzenden Kommentaren und Analysen veröffentlicht. Unter anderem empfahl das FSF, dass:

- Der Basler Ausschuss die Eigenkapitalregelung dahingehend stärkt, dass Höhe und Qualität des Eigenkapitals in guten Zeiten gesteigert werden und in schlechten Zeiten davon gezehrt werden kann
- Die risikobasierten Eigenkapitalanforderungen mit einer einfachen und transparenten Messgröße ergänzt werden, um die Fremdfinanzierung im Finanzsystem einzudämmen

- Die normgebenden Instanzen im Bereich der Rechnungslegung das Modell der erlittenen Verluste überdenken, indem sie alternative Ansätze für die Anerkennung und Messung von Kreditausfällen prüfen, und dass sie die Machbarkeit von Neubewertungsrückstellungen oder Wertberichtigungen für nach Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente untersuchen
- Der Basler Ausschuss und der CGFS ein gemeinsames Forschungsprogramm zur Messung des Refinanzierungs- und Liquiditätsrisikos im Zusammenhang mit der Fristentransformation lancieren

Ebenfalls auf Empfehlungen des FSF-Berichts vom April 2008 hin erarbeitete das Forum Richtlinien für die Vergütungspraxis in Finanzinstituten, allgemeine Grundsätze für ein grenzüberschreitendes Krisenmanagement, Protokolle zur Einrichtung internationaler Aufsichtszusammenschlüsse für international tätige Großbanken und ein verbessertes Frühwarnsystem zur Erkennung und Minderung globaler systemweiter Risiken (Letzteres in Zusammenarbeit mit dem IWF). Diese Initiativen entsprechen auch den Forderungen im G20-Aktionsplan, der am 2. April 2009 veröffentlicht wurde. Die Vergütungsrichtlinien und die Grundsätze für ein grenzüberschreitendes Krisenmanagement wurden im April 2009 herausgegeben. Bis Ende 2008 waren Aufsichtszusammenschlüsse für die meisten international tätigen Großbanken eingerichtet worden; die verbleibenden Zusammenschlüsse werden voraussichtlich bis Mitte 2009 folgen. Schlussfolgerungen aus der ersten Frühwarnübung des IWF und des FSF wurden anlässlich des Treffens des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses des IWF im April 2009 präsentiert.

Neben diesen Initiativen kontrollierte das FSF die Umsetzung der übrigen Empfehlungen in seinem Bericht vom April 2008 durch die nationalen Behörden, die internationalen Gremien und normgebenden Instanzen sowie den privaten Sektor. Das FSF berichtete den G7-Finanzministern und -Zentralbankpräsidenten jeweils im Oktober 2008 und im April 2009 über die Fortschritte bei der Umsetzung seiner Empfehlungen. Beide Male hielt das FSF fest, dass zwar die meisten Empfehlungen rasch und erfolgreich umgesetzt würden, dass aber in einigen Bereichen noch weitere Maßnahmen ausstünden und eine kontinuierliche Kontrolle entscheidend sein werde.

FSB: www.financialstabilityboard.org

Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden

Die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors, IAIS), die seit 1998 bei der BIZ angesiedelt ist, ist die internationale normgebende Instanz für die Aufsicht über das Versicherungswesen. Die IAIS fördert die weltweite Finanzstabilität durch Verbesserung der Aufsicht über das Versicherungswesen, Erarbeitung einschlägiger Standards, internationale Zusammenarbeit, die auf Informationsaustausch beruht, und gegenseitigen Beistand. In den vergangenen Jahren ist die IAIS erheblich gewachsen.

Sie war aktiv an der Beurteilung der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Versicherungsbranche und an den Maßnahmen zu den von FSB und G20

empfohlenen Aufsichtsreformen beteiligt. Um die Effizienz und Wirksamkeit der globalen Versicherungsaufsicht weiter zu verbessern, hat die IAIS die von der Krise offengelegten Schwachstellen aufgelistet.

Über ihr Gemeinsames Forum haben der Basler Ausschuss, die IOSCO und die IAIS – aufbauend auf die im jeweiligen Aufsichtsbereich bereits vorliegenden Arbeiten und Abläufe – ein Rahmenkonzept und entsprechende Verfahren für die Bestandesaufnahme von Fragen zu Aufsichtslücken und -unterschieden ausgearbeitet.

Rechnungslegung

Die IAIS hat großes Interesse daran, Finanzausweise von hoher Qualität zu gewährleisten, die ein aussagekräftiges, wirtschaftlich solides Bild von der Finanzlage von Versicherungsunternehmen abgeben. Sie verfolgt aufmerksam die internationalen Entwicklungen im Bereich der Rechnungslegung, die das diesbezügliche Basismodell für beaufsichtigte Versicherungsunternehmen am ehesten beeinflussen werden. 2008 leistete die IAIS Beiträge zu den Diskussionspapieren des IASB über eine Vereinfachung des Berichtswesens im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten und über Änderungen von IAS 19 – Leistungen an Arbeitnehmer. Die IAIS nahm auch Stellung zum Arbeitsentwurf der International Federation of Accountants über die Verwendung der Arbeit eines vom Buchprüfer hinzugezogenen Experten und über internationale Revisionsstandards mit besonderer Relevanz für die Versicherungsbranche.

Angemessene Eigenkapitalausstattung und Solvenz

Im Oktober 2008 genehmigte die IAIS sechs Aufsichtspapiere über die Solvenzbeurteilung. Diese Papiere zielen auf eine größere Vergleichbarkeit und Konvergenz in der Beurteilung der Solvenz von Versicherungsunternehmen weltweit ab und enthalten Standards und Richtlinien:

- Zur Struktur der Eigenkapitalanforderungen mit Blick auf die Solvenz
- Zur Einführung und laufenden Verwendung eines Enterprise Risk Management
- Zum Einsatz interner Modelle für die quantitative und qualitative Risikobewertung und für die Kapitalbewirtschaftung

Aufsicht über Versicherungskonzerne

In Anbetracht der zunehmenden Globalisierung des Versicherungsmarktes und der Tatsache, dass ein Großteil des Versicherungsgeschäfts von Konzernen getätigt wird, hat die IAIS die Entwicklung eines umfassenden Rahmenkonzepts für eine straffere Aufsicht über Versicherungskonzerne vorangetrieben. Hauptziel ist eine wirksame Aufsicht über Versicherungskonzerne, die den Schutz der Versicherungsnehmer aufrechterhält, aber unnötigen Aufsichtsaufwand vermeidet. Im Oktober 2008 genehmigte die IAIS Papiere mit:

- Grundsätzen für eine Aufsicht über Versicherungskonzerne, die zielgerecht formuliert sind und entsprechende Mechanismen vorsehen
- Richtlinien über Funktion und Aufgaben einer konzernweiten Aufsicht, einschließlich der Voraussetzungen für die Festlegung einer solchen Aufsicht, sowie einer Palette an möglichen Zusammenarbeitsformen

Rückversicherung

Rückversicherer spielen eine wichtige Rolle für die Effizienz von Versicherungsmärkten, indem sie Schocks auffangen. Im Oktober 2008 genehmigte die IAIS ein Papier mit Empfehlungen über die gegenseitige Anerkennung der Aufsicht über Rückversicherer.

Im Dezember 2008 veröffentlichte die IAIS die fünfte Auflage ihres jährlichen Berichts zur Rückversicherung. Dieser *Global reinsurance market report* stützt sich auf Statistiken zum globalen Rückversicherungsgeschäft, die von den größten Rückversicherern der Welt erstellt wurden. Im Laufe der Jahre hat sich der Bericht von einem Instrument zur kontinuierlichen Förderung der Transparenz im Rückversicherungsmarkt zu einem Grundlagendokument gewandelt, anhand dessen aktuelle Markttrends und -entwicklungen analysiert und offengelegt werden können. Der Bericht zeigt, dass die Rückversicherungsbranche eine solide Finanzbasis aufweist und in der Lage ist, sich den Herausforderungen der anhaltenden Finanzkrise zu stellen. Allerdings könnten die Rückversicherer mit einer immer weiter um sich greifenden Finanzkrise schwierigen Markt- und Kreditbedingungen unterworfen sein.

Informationsaustausch

Nach der Verabschiedung des *Multilateral memorandum of understanding* (MMOU) im Februar 2007, das eine Reihe von Grundsätzen und Verfahren für den Austausch von Informationen, Meinungen und Beurteilungen definiert, begann die IAIS mit der Überprüfung der Beitrittsanträge von interessierten Ländern.

Weiterbildung

Jedes Jahr organisiert die IAIS in Zusammenarbeit mit dem FSI, nationalen Versicherungsaufsichtsinstanzen und anderen Gremien rund 15 regionale Seminare und Workshops, um die Versicherungsaufsicht bei der Umsetzung ihrer Grundsätze und Standards zu unterstützen.

IAIS: www.iaisweb.org

Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen

Die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (International Association of Deposit Insurers, IADI) trägt durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit und als Forum für weitreichende internationale Kontakte zwischen Einlagensicherungsinstitutionen und anderen interessierten Kreisen zur Stabilität des Finanzsystems bei. Insbesondere:

- Fördert die IADI das Bewusstsein für gemeinsame Interessen und Anliegen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung
- Gibt sie Empfehlungen für leistungsfähigere Einlagensicherungssysteme ab
- Erleichtert sie den Austausch von Fachwissen im Einlagensicherungsbereich mittels Schulungs-, Kontakt- und Weiterbildungsangeboten
- Gibt sie Empfehlungen zur Einrichtung oder Verbesserung leistungsfähiger Einlagensicherungssysteme ab

Derzeit wirken 72 Institutionen (darunter 52 als Mitglieder) aus aller Welt in der IADI mit, u.a. eine Reihe von Zentralbanken, die sich für die Einrichtung oder den Betrieb leistungsfähiger Systeme der Einlagensicherung einsetzen wollen.

Eines der wichtigsten Ziele der IADI ist die Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Einlagensicherungssystemen durch die Erarbeitung von Grundsätzen und Praktiken. Im Bericht des FSF zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Märkten und Instituten (*Report on enhancing market and institutional resilience*) vom April 2008 wurden die Behörden aufgerufen, sich auf internationale Grundsätze für leistungsfähige Einlagensicherungssysteme zu einigen. In der Folge gaben der Basler Ausschuss und die IADI ein Konsultationspapier zu den *Core Principles for Effective Deposit Insurance Systems* heraus.

Nachdem die IADI von den Staats- und Regierungschefs der G20 um Informationen über die Konvergenz der Einlagensicherung und entsprechende Fortschritte bzw. Mängel ersucht worden war, berichtete sie dem FSF über die Aufsichtspraxis im Zusammenhang mit der Einlagensicherung und den Übergang zu expliziten Einlagensicherungssystemen mit begrenzter Deckung.

Auch in ihrem siebten Tätigkeitsjahr bot die IADI wieder zahlreiche Foren für Einlagensicherungsinstitutionen und andere Teilnehmer des finanziellen Sicherheitsnetzes an. Zu erwähnen sind insbesondere:

- Die siebte Jahreskonferenz zum Thema der Rolle der Einlagensicherung bei der Förderung der Finanzstabilität und der wirtschaftlichen Integration, an der über 250 Vertreter von Einlagensicherungsinstitutionen und Entscheidungsträger aus 60 Ländern teilnahmen. Die Konferenz beschäftigte sich mit den aktuellen Herausforderungen an den Finanzmärkten und den Implikationen für die Finanzinstitute, mit der Rolle der Einlagensicherungsinstitutionen in Finanzkrisen, mit früheren, aktuellen und künftigen Forschungsarbeiten und Empfehlungen und mit dem Aufbau eines für alle, auch Einkommensschwache, zugänglichen Finanzsektors
 - Ein Schulungsprogramm für Kadermitarbeiter in den USA und Asien über die wichtigsten Fragen zur Liquidierung von Banken. Themen waren der Mindestkostentest für die Entscheidung über eine Liquidierungsalternative, die Liquidierung von Großbanken und kleineren Instituten und der Einsatz von Überbrückungsbanken und Zwangsverwaltung im Liquidierungsverfahren
 - Ein Abkommen mit dem FSI über das Angebot von Online-Lehrgängen zur Einlagensicherung
 - Die Zusammenarbeit mit dem European Forum of Deposit Insurers (EFDI) bei Schulungen und in anderen Bereichen von gegenseitigem Interesse mit Blick auf eine Unterstützung der Einlagensicherungssysteme in Europa
 - Die Einrichtung eines Beratungsgremiums (Advisory Forum) bestehend aus 17 Experten der Einlagensicherung mit dem Ziel, dieses jeweils im Vorfeld der Veröffentlichung von Forschungs- und Empfehlungspapieren zu konsultieren
 - Die Veröffentlichung von Empfehlungspapieren über Führungsmechanismen, Bewusstsein der Öffentlichkeit und Refinanzierung
- IADI: www.iadi.org

Weitere von der BIZ geförderte Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken

Führungs- und Überwachungsmechanismen in Zentralbanken

Die Central Bank Governance Group setzt sich aus den Präsidenten eines breit abgestützten und repräsentativen Kreises von Zentralbanken zusammen. Sie wird unterstützt vom Central Bank Governance Network. Dieses umfasst nahezu 50 Zentralbanken und Währungsbehörden, die über die BIZ Informationen über Führungsmechanismen und organisatorische Fragen austauschen.

Via BIZ arbeitet die Gruppe auf die Klärung von Fragen zu den Führungs- und Überwachungsmechanismen der Zentralbanken als staatliche Entscheidungsgremien hin. Im Mai 2009 wurde der Bericht *Issues in the governance of central banks* über die Führungs- und Verwaltungsstruktur von Zentralbanken veröffentlicht, der als Referenz für Entscheidungen über entsprechende Vorkehrungen in diesem Bereich dienen soll. Der Bericht listet eine Reihe von Implikationen für die Führungs- und Überwachungsmechanismen auf, die sich aus dem Rollenwandel der Zentralbank in Bezug auf die Förderung und Aufrechterhaltung der Finanzstabilität ergeben können. Sie betreffen Art und Spektrum der Verantwortlichkeiten von Zentralbanken bei der Förderung der Finanzstabilität wie auch die Ausgestaltung der Entscheidungsmechanismen in Finanzstabilitätsangelegenheiten.

Arbeiten über die Dynamik der geldpolitischen Ausschüsse wurden im Berichtsjahr ebenfalls abgeschlossen. Ziel war es gewesen herauszufinden, wie strukturelle Merkmale und das Vorgehen dieser Ausschüsse den Entscheidungsprozess beeinflussen. Zudem wurde diversen Anfragen über vergleichende Angaben zu konkreten Fragen im Bereich Führungs- und Überwachungsmechanismen von Zentralbanken entsprochen, und mit einer Reihe von Zentralbanken wurden bilaterale oder multilaterale Konsultationen durchgeführt.

Forschungsarbeit

Die BIZ trägt nicht nur dadurch zur internationalen Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich bei, dass sie für die Sitzungen der Zentralbankvertreter Hintergrundmaterial liefert und für die Ausschüsse Sekretariats- und Analysedienstleistungen erbringt. Sie führt auch selbst Forschungsarbeiten und Analysen zu Themen durch, die für Zentralbanken und in zunehmendem Maße auch für die Finanzaufsicht von Interesse sind. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in die regelmäßigen Veröffentlichungen der Bank wie den *Jahresbericht*, den *Quartalsbericht* und die Reihen der *BIS Papers* und *BIS Working Papers* sowie in externe Fachpublikationen ein. Ein Großteil der Forschungsarbeit wird auf der BIZ-Website (www.bis.org) veröffentlicht.

Entsprechend den Aufgaben der Bank konzentriert sich die Forschungsarbeit langfristig auf Fragen der Währungs- und Finanzstabilität. Ein zentrales Thema während der Berichtsperiode war die globale Finanzkrise. Die Forschungsarbeiten befassten sich mit verschiedenen Dimensionen der Krise,

u.a. Ursachen, Dynamik und Schlussfolgerungen für die öffentlichen Entscheidungsträger. Insbesondere wurde analysiert, wie sich die Finanzmärkte unter den Anspannungen verhielten und wie Letztere sich auf die internationalen Bankenmärkte ausbreiteten. Ein besonderes Augenmerk galt der Weiterentwicklung des systemorientierten Aufsichtsansatzes im Finanzsektor, der statt auf Einzelinstitute auf das Finanzsystem als Ganzes abzielt. Dabei ging es um die Entwicklung von Frühwarnindikatoren bei Anspannungen im Bankensystem und die Erörterung von Möglichkeiten, die prozyklischen Tendenzen des Finanzsystems zu verringern. Einige dieser Arbeiten fanden Eingang in den FSF-Bericht über prozyklische Tendenzen vom April 2009.

Im Rahmen ihrer Forschungsarbeit organisiert die BIZ auch Konferenzen und Workshops, bei denen in der Regel wichtige Entscheidungsträger, führende Wissenschaftler und Marktteilnehmer zusammenkommen. Im Juni 2008 befasste sich die Siebte BIZ-Jahreskonferenz mit den geldpolitischen Herausforderungen der nächsten zehn Jahre. Zusammen mit dem Centre for Economic Policy Research (CEPR) organisierte die BIZ im September 2008 in Basel eine Konferenz über den geldpolitischen Transmissionsmechanismus.

Kooperation im Bereich Statistik

Die Beobachtung und Analyse der Finanzkrise erfordert aktuelle, zuverlässige und international vergleichbare Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstatistiken. Die BIZ profitiert in hohem Maße von den verschiedenen internationalen Bemühungen im Statistikbereich, die sich auf Datenerhebung, methodische Fragen und technische Lösungen konzentrieren und an denen sich die BIZ seit geraumer Zeit beteiligt.

Internationale Finanzstatistiken

Die verschiedenen einzigartigen Datenreihen, die die BIZ in Zusammenarbeit mit den Zentralbanken erhebt und verbreitet, sind in der aktuellen Finanzkrise von besonderem Interesse. Die vierteljährliche Bankenstatistik erlaubt eine detaillierte Untersuchung der Entwicklungen im internationalen Bankgeschäft, einschließlich des Finanzierungsbedarfs von Nicht-US-Banken in US-Dollar und der grenzüberschreitenden Kreditvergabe in den wichtigsten Finanzzentren und an aufstrebende Volkswirtschaften. Die halbjährliche Statistik zum Geschäft mit außerbörslichen Derivaten, die auch ausstehende Credit-Default-Swaps (CDS) erfasst, trägt ganz entscheidend zum Verständnis der wichtigsten Handelsmuster und potenziellen Engagements an diesem für das Finanzsystem als Ganzes bedeutsamen Markt bei. Die Wertpapierstatistik, die sowohl internationale als auch inländische Märkte abdeckt, liefert Hinweise auf den Einfluss der Kreditmarkturbulenzen auf die Emissionstätigkeit an diesen Märkten. Die Banken- und Wertpapierstatistiken sind auch eine Datenquelle für den Joint External Debt Hub, den die BIZ gemeinsam mit dem IWF, der OECD und der Weltbank eingerichtet hat; inzwischen enthält der Hub auch aktuelle Handelskreditdaten von der International Union of Credit and Investment Insurers (sog. Berner Union), einem internationalen Zusammenschluss privater und staatlicher Exportkredit- und Investitionsversicherer.

Im vergangenen Jahr wurden Anstrengungen unternommen, um die Richtlinien für die teilnehmenden Zentralbanken zu verbessern und so die BIZ-Datenreihen jede für sich wie auch im Vergleich zueinander noch einheitlicher zu gestalten. Die BIZ beteiligte sich auch an der Diskussion über eine mögliche Anpassung ihrer Statistik über das Geschäft an den außerbörslichen Derivatmärkten, insbesondere in Bezug auf die Übertragung von Kreditrisiken mittels CDS, um eine bessere Überwachung der Marktentwicklungen sicherzustellen. Zudem leistete die Bank einen wichtigen Beitrag bei der Erarbeitung des *Handbook on securities statistics*, einer von der gemeinsamen Working Group on Securities Databases der BIZ, der EZB, des IWF und der OECD getragenen Initiative.⁶ Schließlich verstärkte die Bank ihre Zusammenarbeit mit diesen und anderen internationalen Organisationen über Fragen der statistischen Methodik und Datenerhebung. Insbesondere trat sie der neuen Inter-Agency Group on Economic and Financial Statistics bei, die in Anbetracht der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise die Verfügbarkeit von nationalen und internationalen Schlüsseldaten verbessern will.

Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics

Das Sekretariat des Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics (IFC) ist bei der BIZ angesiedelt. Der IFC ist ein Forum von Benutzern und Erstellern von Statistiken aus Zentralbank- und anderen Kreisen, um statistische Fragen im Zusammenhang mit Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstabilität zu erörtern. Derzeit zählt der IFC 64 Vollmitglieder, darunter sämtliche BIZ-Aktionärszentralbanken. Den Vorsitz hat Manuel Marfán, Mitglied des Verwaltungsorgans der chilenischen Zentralbank, inne.

Die vierte alle zwei Jahre stattfindende IFC-Konferenz fand im August 2008 in Basel statt und befasste sich mit dem Thema der Messung von Finanzinnovationen und deren Implikationen. Rund 150 Volkswirte und Statistikexperten von Zentralbanken aus aller Welt nahmen daran teil. Diskutiert wurden auch Fragen zu statistischen Daten, die sich aus den jüngsten Finanzmarktunruhen ergeben hatten. Nach dem Urteil der Konferenzteilnehmer war die Tatsache, dass die Krise nicht frühzeitig erkannt worden war, keinem Mangel an Daten über wirtschaftliche und finanzielle Ungleichgewichte zuzuschreiben. Dennoch seien eine Reihe von Lücken ausgemacht worden. Das Schließen dieser Lücken werde einige Zeit in Anspruch nehmen, und in der Zwischenzeit müsse versucht werden, dem Informationsbedarf von Entscheidungsträgern und Marktteilnehmern mit innovativen Ansätzen gerecht zu werden. Die Sitzungsprotokolle des IFC werden jeweils im *IFC Bulletin* und auf der BIZ-Website veröffentlicht.

⁶ Der erste Teil des Handbuchs wurde im Mai 2009 auf der IWF-Website veröffentlicht. Es enthält ein auf den geltenden internationalen Statistikstandards basierendes Rahmenkonzept für die Erfassung von Positionen und Stromgrößen im Zusammenhang mit Anleihen. Später wird dieses Dokument auf Schuldtitelbestände und andere Wertpapiere ausgedehnt werden.

BIZ-Datenbank

Die BIZ-Datenbank wird derzeit von 53 BIZ-Aktionärszentralbanken genutzt, um nationale Daten untereinander auszutauschen (12 dieser Zentralbankbenutzer beteiligen sich seit dem vergangenen Berichtsjahr). Der Erfassungsbereich der Datenbank wurde erweitert und deckt nun auch Daten mit höherer Beobachtungsfrequenz über Geldmarktgeschäfte von Zentralbanken ab, die in der Finanzkrise von verschiedenen in Basel ansässigen Gremien genau überwacht und diskutiert werden. Auch Daten zu Nahrungsmittel- und Energiepreisen kamen hinzu. Außerdem wurden im Anschluss an die Veröffentlichung eines statistischen Rahmenkonzepts im *Handbook on securities statistics* konkrete Maßnahmen ergriffen, um das Melden von Daten zu inländischen Schuldtiteln zu vereinfachen.

Im Mai 2008 nahmen 38 Zentralbanken am regelmäßig stattfindenden Treffen der Datenbankexperten teil. Diskutiert wurden u.a. die Verbesserung der Zeitnähe von Datenübermittlungen und die Notwendigkeit, die ursprünglich gemeldeten wie auch alle später korrigierten Währungs- und Wirtschaftsdaten zu speichern. Letzteres soll eine saubere historische Analyse des jeweiligen Umfelds ermöglichen, in dem Marktreaktionen erfolgen und geldpolitische Entscheidungen getroffen werden.

Informationstechnologie im Bereich Statistik

Im vergangenen Jahr setzte die BIZ den Schlusspunkt unter die Einführung einer neuen Datenbank für ihre internationalen Finanzstatistiken und bereitete eine neue Such- und Download-Funktion für ihre Daten im Internet vor. Dabei arbeitete die BIZ erneut eng mit den Zentralbanken zusammen, um den Austausch, die Verarbeitung und die Weitergabe statistischer Daten und Metadaten effizienter zu gestalten. Ein in diesem Bereich sehr wichtiger Vorstoß ist die Initiative für den Austausch statistischer Daten und Metadaten (Statistical Data and Metadata Exchange, SDMX), ein gemeinsames Projekt von BIZ, EZB, Eurostat, IWF, OECD, UNO und Weltbank.⁷ Mehr als 240 Experten aus 65 Ländern und fast 20 internationalen Organisationen kamen im Januar 2009 anlässlich der internationalen SDMX-Konferenz in Paris zusammen. Die Konferenz demonstrierte die breite Akzeptanz von SDMX und die Notwendigkeit einer Kommunikationsplattform für SDMX im Internet. Viele nationale und internationale Statistikgremien möchten SDMX einführen, um die Verbreitung ihrer statistischen Daten zu verbessern.

Auf der SDMX-Website (www.sdmx.org) sind alle SDMX-Produkte verfügbar, u.a. technische Standards, die von der internationalen Organisation für Normung (International Organization for Standardization, ISO) genehmigt wurden, inhaltliche Richtlinien für den Austausch statistischer Daten und Metadaten sowie Umsetzungsinstrumente. Auf der Website sind zudem Informationen zu SDMX-Entwicklungen bezüglich einer wachsenden Zahl statistischer Fachgebiete zu finden, beispielsweise Zahlungsbilanz und Auslandsverschuldung.

⁷ Bei diesem Projekt vertritt die BIZ informell die Sichtweisen und Interessen der Zentralbanken, die an ihren statistischen Initiativen wie der BIZ-Datenbank und den internationalen Finanzstatistiken beteiligt sind.

Ausschuss der EDV-Fachleute

Der Ausschuss der EDV-Fachleute (Group of Computer Experts, GCE) bietet für Zentralbanken zweimal jährlich ein Forum, um Erfahrungen in technischen und organisatorischen IT-Fragen auszutauschen. Außerdem trifft sich die Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen (Working Party on Security Issues, WPSI) halbjährlich, um Themen im Bereich IT-Sicherheit zu diskutieren.

Beim GCE-Treffen im Mai 2008 standen Fragen zu Zahlungsverkehrssystemen im Mittelpunkt. Der Hauptvortrag befasste sich mit geschäftlichen und technischen Aspekten der jüngsten Umsetzungsinitiativen im Zusammenhang mit TARGET2. Das November-Treffen stand im Zeichen der Auswirkungen der Marktturbulenzen auf den IT-Bereich, und die Diskussionen unterstrichen die Notwendigkeit, äußerst rasch auf den Bedarf an neu entwickelten und eingeführten Finanzinstrumenten und -ausweisen zu reagieren.

Die WPSI konzentrierte sich auf Fragen zur Infrastruktur, u.a. Virtualisierungslösungen, Netzwerksegmentierung und gemeinsame Nutzung von IT-Infrastrukturen durch IT- und Facility-Management-Systeme. Im Zusammenhang mit der Sicherung des Zugangs zu IT-Systemen und Daten, mobilen Technologien, externen Speichermedien sowie Fernzugang und -wartung durch Lieferanten wurden doppelte Authentifikation, Identifikationsmanagement und Zugangskontrolle diskutiert.

Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen

An den gelegentlichen Treffen mit regionalen Zentralbankgruppen stellt die BIZ ihre Forschungsergebnisse, strategischen Analysen und Statistiken denjenigen Zentralbanken zur Verfügung, die nicht oder nur selten an ihren regelmäßigen Aktivitäten teilhaben. Im Berichtsjahr drehten sich diese Treffen um Fragen zur aktuellen Finanzkrise. Zu erwähnen sind insbesondere:

- Seminare über Analysen und Berichte zur Finanzstabilität, die die BIZ zusammen mit dem Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos (CEMLA) für Zentralbanken in Lateinamerika und der Karibik und mit der Southern African Development Community (SADC) für Zentralbanken im östlichen und südlichen Afrika organisierte
- Ein Seminar über die Zunahme der Kapitalströme und deren Auswirkungen auf die Zentralbanken, das die BIZ gemeinsam mit den South East Asian Central Banks (SEACEN) für Zentralbanken im Asien-Pazifik-Raum organisierte
- Vorlesungen im Rahmen des vom Centre Africain d'Études Supérieures en Gestion (CESAG) in Dakar angebotenen Master-Programms im Bank- und Finanzwesen

Im Juli 2008 hielten die Coordinators of Technical Cooperation and Training in Basel ihre Jahresversammlung ab. 36 Zentralbanken und internationale Organisationen nahmen daran teil und diskutierten die Etablierung von funktionstüchtigen Netzwerken und Kanälen für den Informationsaustausch im Bereich der technischen Zusammenarbeit.

Interne Revision

Die internen Revisoren von Zentralbanken pflegen einen regelmäßigen Wissens- und Erfahrungsaustausch. Im Juni 2008 war die Banque Nationale de Belgique Gastgeber der 22. Jahrestagung der Leiter der internen Revision der G10-Zentralbanken. Zu den behandelten Themen zählten Trends und Wandel der internen Kontrollen, Outsourcing, Talentmanagement in der internen Revision, Revisionsansätze im analytischen Bereich sowie Enterprise Risk Management. Außerdem ist die BIZ zweimal im Jahr Gastgeber des Treffens der G10-Arbeitsgruppe für IT-Revisionsmethoden.

Für die Leiter der internen Revision von Zentralbanken und Währungsbehörden im Asien-Pazifik-Raum sowie in Lateinamerika und in der Karibik hat die Interne Revision der BIZ Netzwerke für den Informationsaustausch geknüpft. Im Oktober 2008 fand das zweite BIZ-Treffen der Leiter der internen Revision von Zentralbanken in Lateinamerika und der Karibik bei der chilenischen Zentralbank in Santiago de Chile statt. Die Diskussionen bezogen sich auf das Risikomanagement von Finanzinstituten, das Versagen der internen Kontrollen und die Rolle der internen Revision in Krisenzeiten.

Finanzdienstleistungen der Bank

Art der Finanzdienstleistungen

Die BIZ bietet ein breites Spektrum von speziellen Finanzdienstleistungen an, die den Zentralbanken und anderen Währungsbehörden die Verwaltung ihrer Währungsreserven erleichtern sollen. Rund 135 solche Institutionen sowie mehrere internationale Organisationen nutzen diese Dienstleistungen.

Bei diesem Kreditgeschäft, das durch ein rigoroses internes Risikomanagement gestützt wird, stehen Sicherheit und Liquidität im Mittelpunkt. Der Best Practice entsprechend werden das Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiko der Bank von einem separaten Risikocontrolling überwacht, das direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor untersteht. Die operationellen Risiken der Bank werden von der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko überwacht.

Um den unterschiedlichen und sich ständig wandelnden Bedürfnissen der Zentralbanken gerecht zu werden, stellt die Bank eine in Bezug auf Währungen, Liquidität und Laufzeiten breit gefächerte Palette von Anlageprodukten bereit. Neben herkömmlichen Geldmarktanlagen wie Sicht- und Kündigungskonten sowie Termineinlagen bietet die Bank zwei Instrumente an, die gehandelt (gekauft und zurückverkauft) werden können: das festverzinsliche Fixed-Rate Investment der BIZ (FIXBIS) mit Laufzeiten von 1 Woche bis zu 1 Jahr und das Medium-Term Instrument (MTI) mit Laufzeiten zwischen 1 Jahr und 10 Jahren. Zum Standardangebot gehören außerdem eine Reihe von kündbaren MTI-Produkten sowie weitere Instrumente mit eingebetteten Optionen. Bisweilen gewährt die BIZ Zentralbanken kurzfristigen Kredit, der in der Regel besichert ist. Sie nimmt ferner Aufgaben als Treuhänder oder Pfandhalter wahr (s. weiter unten).

Im Auftrag ihrer Kunden tätigt die Bank auch Devisen- und Goldgeschäfte und bietet ihnen damit Zugang zu einer umfangreichen Liquiditätsbasis, beispielsweise im Zusammenhang mit der regelmäßigen Neuausrichtung des Reservenportfolios oder erheblichen Veränderungen der Währungsallokation. Zu den Devisendienstleistungen der BIZ gehören Kassageschäfte in den wichtigsten Währungen und in Sonderziehungsrechten (SZR) sowie Swaps, Termingeschäfte, Optionen und Doppelwährungseinlagen. Zudem bietet die Bank Golddienstleistungen wie Sichtkonten, Termineinlagen, Sonderdepots, Legierungsabscheidung, Erhöhung des Feingehalts und Transportdienste an.

Zudem bietet die BIZ Asset-Management-Dienstleistungen mit Staatspapieren oder erstklassigen Anlagen an. Dabei wird entweder zwischen der betreffenden Zentralbank und der BIZ ein individueller Portfolioauftrag ausgehandelt, oder Kunden können gemeinsam in eine offene Fondsstruktur – den BISIP („BIS Investment Pool“) – investieren. Die beiden Asian Bond Funds (ABF1 und ABF2) werden von der BIZ unter dem BISIP-Dach betreut. Das Vermögen des ABF1 wird von der BIZ verwaltet, das des ABF2 von einer Gruppe externer Fondsmanager.

Die Finanzdienstleistungen der BIZ werden von zwei miteinander verbundenen Handelsräumen aus erbracht: am Hauptsitz der Bank in Basel und in der Repräsentanz Asien in der SVR Hongkong.

Finanzgeschäfte 2008/09

Seit Sommer 2007 stehen die Finanzmärkte konstant unter Anspannung. In diesem Zusammenhang sah sich die Bank mit kontinuierlichen Zuflüssen von Einlagegeldern konfrontiert, während das Marktumfeld eine rentable Platzierung an den privaten Finanzmärkten zu vertretbaren Risiken schwierig gestaltete. Infolge der Maßnahmen, die die BIZ im Rahmen ihres Bankgeschäfts- und Risikomanagements ergriff, und angesichts der Entwicklung der Finanzmarktvariablen schrumpfte die Währungseinlagenbasis der Bank 2008/09 um SZR 38,9 Mrd., nachdem sie in den beiden vorangegangenen Jahren jährlich um durchschnittlich SZR 25,1 Mrd. gewachsen war. Am 31. März 2009 betrug die Währungseinlagenbasis SZR 197,2 Mrd.

Die Bilanzsumme nahm 2008/09 um SZR 55,8 Mrd. ab, nachdem sie 2007/08 noch um SZR 40,2 Mrd. zugenommen hatte. Entsprechend belief sich die Bilanzsumme am 31. März 2009 auf SZR 255,4 Mrd.

Passiva

Der Umfang der Bilanz der BIZ wird vor allem von den Kundeneinlagen bestimmt. Sie machen den Großteil der Passiva aus (Grafik). Am 31. März 2009 beliefen sich die Kundeneinlagen (ohne Repo-Geschäfte) auf insgesamt SZR 220,3 Mrd. (Vorjahr: SZR 265,2 Mrd.).

Rund 90% der Kundeneinlagen lauten auf Währungen; der Rest ist Gold. Die Währungseinlagen sanken von SZR 236,1 Mrd. im Vorjahr auf SZR 197,2 Mrd. am 31. März 2009; sie machen rund 4%⁸ der gesamten Wäh-

⁸ Nicht berücksichtigt sind Währungseinlagen bei Instituten, über die keine entsprechenden Daten verfügbar sind.

rungsreserven der Welt in Höhe von fast SZR 4,5 Bio. aus (31. März 2008: SZR 4,2 Bio.). 68% der Währungseinlagen entfielen auf US-Dollar, 21% auf Euro. Die Goldeinlagen beliefen sich Ende März 2009 auf SZR 23,1 Mrd., was einem Rückgang um SZR 6 Mrd. im Laufe des Geschäftsjahres entsprach.

Für das Schrumpfen der Währungseinlagen von Kunden waren hauptsächlich Abnahmen der Anlagen in MTI, FIXBIS sowie Sicht- und Kündigungskonten um 13%, 26% bzw. 22% verantwortlich.

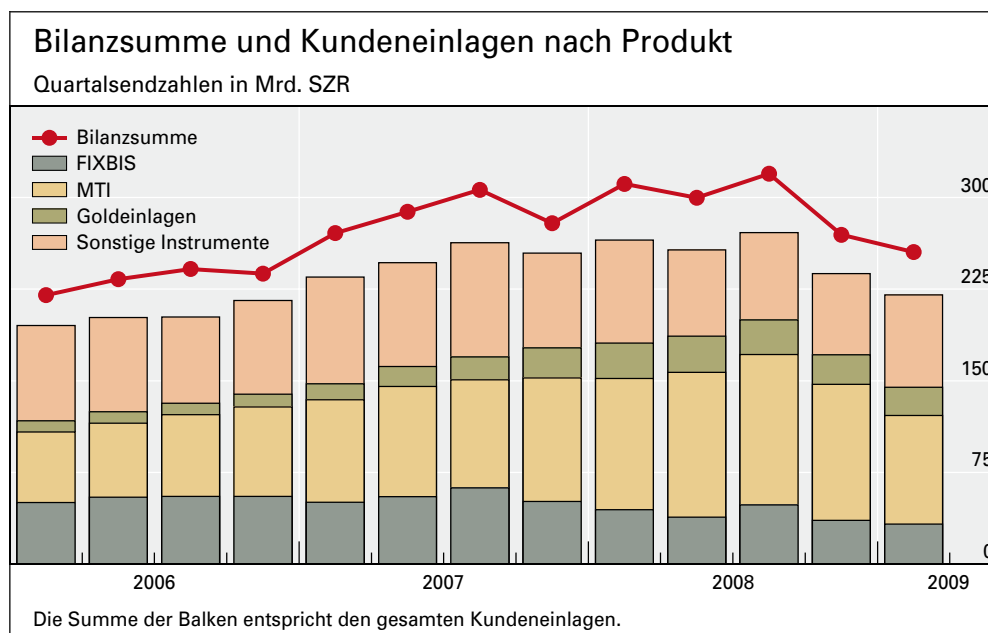
Die geografische Verteilung der Anlagen bei der BIZ ist relativ stabil geblieben; den größten Anteil halten asiatische Kunden.

Aktiva

Die Aktiva der BIZ bestehen vorwiegend aus Staatspapieren und Papieren staatsnaher Emittenten, einschließlich Reverse-Repo-Geschäften, sowie – in geringerem Umfang als im Vorjahr – aus Anlagen bei erstklassigen Geschäftsbanken von internationalem Ruf. Ferner besaß die Bank per 31. März 2009 120 Tonnen Feingold. Das Kreditrisiko wird sehr umsichtig gehandhabt; nahezu sämtliche Bestände der Bank hatten am 31. März 2009 ein Rating von A– oder höher (Punkt 3 „Kreditrisiko“ des Abschnitts Risikomanagement im Jahresabschluss).

Der Bestand der Bank an Währungsaktiva betrug am 31. März 2009 SZR 208,9 Mrd. (Vorjahr: SZR 265,7 Mrd.). Der Rückgang der Kundeneinlagen wurde hauptsächlich mit einem Abbau der Anlagen bei Geschäftsbanken kompensiert; dieser Abbau wiederum wurde zum Teil durch einen Anstieg von Schatzwechslern wettgemacht.

Zur effizienten Verwaltung ihrer Aktiva und Passiva verwendet die Bank verschiedene derivative Instrumente (Anmerkung 7 zum Jahresabschluss).



Aufgaben als Agent und Treuhänder

Treuhänder für internationale Staatsanleihen

Die Bank agiert als Treuhänder im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe (Einzelheiten s. *63. Jahresbericht* vom Juni 1993). Die Deutsche Bundesbank als Zahlungsentwickler teilte der Bank mit, dass das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) im Jahr 2008 Tilgungs- bzw. Zinszahlungen von rund 4,6 Mio. für die Fundierungsschuldverschreibungen veranlasst hat. Die Einlösungswerte und sonstigen Einzelheiten wurden vom BADV im *Bundesanzeiger* veröffentlicht.

Die Bank blieb bei ihren früheren Vorbehalten hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch das BADV (dargelegt im *50. Jahresbericht* vom Juni 1980), die sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken.

Pfandhalterfunktionen

Gemäß mehreren Vereinbarungen ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten zugunsten der Inhaber bestimmter Fremdwährungsanleihen betraut, die Länder im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen über ihre Auslandsverschuldung begeben haben. Im Geschäftsjahr 2008/09 bestanden solche Pfandbestellungsvereinbarungen für Anleihen von Peru (*67. Jahresbericht* vom Juni 1997) und Côte d'Ivoire (*68. Jahresbericht* vom Juni 1998).

Jahresabschluss und Gewinnverwendung

Jahresabschluss

Hintergrund

Der Jahresabschluss der Bank für das 79. Geschäftsjahr, 2008/09, erfolgte vor dem Hintergrund der anhaltenden Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten, an denen die BIZ tätig ist. Im Juli 2007 hatten diese Turbulenzen eingesetzt, und im September 2008 intensivierten sie sich, als eine Reihe wichtiger Finanzinstitute Insolvenz anmelden mussten oder kurz davor standen. Banken und andere Finanzinstitute wurden bei der gegenseitigen Gewährung von Krediten äußerst zurückhaltend, sobald diese über den sehr kurzfristigen Horizont hinausgingen. Auch an den Kreditmärkten kam es zu schweren Verwerfungen, und in einigen Bereichen kam die Marktaktivität vor dem Hintergrund einer Flucht in sichere Anlagen praktisch zum Erliegen.

Auf diese Verschlechterung der Lage an den Interbankmärkten reagierten Zentralbanken und Regierungen in den Folgemonaten mit Maßnahmen, die das globale Bankensystem stützen sollten. Allerdings verschoben sich die Bedenken in der Folge über den Finanzsektor hinaus zu den Entwicklungen in der Weltwirtschaft, und an den Kreditmärkten kam es zu einer Ausweitung der Spreads für Nichtbankschuldner. Die Währungsbehörden schritten ein und

senkten die Zinssätze auf außergewöhnlich niedrige Niveaus, um die Wirtschaft anzukurbeln. In diesem Umfeld kam es zu einem erheblichen Anstieg des Marktwerts von Staatspapieren und des Goldpreises.

Angesichts dieser höchst turbulenten Marktbedingungen ergriff das Management der Bank wiederholt Maßnahmen, um die Widerstandsfähigkeit der Bank gegenüber den Ereignissen zu erhöhen. Auf der Passivseite der Bilanz nahmen die Währungseinlagen ab, da die für kurzfristige BIZ-Instrumente geltenden Zinssätze gesenkt wurden und der Absatz bestimmter BIZ-Produkte nach und nach verringert oder nötigenfalls sogar ausgesetzt wurde. Auf der Aktivseite schränkte das Management die Einlagen bei Geschäftsbanken und die jeweilige Duration ein und erhöhte die Anlagen in Papieren von staatlichen und staatsnahen Emittenten. Dadurch verringerte sich die Bilanzsumme, die grundlegende Rentabilität der Bank wurde aufrechterhalten, und die Bank erlitt keine nennenswerten Verluste aufgrund von Ausfällen von Gegenparteien oder Emittenten von Schuldtiteln. Als zusätzliche Maßnahme beschränkte das Management 2008/09 die Veräußerungen von Gold auf 5 Tonnen, während im vorangegangenen Geschäftsjahr noch 25 Tonnen veräußert worden waren. Zudem wurde die Duration der Anleihebenchmark des Anlageportfolios von vier auf drei Jahre verkürzt.

Schwerpunkte

Infolge dieser Entwicklungen:

- Weiteten sich die periodengerecht abgegrenzten Zinsmargen im Fremdmittelbestand der Bank gegenüber ihren bereits hohen Niveaus von 2007/08 deutlich aus
- Kam es erneut zu unrealisierten Bewertungsverlusten aus den Anleihen der Kreditportfolios bei den Fremdmitteln der Bank, da sich die Renditeaufschläge gegenüber LIBOR erhöhten
- Wurden mit der Anlage der Eigenmittel der Bank zusätzliche realisierte und unrealisierte Gewinne erzielt, da der Goldpreis wie auch der Marktwert von Staatspapieren stiegen

Diese Faktoren führten zu:

- Einem operativen Gewinn von SZR 245,3 Mio., 11,2 Mio. weniger als 2007/08
- Einem Reingewinn von SZR 446,1 Mio., 18,1% weniger als 2007/08
- Einer erneuten Erhöhung des Eigenkapitals der Bank um SZR 612,8 Mio., nach einem Anstieg von SZR 1 010,7 Mio. im Geschäftsjahr 2007/08
- Einer Eigenkapitalrendite von 5,8%, gegenüber einer Rendite von 9,1% im Vorjahr

Einzelheiten (s. auch Gewinn- und Verlustrechnung)

Der aufgelaufene Nettozinsertrag betrug im Geschäftsjahr 2008/09 SZR 1601,9 Mio., was einem Anstieg von 64,5% gegenüber dem Vorjahr entsprach (SZR 973,4 Mio.). Dieser Anstieg war hauptsächlich auf die höheren periodengerecht abgegrenzten Zinsmargen infolge wesentlich größerer Aufschläge gegenüber LIBOR bei den risikogewichteten Aktiva der Bank

zurückzuführen sowie auf die niedrigeren für die Verbindlichkeiten der Bank gezahlten Zinsen.

Die Bewertungsänderungen ergaben netto einen Verlust von SZR 1 181,7 Mio. (2007/08: Verlust von SZR 553,7 Mio.).⁹ Von diesem Verlust entfielen rund SZR 1 100 Mio. auf die Ausweitung der Aufschläge gegenüber LIBOR, durch die sich der Fair Value der Anleihen in den Kreditportfolios der Bank verringerte. Dieser unrealisierte Verlust machte fast 3% des Werts dieser Portfolios aus (SZR 35 Mrd.). Die Kreditportfolios sind in erstklassigen Finanzinstrumenten angelegt.

Der Geschäftsaufwand (Anmerkung 25 zum Jahresabschluss) belief sich auf SZR 166,5 Mio., 7,8% mehr als im Vorjahr (SZR 154,5 Mio.). Die Verwaltungskosten vor Abschreibungen betrugen SZR 154,4 Mio., 8,4% mehr als im Vorjahr (SZR 141,9 Mio.). In Schweizer Franken – der Währung, in der die meisten Verwaltungsausgaben der Bank anfallen – erhöhte sich der Geschäftsaufwand um 3,2%. Der Abschreibungsbedarf von SZR 12,1 Mio. lag SZR 0,5 Mio. unter dem entsprechenden Betrag für 2007/08 (SZR 12,6 Mio.).

Unter Berücksichtigung der obengenannten Faktoren betrug der operative Gewinn der Bank SZR 245,3 Mio. Verglichen mit SZR 256,5 Mio. im Geschäftsjahr 2007/08 entsprach dies einem Rückgang von 4,4%.

Ein Nettogewinn von SZR 123,8 Mio. wurde im Geschäftsjahr mit der Veräußerung von Anlagepapieren erzielt. Dahinter standen der Verkauf von Wertpapieren, die in einem Umfeld tieferer Zinsen erworben worden waren, und die Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren zum Zeitpunkt der erwähnten Verkürzung der Duration der Anleihebenchmark des Portfolios. Im Geschäftsjahr 2007/08 war mit der Veräußerung von Anlagepapieren ein Nettoverlust von SZR 5,1 Mio. erzielt worden.

Im Geschäftsjahr 2008/09 veräußerte die Bank 5 Tonnen ihrer eigenen Goldanlageaktiva (125 Tonnen am 31. März 2008) und realisierte damit einen Gewinn von SZR 77,0 Mio. Im Geschäftsjahr 2007/08 war mit der Veräußerung von 25 Tonnen eigenen Goldes ein höherer Gewinn, nämlich SZR 293,3 Mio., erzielt worden.

Infolge dieser Faktoren belief sich der Reingewinn für das 79. Geschäftsjahr, 2008/09, auf SZR 446,1 Mio., ein Rückgang von 18,1% gegenüber dem Reingewinn von SZR 544,7 Mio. im Vorjahr.

Abgesehen von den in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Posten werden unrealisierte Gewinne und Verluste bei den Goldanlageaktiva und den Anlagepapieren der Bank auf dem Goldbewertungskonto bzw. dem Wert-

⁹ Gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die seit 2003 gelten, werden alle Finanzinstrumente bei den Fremdmitteln zum Fair Value bewertet. Änderungen des Fair Value dieser Instrumente fließen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Für bestimmte Währungseinlageninstrumente tritt die Bank als Marktmacher auf und realisiert daher aus diesen Passiva Gewinne bzw. Verluste. Das mit diesen Geschäften verbundene Marktrisiko wird insgesamt auf Basis des Fair Value gesteuert, d.h. alle einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate werden im Fremdmittel-Bankgeschäftsportfolio zusammengefasst. Unter normalen Marktbedingungen mit relativ stabilen Kreditzinsaufschlägen werden die realisierten und unrealisierten Gewinne bzw. Verluste aus Währungseinlagen auf der Passivseite durch realisierte und unrealisierte Verluste bzw. Gewinne aus den damit verbundenen Aktiva und Derivaten oder aus anderen Währungseinlagen auf der Passivseite ausgeglichen.

papierbewertungskonto verbucht, die zum Eigenkapital der Bank gerechnet werden.

Das Wertpapierbewertungskonto erhöhte sich um SZR 159,1 Mio., aufgrund unrealisierter Gewinne bei den Anlagepapieren (+SZR 282,8 Mio.), abzüglich einer Übertragung von realisierten Gewinnen aus der Veräußerung von Wertpapieren (–SZR 123,8 Mio.) in die Gewinn- und Verlustrechnung.

Das Goldbewertungskonto erhöhte sich ebenfalls, und zwar um SZR 152,4 Mio., aufgrund unrealisierter Gewinne bei den eigenen Goldbeständen der Bank (+SZR 229,4 Mio.) angesichts des 2008/09 steigenden Goldpreises, abzüglich einer Übertragung von realisierten Gewinnen aus der erwähnten Veräußerung von 5 Tonnen eigener Goldanlageaktiva (–SZR 77,0 Mio.) in die Gewinn- und Verlustrechnung.

Unter Berücksichtigung dieser Gewinne betrug der Gesamtertrag der Bank für 2008/09 SZR 757,6 Mio. Dies entsprach einer Rendite des durchschnittlichen Eigenkapitals (SZR 13 149 Mio.) von 5,8%. Im Geschäftsjahr 2007/08 hatte sich der Gesamtertrag auf SZR 1 150,0 Mio. belaufen, und die Rendite des durchschnittlichen Eigenkapitals (SZR 12 586 Mio.) hatte 9,1% betragen. Unter Anrechnung der Zahlung der Dividende für 2007/08 stieg das Eigenkapital der Bank in dem am 31. März 2009 abgeschlossenen Geschäftsjahr um SZR 612,8 Mio. Im Vergleich dazu hatte das Wachstum im Geschäftsjahr 2007/08 SZR 1 010,7 Mio. betragen.

Vorgeschlagene Dividende

Der Verwaltungsrat überprüfte die Dividendenpolitik der BIZ während des Geschäftsjahres 2005/06. Dabei berücksichtigte er den Eigenkapitalbedarf der Bank sowie das Anliegen der BIZ-Aktionäre, eine angemessene und tragfähige Rendite ihrer Anlagen in BIZ-Aktien zu erzielen. Der Verwaltungsrat kam zu dem Schluss, dass die Praxis, die Dividende jedes Jahr um SZR 10 anzuheben, nach wie vor insgesamt mit diesen Faktoren im Einklang steht. Daraus ergab sich eine Erhöhung der Dividende von SZR 235 je Aktie im Geschäftsjahr 2004/05 auf SZR 265 im Geschäftsjahr 2007/08. Der Verwaltungsrat beschloss außerdem, die Dividendenpolitik künftig alle zwei bis drei Jahre zu überprüfen und veränderte Umstände gegebenenfalls zu berücksichtigen.

Eine erneute Überprüfung fand wie vorgesehen 2008/09 statt. Der Verwaltungsrat hielt dabei fest, dass angesichts der gegenwärtigen Marktturbulenzen und damit zusammenhängenden Unsicherheiten keine geeigneten Rahmenbedingungen für die Festsetzung einer mittelfristigen Dividendenpolitik bestünden. Angesichts der weiter oben beschriebenen finanziellen Entwicklungen schlägt der Verwaltungsrat vor, die Dividende für 2008/09 gegenüber dem Vorjahr unverändert bei SZR 265 je Aktie zu belassen.

Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten empfiehlt der Verwaltungsrat der Generalversammlung, den Reingewinn von SZR 446,1 Mio. für das Geschäftsjahr 2008/09 wie folgt zu verwenden:

1. SZR 144,7 Mio. zur Zahlung einer Dividende von SZR 265 je Aktie
2. SZR 30,1 Mio. zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds¹⁰
3. SZR 271,3 Mio., den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds. Dieser Fonds kann vom Verwaltungsrat für jeden statutengemäßen Zweck herangezogen werden

Für 2008/09 ist nach Vorschlag des Verwaltungsrats keine Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds vorzusehen, da die vorgeschlagene Dividende der Vorjahresdividende entspricht.

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung wird die Dividende am 2. Juli 2009 entsprechend den Weisungen der einzelnen Aktionäre in einer beliebigen Währung des SZR-Korbs oder in Schweizer Franken an die Aktionäre ausgezahlt, die am 31. März 2009 im Aktienregister der Bank eingetragen waren.

Die volle Dividende wird für 546 125 Aktien gezahlt. Insgesamt sind 547 125 Aktien ausgegeben und eingezahlt. Am 31. März 2009 wurden davon 1 000 – die suspendierten Aktien der albanischen Ausgabe – als eigene Aktien gehalten. Auf diese eigenen Aktien wird keine Dividende gezahlt.

Bericht der Buchprüfer

Der Jahresabschluss wurde von der Deloitte AG ordnungsgemäß geprüft; diese hat bestätigt, dass er für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Jahresabschluss.

¹⁰ Der Allgemeine Reservefonds betrug am 31. März 2009 das Vierfache des eingezahlten Kapitals der Bank. Gemäß Artikel 51 der Statuten müssen 10% des Gewinns nach Zahlung der Dividende diesem Fonds zugewiesen werden, bis er das Fünffache des eingezahlten Kapitals erreicht hat.

Jahresabschluss

vom 31. März 2009

Der Jahresabschluss für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr auf den Seiten 214 bis 271 wurde am 11. Mai 2009 verabschiedet und wird der ordentlichen Generalversammlung am 29. Juni 2009 unterbreitet. Er wird in einer Form vorgelegt, die gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank vom Verwaltungsrat vorgegeben wurde, und steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aktionäre bei der ordentlichen Generalversammlung.

Der Jahresabschluss einschließlich der dazugehörigen Anmerkungen wurde in englischer Sprache erstellt. In Zweifelsfällen wird auf die englische Fassung verwiesen.

Jaime Caruana
Generaldirektor

Hervé Hannoun
Stellvertretender Generaldirektor

Bilanz

vom 31. März 2009

Mio. SZR	Anmerkung	2009	2008
Aktiva			
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	3	915,2	36,8
Gold und Goldleihegeschäfte	4	25 416,2	31 537,7
Schatzwechsel	5	96 421,9	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	5	38 594,4	91 884,6
Kredite und Darlehen	6	18 512,7	62 095,9
Staats- und andere Wertpapiere	5	55 763,7	61 918,5
Derivative Finanzinstrumente	7	13 749,1	7 426,4
Kurzfristige Forderungen	8	5 822,5	5 311,8
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	9	191,0	190,4
Aktiva insgesamt		255 386,7	311 139,0
Passiva			
Währungseinlagen	10	197 222,2	236 120,9
Goldeinlagen	11	23 052,1	29 101,4
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	12	–	1 894,1
Derivative Finanzinstrumente	7	6 816,8	6 227,7
Kurzfristige Verbindlichkeiten	13	14 211,5	24 365,4
Sonstige Verbindlichkeiten	14	368,2	326,5
Passiva insgesamt		241 670,8	298 036,0
Eigenkapital			
Aktienkapital	15	683,9	683,9
Statutarische Reserven	16	10 367,3	9 967,3
Gewinn- und Verlustrechnung		446,1	544,7
Abzüglich: Eigene Aktien	17	(1,7)	(1,7)
Sonstige Eigenkapitalposten	18	2 220,3	1 908,8
Eigenkapital insgesamt		13 715,9	13 103,0
Passiva und Eigenkapital insgesamt		255 386,7	311 139,0

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Anmerkung	2009	2008
Zinsertrag	20	8 254,9	11 181,2
Zinsaufwand	21	(6 653,0)	(10 207,8)
Nettozinsertrag		1 601,9	973,4
Bewertungsänderungen netto	22	(1 181,7)	(553,7)
Nettozins- und -bewertungsertrag		420,2	419,7
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	23	0,4	0,8
Nettodevisenverlust	24	(8,8)	(9,5)
Geschäftsertrag insgesamt		411,8	411,0
Geschäftsaufwand	25	(166,5)	(154,5)
Operativer Gewinn		245,3	256,5
Nettogewinn/(-verlust) aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	26	123,8	(5,1)
Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva	27	77,0	293,3
Reingewinn für das Geschäftsjahr		446,1	544,7
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	28	816,8	997,4

Mittelflussrechnung

für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Anmerkung	2009	2008
Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der operativen Tätigkeit			
Eingegangene Zins- und ähnliche Erträge		6 710,8	11 665,4
Gezahlter Zins- und ähnlicher Aufwand		(4 802,1)	(10 118,3)
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen		0,4	0,8
Ertrag aus dem Devisengeschäft		11,6	4,5
Gezahlter Geschäftsaufwand		(154,4)	(141,9)
Nicht zahlungswirksame Positionen im operativen Gewinn			
Bewertungsänderungen der operativen Aktiva und Passiva		(1 181,7)	(553,7)
Veränderung des Nettodevisenverlusts		(20,4)	(14,0)
Wertminderung bei Goldaktiva		(18,3)	-
Veränderung von Abgrenzungen und Amortisation		(288,4)	(573,7)
Veränderung der operativen Aktiva und Passiva			
Ergebniswirksame Währungseinlagen		(29 289,7)	(1 445,5)
Bankgeschäftsaktiva in Währungen		44 724,0	(13 174,8)
Sicht- und Kündigungseinlagekonten		(8 910,2)	15 966,5
Goldeinlagen		(6 049,3)	15 842,8
Gold und Goldleihegeschäfte – Bankgeschäftsaktiva		6 055,2	(15 961,7)
Kurzfristige Forderungen		(0,3)	13,4
Sonstige Passiva / kurzfristige Verbindlichkeiten		41,8	(46,9)
Derivative Finanzinstrumente netto		(5 733,6)	(2 190,9)
Nettomittelfluss eingesetzt in der operativen Tätigkeit		1 095,4	(728,0)
Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der Anlagetätigkeit			
Nettoveränderung der zur Veräußerung verfügbaren Anlageaktiva in Währungen	5B	1 021,2	(1 479,4)
Nettoveränderung der ergebniswirksamen Anlageaktiva in Währungen		15,0	(9,3)
Nettoveränderung der mit Rücknahmevereinbarung veräußerten Wertpapiere		(1 894,1)	831,6
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva	4B	295,7	245,0
Nettokäufe von Grundstücken, Gebäuden und Geschäftsausstattung	9	(12,7)	(15,0)
Nettomittelfluss eingesetzt in der Anlagetätigkeit		(574,9)	(427,1)

Mio. SZR	Anmerkung	2009	2008
Mittelfluss eingesetzt in der Finanzierungstätigkeit			
Gezahlte Dividenden		(144,7)	(139,3)
Im Jahr 2001 zurückgenommene Aktien – Zahlungen an ehemalige Aktionäre		(0,1)	(0,5)
Nettomittelfluss eingesetzt in der Finanzierungstätigkeit		(144,8)	(139,8)
Nettomittelfluss insgesamt		375,7	(1 294,9)
Nettoeffekte von Wechselkursveränderungen auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		(23,2)	101,0
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		398,9	(1 395,9)
Nettoentwicklung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		375,7	(1 294,9)
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn des Geschäftsjahres	29	936,1	2 231,0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende des Geschäftsjahres	29	1 311,8	936,1

Veränderungen des Eigenkapitals der Bank

für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	Aktien- kapital	Statuta- rische Reserven	Gewinn und Verlust	Eigene Aktien	Sonstige Eigen- kapital- posten	Eigen- kapital insgesamt
Eigenkapital am 31. März 2007		683,9	9 487,4	619,2	(1,7)	1 303,5	12 092,3
Ertrag							
Reingewinn 2007/08		–	–	544,7	–	–	544,7
Bewertungsänderungen bei zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren netto	18A	–	–	–	–	352,5	352,5
Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto	18B	–	–	–	–	252,8	252,8
Erfasster Ertrag insgesamt		–	–	544,7	–	605,3	1 150,0
Zahlung der Dividende 2006/07		–	–	(139,3)	–	–	(139,3)
Verwendung des Gewinns 2006/07		–	479,9	(479,9)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2008		683,9	9 967,3	544,7	(1,7)	1 908,8	13 103,0
Ertrag							
Reingewinn 2008/09		–	–	446,1	–	–	446,1
Bewertungsänderungen bei zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren netto	18A	–	–	–	–	159,1	159,1
Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto	18B	–	–	–	–	152,4	152,4
Erfasster Ertrag insgesamt		–	–	446,1	–	311,5	757,6
Zahlung der Dividende 2007/08		–	–	(144,7)	–	–	(144,7)
Verwendung des Gewinns 2007/08		–	400,0	(400,0)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2009 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		683,9	10 367,3	446,1	(1,7)	2 220,3	13 715,9
Vorgeschlagene Dividende		–	–	(144,7)	–	–	(144,7)
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven		–	301,4	(301,4)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2009 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		683,9	10 668,7	–	(1,7)	2 220,3	13 571,2

Per 31. März 2009 sind in den statutarischen Reserven Aktienagios in Höhe von SZR 811,7 Mio. enthalten (2008: SZR 811,7 Mio.).

Vorgeschlagene Gewinnverwendung

für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2009
Reingewinn für das Geschäftsjahr		446,1
Zuweisung an den Gesetzlichen Reservefonds	16	–
Vorgeschlagene Dividende		
SZR 265 je Aktie für 546 125 Aktien		(144,7)
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven		
Allgemeiner Reservefonds	16	(30,1)
Besonderer Dividenden-Reservefonds	16	–
Freier Reservefonds	16	(271,3)
Saldo nach Zuweisungen an die Reserven		–

Die vorgeschlagene Gewinnverwendung entspricht Artikel 51 der Statuten der Bank.

Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank

für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung					2009
		Gesetzlicher Reservefonds	Allgemeiner Reservefonds	Besonderer Dividenden-Reservefonds	Freier Reservefonds	Statutarische Reserven insgesamt
Stand am 31. März 2008		68,3	3 009,8	148,0	6 741,2	9 967,3
Verwendung des Gewinns 2007/08	16	–	40,0	6,0	354,0	400,0
Stand am 31. März 2009 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	3 049,8	154,0	7 095,2	10 367,3
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven	16	–	30,1	–	271,3	301,4
Stand am 31. März 2009 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	3 079,9	154,0	7 366,5	10 668,7

Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgend dargelegten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gelten, wenn nicht anders angegeben, für beide dargestellten Geschäftsjahre.

1. Umfang des Jahresabschlusses

Dieser Jahresabschluss enthält sämtliche Aktiva und Passiva, die von der Bank kontrolliert werden und bei denen der wirtschaftliche Nutzen sowie Rechte und Pflichten bei der Bank liegen.

Aktiva und Passiva, die auf den Namen der Bank lauten, aber von ihr nicht kontrolliert werden und bei denen der wirtschaftliche Nutzen sowie Rechte und Pflichten nicht bei ihr liegen, sind in diesem Jahresabschluss nicht enthalten. Angaben zu außerbilanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten finden sich in Anmerkung 32.

2. Funktional- und Darstellungswährung

Die Funktional- und Darstellungswährung der Bank ist das Sonderziehungsrecht (SZR), wie es vom Internationalen Währungsfonds (IWF) definiert wird.

Das SZR wird anhand eines Korbs der wichtigsten handelbaren Währungen berechnet; ihm liegt die Regel O-1 zugrunde, wie sie vom Exekutivrat des IWF am 30. Dezember 2005 verabschiedet wurde und am 1. Januar 2006 in Kraft trat. Nach derzeitiger Berechnung entspricht 1 SZR der Summe von USD 0,632, EUR 0,410, JPY 18,4 und GBP 0,0903. Der IWF überprüft die Zusammensetzung dieses Währungskorbs alle fünf Jahre, das nächste Mal im Dezember 2010.

Sämtliche im vorliegenden Jahresabschluss enthaltenen Zahlen beziehen sich auf Mio. SZR, sofern nicht anders angegeben.

3. Währungsumrechnung

Monetäre Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Bilanzstichtags in SZR umgerechnet. Andere Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Transaktionstags in SZR umgerechnet. Gewinne und Verluste werden zu einem Durchschnittskurs in SZR umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen infolge der wiederholten Umrechnung von monetären Aktiva und Passiva sowie infolge der Abwicklung von Transaktionen werden als Nettodevisengewinne bzw. -verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

4. Klassifizierung von Finanzinstrumenten

Jedes Finanzinstrument wird, wenn es zum ersten Mal ausgewiesen wird, einer der folgenden Kategorien zugeordnet:

- Kredite und Forderungen
- Ergebniswirksame finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
- Zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Die Zuordnung hängt von Art und Zweck des Finanzinstruments ab, wie in Punkt 5 unten beschrieben.

Die jeweilige Klassifizierung des Finanzinstruments bestimmt die Bilanzierungsart, wie nachstehend beschrieben. Bei Finanzinstrumenten, die als „ergebniswirksam“ klassifiziert werden, ändert die Bank diese Zuordnung später nicht mehr.

5. Struktur der Aktiva und Passiva

Aktiva und Passiva sind in zwei Portfoliogruppen organisiert:

A. Bankgeschäftsportfolios

Diese umfassen Währungs- und Goldeinlagen (Passiva) sowie damit verbundene Bankgeschäftsaktiva und Derivate.

Die Bank tätigt im Auftrag ihrer Kunden Bankgeschäfte in Devisen und Gold. In diesen Geschäften geht die Bank ein begrenztes Goldpreis-, Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiko ein.

Die Bank klassifiziert alle Finanzinstrumente in Währungen in den Bankgeschäftsportfolios (außer Kassenbestand und Sicht- und Kündigungskonten bei Banken sowie Sicht- und Kündigungseinlagekonten auf der Passivseite) als „ergebniswirksam“. Die Verwendung von Fair Values in den Währungsbankgeschäftsportfolios wird in Punkt 9 unten beschrieben.

Alle finanziellen Vermögenswerte in Gold in diesen Portfolios werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert, alle finanziellen Verbindlichkeiten in Gold als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten.

B. Anlageportfolios

Diese umfassen Aktiva, Passiva und Derivate, die vorwiegend mit als Eigenkapital definierten Anlagen zusammenhängen.

Die Bank hält ihr Eigenkapital größtenteils in Finanzinstrumenten, die auf die Währungen des SZR-Korbs lauten. Sie werden unter Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet.

Die betreffenden Währungsaktiva (außer Kassenbestand sowie Sicht- und Kündigungskonten bei Banken) werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert. Damit verbundene mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere werden als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

Darüber hinaus hält die Bank einen Teil ihres Eigenkapitals in aktiver verwalteten Portfolios. Die Währungsaktiva in diesen Portfolios sind Handelsbestände, und sie werden daher als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Der Rest ihres Eigenkapitals wird in Gold gehalten. Die eigenen Goldbestände der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert.

6. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich etwaiger aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

7. Kündigungskonten

Kündigungskonten sind kurzfristige monetäre Aktiva. Sie haben meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen und sind im Bilanzposten „Kredite und Darlehen“ enthalten.

Wegen ihres kurzfristigen Charakters werden diese Finanzinstrumente als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert. Sie werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Die Zinsen werden periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsertrag“ verbucht.

8. Sicht- und Kündigungseinlagekonten

Sicht- und Kündigungseinlagekonten sind kurzfristige monetäre Passiva. Sie haben meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen und sind im Bilanzposten „Währungseinlagen“ enthalten.

Wegen ihres kurzfristigen Charakters werden diese Finanzinstrumente als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert. Sie werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Die Zinsen werden periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsaufwand“ verbucht.

9. Verwendung von Fair Values in den Bankgeschäftsportfolios in Währungen

In ihren Bankgeschäften mit Währungen tritt die Bank für bestimmte Währungseinlageinstrumente als Marktmacher auf. Aus diesem Grund realisiert sie aus diesen Passiva Gewinne oder Verluste.

Entsprechend den Risikomanagementgrundsätzen der Bank wird das mit diesen Geschäften verbundene Marktrisiko insgesamt auf Basis des Fair Value gesteuert, d.h. alle einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate werden in den Währungsbankgeschäftsportfolios zusammengefasst. Die realisierten und unrealisierten Gewinne bzw. Verluste aus Währungseinlagen auf der Passivseite werden somit weitgehend durch realisierte und unrealisierte Verluste bzw. Gewinne aus den damit verbundenen Währungsaktiva und Derivaten oder aus anderen Währungseinlagen auf der Passivseite ausgeglichen.

Um die Bilanzierungsunstimmigkeiten zu vermindern, die entstehen würden, wenn realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste auf unterschiedlicher Basis ausgewiesen würden, klassifiziert die Bank die einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate in den Währungsbankgeschäftsportfolios als ergebniswirksame Instrumente.

10. Ergebniswirksame Währungseinlagen

Wie oben beschrieben werden alle Währungseinlagen auf der Passivseite mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungseinlagekonten als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Diese Währungseinlagen werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden zahlbaren Zinsen und die Amortisierung der erhaltenen Aufschläge und gezahlten Abschläge werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsaufwand“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungseinlagen neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

11. Ergebniswirksame Währungsaktiva

Währungsaktiva umfassen Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, Kredite und Darlehen sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Wie oben beschrieben klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva in ihren Währungsbankgeschäftsportfolios als „ergebniswirksam“. Darüber hinaus hält die Bank bestimmte aktiv verwaltete Anlageportfolios. Die Währungsaktiva in diesen Portfolios sind Handelsbestände, und sie werden daher als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Diese Währungsaktiva werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungsaktiva neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

12. Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva

Währungsaktiva umfassen Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, Kredite und Darlehen sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Wie oben beschrieben klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva in ihren Währungsanlageportfolios als „zur Veräußerung verfügbar“, mit Ausnahme der Aktiva, die in den aktiver verwalteten Anlageportfolios der Bank gehalten werden.

Diese Währungsaktiva werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungsaktiva neu zum Fair Value bewertet. Die dabei entstehenden unrealisierten Gewinne bzw. Verluste werden auf dem Wertpapierbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist. Bei der Veräußerung realisierte Gewinne werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn/(-verlust) aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren“ verbucht.

13. Short-Positionen in Währungsaktiva

Short-Positionen in Währungsaktiva sind im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ auf Basis des Handelsdatums zum Marktwert enthalten.

14. Gold

„Gold“ sind Goldbarren, die auf Sichtkonten gehalten oder bei Depotbanken verwahrt werden. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Gold ist zum Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet). Käufe und Verkäufe von Gold werden auf Basis des Abwicklungsdatums bilanziert. Terminkäufe und -verkäufe von Gold werden bis zum Abwicklungsdatum als Derivate behandelt.

Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Punkt 17 unten beschrieben.

15. Goldleihegeschäfte

Goldleihegeschäfte umfassen befristete Goldausleihungen an Geschäftsbanken. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Die Goldleihegeschäfte werden auf Basis des Handelsdatums zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Die Zinsen auf Goldleihegeschäften werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsertrag“ verbucht. Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Punkt 17 unten beschrieben.

16. Goldeinlagen

Goldeinlagen umfassen Gold-Sicht- und -Termineinlagen von Zentralbanken. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Die Goldeinlagen werden auf Basis des Handelsdatums zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Die Zinsen auf Goldeinlagen werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsaufwand“ verbucht. Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Punkt 17 unten beschrieben.

17. Realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften

Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften hängt von ihrer Klassifizierung ab:

A. Bankgeschäftsportfolios mit Goldeinlagen und damit verbundenen Gold-Bankgeschäftsaktiva

In den Bankgeschäftsportfolios werden die Goldleihegeschäfte als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert, die Goldeinlagen als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten. Die Goldderivate in den Portfolios werden als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Der Gewinn bzw. Verlust aus diesen Goldtransaktionen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Netto-devisengewinn/(-verlust)“ als Nettotransaktionsgewinn/(-verlust) verbucht.

Der Gewinn bzw. Verlust aus der erneuten Umrechnung der Goldnettoposition in den Bankgeschäftsportfolios wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Netto-devisengewinn/(-verlust)“ als Nettoumrechnungsgewinn/(-verlust) verbucht.

B. Anlageportfolios mit Goldanlageaktiva

Die eigenen Goldbestände der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert und verbucht.

Unrealisierte Gewinne bzw. Verluste aus Goldanlageaktiva der Bank gegenüber der neu als Einstandswert erachteten Basis werden auf dem Goldbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist.

Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Gewinne bzw. Verluste, die bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva realisiert werden, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva“ verbucht.

18. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Soweit diese Passiva mit der Verwaltung von ergebniswirksamen Währungsaktiva zusammenhängen, werden sie als ergebniswirksame Finanzinstrumente klassifiziert. Sind sie mit zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva verbunden, werden sie als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsaufwand“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die als „ergebniswirksam“ klassifizierten Instrumente neu zum Fair Value bewertet. Die dabei entstehenden unrealisierten Gewinne bzw. Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Bewertungsänderungen netto“ verbucht.

19. Derivate

Derivate werden entweder zur Steuerung des Marktrisikos der Bank oder für Handelszwecke eingesetzt. Sie werden als ergebniswirksame Finanzinstrumente klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Derivate neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Derivate werden bei für die Bank positivem Fair Value des Kontrakts auf der Aktivseite, bei für die Bank negativem Fair Value auf der Passivseite ausgewiesen.

Wenn ein Derivat in einem anderen Kontrakt eingebettet ist, der nicht als „ergebniswirksam“ klassifiziert ist, wird es für die Rechnungslegung vom Basiskontrakt abgetrennt und als eigenständiges Derivat wie oben beschrieben behandelt.

20. Bewertungsgrundsätze

Die Bewertungsgrundsätze der Bank sind vom Verwaltungsrat gebilligt worden. In diesen Grundsätzen definiert die Bank, wie Finanzinstrumente klassifiziert werden; daraus ergibt sich jeweils die Bewertungsgrundlage und die Bilanzierungsart. Die Grundsätze werden durch detaillierte Bewertungsverfahren ergänzt.

Die meisten Finanzinstrumente in der Bilanz werden zum Fair Value bilanziert. Die Bank definiert den Fair Value eines Finanzinstruments als den Betrag, zu dem wohlinformierte, abschlusswillige Parteien das Instrument zu marktüblichen Bedingungen übernehmen würden.

Die Verwendung von Fair Values stellt sicher, dass die dem Verwaltungsrat und den Aktionären vorgelegten Geschäftsberichte ein getreues Bild der Führung der Bankgeschäfte geben und den im Rahmen des Risikomanagements ermittelten und der Geschäftsleitung gemeldeten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen.

Die Bank erachtet die veröffentlichten Preisnotierungen an aktiven Märkten als die besten Näherungswerte zum Fair Value. Wo keine solchen Preisnotierungen existieren, bestimmt die Bank den Fair Value mithilfe einer für das betreffende Finanzinstrument geeigneten Bewertungsmethode. Beispielsweise kann der Marktpreis von kürzlich abgeschlossenen Geschäften in ähnlichen Instrumenten genommen werden, oder es können Finanzmodelle eingesetzt werden. Wenn die Bank Modelle verwendet, ist sie bestrebt, so weit möglich und sinnvoll messbare Markt-Inputdaten zu verwenden (z.B. Zinssätze oder Volatilität). Sie stützt sich so wenig wie möglich auf eigene Schätzungen. Solche Bewertungsmodelle umfassen Analysen der abgezinsten Barmittelströme oder Optionspreismodelle.

Wenn zur Bestimmung des Fair Value Bewertungsmethoden eingesetzt werden, dann müssen die entsprechenden Modelle vorab genehmigt und danach regelmäßig überprüft werden, entsprechend den Modellvalidierungsgrundsätzen der Bank.

Die Bank verfügt über eine unabhängige Bewertungskontrolleinheit, die die Bewertung von Finanzinstrumenten regelmäßig überprüft. Eine weitere Bewertungskontrolle ist die Überprüfung und Analyse von Tagesgewinnen und -verlusten.

Die Bank bewertet ihre Aktiva zum Geldkurs und ihre Passiva zum Briefkurs. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die nicht zum Fair Value bewertet werden, werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

21. Wertminderung bei finanziellen Vermögenswerten

Finanzielle Vermögenswerte, mit Ausnahme der als „ergebniswirksam“ klassifizierten Vermögenswerte, werden an jedem Bilanzstichtag auf Anzeichen einer Wertminderung überprüft. Ein finanzieller Vermögenswert ist nicht mehr voll werthaltig, wenn Hinweise darauf bestehen, dass sich die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme infolge eines oder mehrerer Ereignisse verringert haben, die nach der ursprünglichen Erfassung des Vermögenswerts eingetreten sind. Solche Hinweise sind z.B. erhebliche Finanzprobleme, ein Zahlungsausfall oder eine wahrscheinliche Insolvenz/finanzielle Restrukturierung der Gegenpartei bzw. des Emittenten.

Wertminderungsverluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, wenn der Fair Value unter den fortgeführten Einstandswert gesunken ist und dies nicht als vorübergehend angesehen wird. Verringert sich in der folgenden Bilanzperiode der Wertminderungsverlust, wird der zuvor in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Verlust so weit wieder gutgeschrieben, dass der Buchwert der Anlage nicht höher wird, als er ohne diesen Verlustausweis gewesen wäre.

22. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten

Bei den kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten handelt es sich vorwiegend um sehr kurzfristige Positionen im Zusammenhang mit der Abwicklung von Finanzgeschäften. Sie werden zunächst zum Fair Value erfasst und danach zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

23. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Die Kosten der Gebäude und der Geschäftsausstattung der Bank werden kapitalisiert und linear über die geschätzte Nutzungsdauer dieser Aktiva wie folgt abgeschrieben:

Gebäude: 50 Jahre

Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre

Informationstechnologieausstattung: bis 4 Jahre

Sonstige Sachanlagen: 4–10 Jahre

Die Grundstücke der Bank werden nicht abgeschrieben. Die Bank überprüft Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung jährlich auf Wertminderungen. Ist der Buchwert eines Aktivums höher als der geschätzte Verwertungserlös, wird der Wert auf den geschätzten Verwertungserlös abgeschrieben.

24. Rückstellungen

Rückstellungen werden ausgewiesen, wenn die Bank eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung infolge von vor dem Bilanzstichtag eingetretenen Ereignissen hat, zu deren Erfüllung vermutlich ökonomische Ressourcen benötigt werden, sofern der Betrag der Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann. Die Höhe zu bildender Rückstellungen wird anhand von bestmöglichen Schätzungen und von Annahmen festgelegt.

25. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen: ein Pensionsystem für das Personal, einen Pensionsplan für die Verwaltungsratsmitglieder und eine Kranken- und Unfallversicherung für derzeitige und ehemalige Personalmitglieder. Alle Einrichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktuarien neu bewertet.

A. Pensionssystem des Personals

Die Bank betreibt für ihr Personal ein leistungsorientiertes Pensionssystem, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Die Bank trägt die letztliche Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.

Die Verbindlichkeit aus dem Pensionssystem des Personals basiert auf dem Barwert der nach dem Leistungsprimat ermittelten Verpflichtung zum Bilanzstichtag, abzüglich des Fair Value des Fondsvermögens zum Bilanzstichtag sowie bereinigt um nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste und den nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand. Der Umfang dieser Verpflichtung nach Leistungsprimat wird mithilfe der Anwartschaftsbarwertmethode berechnet. Der Barwert dieser Verpflichtung wird anhand der geschätzten zukünftigen Mittelabflüsse ermittelt. Die Mittelabflüsse werden zu einem Satz abgezinst, den die Bank anhand der Markttrenditen von Schweizer-Franken-Unternehmensanleihen mit hohem Rating und mit ähnlichen Restlaufzeiten wie die entsprechende Verbindlichkeit bestimmt.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Betrag entspricht der Summe des laufenden Dienstzeitaufwands der im entsprechenden Jahr angefallenen Leistungen des Systems und der Verzinsung zum Diskontierungssatz der Verpflichtung nach Leistungsprimat. Außerdem werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aufgrund von Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs entsprechend dem nachstehend beschriebenen „Korridor“-Konzept während der Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht. Die entsprechende Verbindlichkeit ist im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthalten.

B. Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder

Die Bank unterhält für die Verwaltungsratsmitglieder einen Pensionsplan mit Leistungsprimat ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Verpflichtung nach Leistungsprimat und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf den Pensionsplan des Verwaltungsrats sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

C. Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand

Die Bank unterhält für ihre Personalmitglieder im Ruhestand ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Leistungsverpflichtung und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf das Kranken- und Unfallversicherungssystem sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

D. „Korridor“-Konzept

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste entstehen durch Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs. Wenn die kumulierten nicht ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste die Leistungsverpflichtung oder das entsprechende Deckungsvermögen (je nachdem, welches höher ist) um mehr als 10% überschreiten, wird die über den Korridor von 10% hinausgehende Unterdeckung über die erwartete verbleibende Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder amortisiert.

26. Mittelflussrechnung

Die Mittelflussrechnung der Bank wird mithilfe einer indirekten Methode erstellt. Sie beruht auf den Bewegungen in der Bilanz der Bank, bereinigt um Veränderungen bei den Finanzgeschäften vor Abwicklung.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken sowie Kündigungskonten; Letztere sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben.

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, „die Bank“) ist eine internationale Finanzorganisation, die entsprechend dem Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 sowie ihrem Grundgesetz und ihren Statuten gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz am Centralbahnplatz 2, 4002 Basel, Schweiz. Die Bank unterhält je eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China (für den Asien-Pazifik-Raum) und in Mexiko-Stadt, Mexiko (für den amerikanischen Kontinent).

Gemäß Artikel 3 der Statuten sind die Aufgaben der BIZ, die Zusammenarbeit unter den Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 55 Zentralbanken Mitglieder der Bank. Die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung werden im Verhältnis zu der Anzahl der im jeweiligen Land begebenen BIZ-Aktien ausgeübt. Dem Verwaltungsrat der Bank gehören die Präsidenten der Gründerzentralbanken der BIZ an, d.h. derjenigen von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, den USA und dem Vereinigten Königreich, die ihrerseits je ein weiteres Verwaltungsratsmitglied berufen, die Präsidenten der Zentralbanken von China, Japan, Kanada, Mexiko, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz sowie der Präsident der Europäischen Zentralbank.

2. Verwendung von Schätzungen

Beim Erstellen des Jahresabschlusses muss die Geschäftsleitung der Bank teilweise Schätzungen vornehmen, um zu den ausgewiesenen Beträgen der Aktiva und Passiva, der Offenlegung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie den ausgewiesenen Beträgen von Aufwand und Ertrag im Geschäftsjahr zu gelangen. Sie stützt sich dabei auf verfügbare Informationen, ihr fachkundiges Urteil und eigene Annahmen.

Ein fachkundiges Urteil ist sowohl bei der Festlegung als auch bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze der Bank erforderlich. Wie diese Beurteilungen bei der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzt werden, ist für die Erstellung dieses Jahresabschlusses von wesentlicher Bedeutung.

Zu den Annahmen gehören zukunftsgerichtete Schätzungen, z.B. bei der Bewertung von Aktiva und Passiva sowie bei der Einschätzung der Vorsorgeverpflichtungen, Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten.

Die späteren tatsächlichen Ergebnisse können erheblich von den Schätzungen abweichen.

A. Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Für bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Bank gibt es keinen aktiven Sekundärmarkt. Sie werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, bei denen für die Bestimmung der geeigneten Bewertungsparameter Urteilsvermögen erforderlich ist. Änderungen der Annahmen zu diesen Parametern können den ausgewiesenen Fair Value erheblich beeinflussen. Wie sich eine Veränderung der Spreadannahmen um 1 Basispunkt auf die Bewertung auswirkt, zeigt die nachstehende Tabelle.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2009	2008
Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere	0,1	0,5
Kredite und Darlehen	0,2	1,0
Staats- und andere Wertpapiere	9,5	9,4
Währungseinlagen	18,5	24,0
Derivative Finanzinstrumente	8,9	16,0

B. Bewertung von Unternehmensanleihen

Im Finanzmarktumfeld vom 31. März 2009 hat sich das Ausmaß fachkundiger Beurteilung, die für die Bewertung von Finanzinstrumenten nötig ist, gegenüber den Vorjahren beträchtlich erhöht. Da in bestimmten finanziellen Vermögenswerten, die von der Bank gehalten werden, kaum noch Marktgeschäfte stattfanden, war sehr viel Urteilsvermögen erforderlich, um Bewertungsparameter aus einem breiten Spektrum alternativer Annahmen auszuwählen. Dies galt ganz besonders für die Unternehmensanleihebestände der Bank (im Bilanzposten „Staats- und andere Wertpapiere“ enthalten): Hier lag die potenzielle Bandbreite alternativer Spreadannahmen in der Größenordnung von Dutzenden von Basispunkten. Die Geschäftsleitung ist der Meinung, dass alle von der Bank verwendeten Bewertungsparameter die Marktbedingungen am Bilanzstichtag in angemessener und umsichtiger Weise widerspiegeln.

C. Wertminderungsaufwand bei finanziellen Vermögenswerten

Die Goldleihegeschäfte enthalten eine Abschreibung von SZR 18,3 Mio., die aufgrund einer Überprüfung auf Wertminderungen per 31. März 2009 vorgenommen wurde (31. März 2008: null). Die Überprüfung wurde für die einzelnen Gegenparteien durchgeführt; es wurden jene Gegenparteien identifiziert, die am Bilanzstichtag mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten kämpften. Die Abschreibung wegen Wertminderung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettozinsertrag“ ausgewiesen.

D. Versicherungsmathematische Annahmen und Kostensteigerung im Gesundheitswesen

Die Bewertung des Pensionssystems und der Kranken- und Unfallversicherung der Bank stützt sich auf versicherungsmathematische Annahmen sowie die erwartete Entwicklung der Teuerung und der Zinssätze. Eine Veränderung dieser Annahmen wirkt sich auf die Bewertung der Verbindlichkeit aus dem Pensionssystem der Bank und die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge aus.

3. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken bestehen aus liquiden Mitteln bei Zentral- und Geschäftsbanken, über die die Bank jederzeit verfügen kann.

4. Gold und Goldleihegeschäfte

A. Goldbestände insgesamt

Die Goldbestände der Bank setzten sich wie folgt zusammen:

31. März		
Mio. SZR	2009	2008
Goldbarren bei Zentralbanken	22 616,5	27 530,9
Goldleihegeschäfte insgesamt	2 799,7	4 006,8
Gold und Goldleihegeschäfte insgesamt	25 416,2	31 537,7
Davon:		
Goldanlageaktiva	2 358,1	2 424,4
Gold und Goldleihegeschäfte – Bankgeschäftsaktiva	23 058,1	29 113,3

Da sich die Bonität von Kreditnehmern verschlechterte, wurde im Geschäftsjahr ein Wertminderungsaufwand von SZR 18,3 Mio. (2008: null) verbucht. Diese Abschreibung wegen Wertminderung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettozinsertrag“ ausgewiesen.

B. Goldanlageaktiva

Die Goldanlageaktiva der Bank werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Der Betrag, um den dieser Wert die neu als Einstandswert erachtete Basis übersteigt, wird auf dem Goldbewertungskonto verbucht (in der Bilanz unter „Sonstige Eigenkapitalposten“), und realisierte Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Goldanlageaktiva werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In Anmerkung 18 wird das Goldbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von Goldanlageaktiva ist in Anmerkung 27 aufgeschlüsselt.

Die Goldanlageaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März		
Mio. SZR	2009	2008
Stand am Jahresanfang	2 424,4	2 306,0
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva		
Ausgereichte Darlehen	–	–
Veräußerungen von Gold	(102,0)	(414,3)
Fälligkeiten, Wertminderung, Sichtkonto- und andere Nettoveränderungen	(193,7)	169,3
	(295,7)	(245,0)
Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung	–	(182,7)
Goldpreisveränderung	229,4	546,1
Stand am Jahresende	2 358,1	2 424,4

Am 1. April 2008 beliefen sich die Goldanlageaktiva der Bank auf 125 Tonnen Feingold. In dem am 31. März 2009 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurden 5 Tonnen Feingold (2008: 25 Tonnen) veräußert (Anmerkung 27). Am 31. März 2009 betrug der Bestand 120 Tonnen Feingold.

5. Währungsaktiva

A. Bestände insgesamt

Zu den Währungsaktiva gehören Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, befristete Kredite sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Die ergebniswirksamen Währungsaktiva umfassen die Bankgeschäftsaktiva in Währungen, die durch die Wiederranlage von Kundeneinlagen zustande kommen, sowie die Anlageaktiva in Währungen, die zu den aktiver verwalteten Portfolios gehören. Die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva umfassen die übrigen Anlageaktiva in Währungen der Bank; sie kommen vorwiegend durch Anlage des Eigenkapitals der Bank zustande.

Schatzwechsel sind kurzfristige staatliche Schuldtitel, die auf Diskontbasis ausgegeben werden.

Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere (Reverse Repos) sind Transaktionen, bei denen die Bank einer Gegenpartei einen befristeten Kredit gewährt, wobei diese eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für den Kredit wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die entsprechenden Wertpapiere gegen Rückzahlung des

Kredits zurückzugeben. Während der Laufzeit des Geschäfts wird der Fair Value der Sicherheit überwacht; gegebenenfalls wird als Schutz gegen das Kreditrisiko eine Aufstockung der Sicherheit verlangt.

Befristete Kredite sind hauptsächlich Anlagen bei Geschäftsbanken. Ebenfalls in diese Kategorie fallen Anlagen bei Zentralbanken, internationalen Organisationen und sonstigen Stellen des öffentlichen Sektors, einschließlich Darlehen im Rahmen von Standby-Fazilitäten (mit oder ohne feste Zusage). Der Bilanzposten „Kredite und Darlehen“ umfasst ferner Kündigungskonten (Anmerkung 6).

Staats- und andere Wertpapiere sind von Staaten, internationalen Organisationen, sonstigen Stellen des öffentlichen Sektors, Geschäftsbanken und Unternehmen begebene Schuldtitel, u.a. in Form von fest und variabel verzinslichen Anleihen sowie forderungsunterlegten Wertpapieren.

In den nachstehenden Tabellen werden die Bestände der Bank an Währungsaktiva aufgeschlüsselt.

31. März 2009	Bankgeschäftsaktiva		Anlageaktiva		Währungsaktiva insgesamt
	Ergebniswirksam	Zur Veräußerung verfügbar	Ergebniswirksam	Insgesamt	
<i>Mio. SZR</i>					
Schatzwechsel	96 399,2	–	22,7	22,7	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	38 594,4	–	–	–	38 594,4
Befristete Kredite und Darlehen	18 116,1	–	–	–	18 116,1
Staats- und andere Wertpapiere					
Staaten	3 024,1	8 211,8	–	8 211,8	11 235,9
Finanzinstitute	22 548,1	707,6	710,7	1 418,3	23 966,4
Sonstige (einschl. öffentlicher Sektor)	18 621,5	1 939,9	–	1 939,9	20 561,4
	44 193,7	10 859,3	710,7	11 570,0	55 763,7
Währungsaktiva insgesamt	197 303,4	10 859,3	733,4	11 592,7	208 896,1

Für die mit Rückgabvereinbarung angekauften Wertpapiere, die befristeten Kredite sowie bestimmte Staats- und andere Wertpapiere der Bank gibt es keinen aktiven Sekundärmarkt. Diese Aktiva werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, bei denen für die Bestimmung der geeigneten Bewertungsparameter Urteilsvermögen erforderlich ist. Eine Veränderung der Spreadannahmen für diese drei Kategorien von Finanzinstrumenten um 1 Basispunkt hätte die Bewertung um SZR 9,8 Mio. verändert (2008: SZR 10,9 Mio.).

31. März 2008	Bankgeschäfts- aktiva		Anlageaktiva		Währungsaktiva insgesamt
	Ergebniswirksam	Zur Veräußerung verfügbar	Ergebniswirksam	Insgesamt	
<i>Mio. SZR</i>					
Schatzwechsel	50 708,8	–	28,1	28,1	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	89 991,1	1 893,5	–	1 893,5	91 884,6
Befristete Kredite und Darlehen	61 196,6	–	–	–	61 196,6
Staats- und andere Wertpapiere					
Staaten	4 532,4	7 642,7	–	7 642,7	12 175,1
Finanzinstitute	30 814,0	1 012,5	603,8	1 616,3	32 430,4
Sonstige (einschl. öffentlicher Sektor)	16 154,4	1 158,7	–	1 158,7	17 313,1
	51 500,8	9 813,9	603,8	10 417,7	61 918,5
Währungsaktiva insgesamt	253 397,3	11 707,4	631,9	12 339,3	265 736,6

B. Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva

Die Währungsanlageaktiva der Bank kommen vorwiegend durch Anlage des Eigenkapitals zustande. Sie werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert, außer sie sind Teil eines aktiv gehandelten Portfolios.

Die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Stand am Jahresanfang	11 707,4	9 843,8
Nettoveränderung der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva		
Zugänge	10 805,7	20 990,3
Abgänge	(4 633,8)	(2 195,9)
Fälligkeiten und andere Nettoveränderungen	(7 193,1)	(17 315,0)
	(1 021,2)	1 479,4
Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung	(109,8)	36,8
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	282,9	347,4
Stand am Jahresende	10 859,3	11 707,4

In Anmerkung 18 wird das Wertpapierbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn/(-verlust) aus der Veräußerung von Wertpapieren, die als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert sind, ist in Anmerkung 26 aufgeschlüsselt.

6. Kredite und Darlehen

Kredite und Darlehen umfassen befristete Kredite und Kündigungskonten.

Befristete Kredite werden als ergebniswirksame Instrumente klassifiziert. Kündigungskonten werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert und sind in den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten enthalten. Dies sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

31. März		
Mio. SZR	2009	2008
Befristete Kredite und Darlehen	18 116,1	61 196,6
Kündigungskonten	396,6	899,3
Kredite und Darlehen insgesamt	18 512,7	62 095,9

Die Fair-Value-Veränderung, die in der Gewinn- und Verlustrechnung auf befristeten Krediten und Darlehen erfasst wird, beträgt SZR (50,0) Mio. (2008: SZR 88,8 Mio.)

7. Derivative Finanzinstrumente

Die Bank verwendet für Sicherungs- und Handelszwecke folgende derivative Instrumente:

Zins- und Anleihefutures sind vertragliche Verpflichtungen, einen Nettobetrag, basierend auf Veränderungen von Zinssätzen oder Anleihekursen, an einem künftigen Datum zu einem festgelegten Preis, der an einem organisierten Markt zustande kam, entgegenzunehmen bzw. zu zahlen. Futureskontrakte werden täglich mit der Börse abgerechnet. Die entsprechenden Nachschusszahlungen werden in bar oder in marktfähigen Wertpapieren geleistet.

Devisen- und Goldoptionen sind vertragliche Vereinbarungen, in denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem festgelegten Datum in einem bestimmten Umfang eine Währung oder Gold zu einem festgelegten Preis zu kaufen (Call-Option) oder zu verkaufen (Put-Option). Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Devisen- und Goldswaps, Zins-/Währungsswaps und Zinsswaps sind Verpflichtungen zum Austausch einer Art von Zahlungsströmen gegen eine andere. Swappgeschäfte beinhalten einen wirtschaftlichen Tausch von Währungen, Gold oder Zinssätzen (z.B. eines variablen Zinses gegen einen festen) oder einer Kombination von Zinssätzen und Währungen (Zins-/Währungsswaps). Außer bei bestimmten Devisen- und Goldswaps und Zins-/Währungsswaps findet kein Austausch von Kapitalbeträgen statt.

Währungs- und Goldterminkontrakte sind Verpflichtungen, zu einem späteren Zeitpunkt Fremdwährungen oder Gold zu kaufen. Darin eingeschlossen sind noch nicht belieferte Kassageschäfte.

Forward-Rate-Agreements sind einzeln ausgehandelte Zinsterminkontrakte, bei denen an einem künftigen Datum die Differenz zwischen einem vertraglich vereinbarten Zinssatz und dem geltenden Marktzinssatz in bar gezahlt wird.

Swaptions sind Optionen, bei denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem bestimmten Datum einen Devisen- oder Zinsswap zu einem festgelegten Preis abzuschließen. Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Darüber hinaus verkauft die Bank ihren Kunden Produkte, die eingebettete Derivate enthalten (Anmerkung 10 und 11). Eingebettete Derivate werden für Bilanzierungszwecke vom Basiskontrakt abgetrennt und wie gewöhnliche Derivate behandelt, wenn der Basiskontrakt nicht als ergebniswirksam klassifiziert ist. So werden die Gold-Devisen-Optionen, die in Gold-Doppelwährungseinlagen enthalten sind, bei den Derivaten als Devisen- und Goldoptionen ausgewiesen.

In der nachstehenden Tabelle wird der Fair Value der derivativen Finanzinstrumente aufgeschlüsselt.

31. März	2009			2008		
	Nominalwert	Fair Value		Nominalwert	Fair Value	
		Forderungen	Verbindlichkeiten		Forderungen	Verbindlichkeiten
<i>Mio. SZR</i>						
Anleihefutures	1 862,4	1,2	(1,4)	1 367,8	1,4	(1,4)
Zins-/Währungsswaps	2 708,0	95,6	(400,7)	3 836,0	117,6	(750,7)
Währungs- und Goldterminkontrakte	3 047,4	7,3	(173,0)	1 095,0	21,0	(13,4)
Devisen- und Goldoptionen	5 030,1	156,6	(158,2)	4 669,0	64,0	(64,9)
Devisen- und Goldswaps	99 578,6	2 860,4	(1 294,1)	127 026,0	1 372,2	(3 119,1)
Forward-Rate-Agreements	10 875,9	20,0	(13,3)	26 377,0	22,2	(27,3)
Zinsfutures	12 430,4	0,3	(0,9)	10 114,0	0,9	(0,2)
Zinsswaps	393 413,7	10 600,8	(4 761,2)	360 306,4	5 824,7	(2 194,0)
Swaptions	2 016,9	6,9	(14,0)	6 162,7	2,4	(56,7)
Derivative Finanzinstrumente insgesamt am Jahresende	530 963,4	13 749,1	(6 816,8)	540 953,9	7 426,4	(6 227,7)
Derivative Finanzinstrumente netto am Jahresende			6 932,3			1 198,7

Für bestimmte Derivate der Bank gibt es keinen aktiven Sekundärmarkt. Diese derivativen Forderungen und Verbindlichkeiten werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, bei denen für die Bestimmung der geeigneten Bewertungsparameter Urteilsvermögen erforderlich ist. Eine Veränderung der Spreadannahmen um 1 Basispunkt hätte die Bewertung um SZR 8,9 Mio. verändert (2008: SZR 16,0 Mio.).

8. Kurzfristige Forderungen

31. März	2009	2008
<i>Mio. SZR</i>		
Finanzgeschäfte vor Abwicklung	5 811,5	5 301,1
Andere Aktiva	11,0	10,7
Kurzfristige Forderungen insgesamt	5 822,5	5 311,8

Bei den „Finanzgeschäften vor Abwicklung“ handelt es sich um kurzfristige Forderungen (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören Vermögenswerte, die verkauft, und Verbindlichkeiten, die eingegangen wurden.

9. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März				2009	2008
	Grundstücke	Gebäude	IT und sonstige Sachanlagen	Insgesamt	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>					
Historischer Einstandswert					
Stand am Jahresanfang	41,2	189,4	118,5	349,1	334,4
Investitionen	-	-	12,7	12,7	15,0
Veräußerungen und Abgänge	-	-	(0,2)	(0,2)	(0,3)
Stand am Jahresende	41,2	189,4	131,0	361,6	349,1
Abschreibungen					
Kumulierte Abschreibungen am Jahresanfang	-	84,7	74,0	158,7	146,4
Abschreibungen	-	4,0	8,1	12,1	12,6
Veräußerungen und Abgänge	-	-	(0,2)	(0,2)	(0,3)
Stand am Jahresende	-	88,7	81,9	170,6	158,7
Nettobuchwert am Jahresende	41,2	100,7	49,1	191,0	190,4

Der Abschreibungsbedarf für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr umfasste eine zusätzliche Abschreibung von SZR 0,4 Mio. für IT und sonstige Sachanlagen nach einer Überprüfung auf Wertminderungen (2008: SZR 1,1 Mio.).

10. Währungseinlagen

Währungseinlagen sind Buchforderungen gegenüber der Bank. Die Währungseinlageninstrumente sind in der nachstehenden Tabelle aufgegliedert.

31. März		
Mio. SZR	2009	2008
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente		
Medium-Term Instruments (MTI)	86 243,7	99 372,5
Kündbare MTI	2 652,9	8 024,2
FIXBIS	32 664,4	44 403,4
	121 561,0	151 800,1
Sonstige Währungseinlagen		
FRIBIS	204,3	4 218,1
Termineinlagen	43 633,2	39 444,8
Doppelwährungseinlagen	237,4	161,4
Sicht- und Kündigungseinlagekonten	31 586,3	40 496,5
	75 661,2	84 320,8
Währungseinlagen insgesamt	197 222,2	236 120,9
Davon:		
Als „ergebniswirksam“ klassifiziert	165 635,9	195 624,4
Als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert	31 586,3	40 496,5

Medium-Term Instruments (MTI) sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit vierteljährlichen Verfallterminen und Laufzeiten bis zu 10 Jahren.

Kündbare MTI sind MTI, die eine Kündigungsoption der Bank enthalten, wobei der Ausübungspreis gleich dem Nennwert ist; die Kündigungstermine liegen zwischen Juni 2009 und Dezember 2009 (2008: Juni 2008 und Dezember 2009).

FIXBIS sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit beliebiger Laufzeit von 1 Woche bis 1 Jahr.

FRIBIS sind variabel verzinsliche Anlagen bei der BIZ mit Laufzeiten von mindestens 1 Jahr, bei denen der Zins jeweils entsprechend den Marktbedingungen neu bestimmt wird.

Termineinlagen sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ, meist mit einer Laufzeit von weniger als 1 Jahr.

Doppelwährungseinlagen sind Termineinlagen, die am Verfalltag nach Wahl der Bank entweder in der ursprünglichen Währung oder in einem festgelegten Betrag einer anderen Währung zurückzuzahlen sind. Alle diese Einlagen wurden im Zeitraum 2. April 2009 – 15. Mai 2009 fällig (2008: April 2008).

Sicht- und Kündigungseinlagekonten sind sehr kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie werden als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

Bei bestimmten Währungseinlageninstrumenten tritt die Bank als alleiniger Marktmacher auf, und sie hat sich verpflichtet, einige dieser Finanzinstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen ganz oder teilweise zum Fair Value zurückzuzahlen.

A. Bewertung von Währungseinlagen

Die Währungseinlagen (mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungseinlagekonten) werden zum Fair Value bilanziert. Dieser Wert weicht von dem Betrag ab, den die Bank dem Inhaber der Einlage gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit zahlen muss. Für die Währungseinlagen insgesamt, zuzüglich aufgelaufener Zinsen bis zum 31. März 2009, muss die Bank den Inhabern gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit SZR 193 629,2 Mio. zahlen (2008: SZR 234 822,0 Mio.).

Die Bank schätzt den Fair Value ihrer Währungseinlagen mithilfe von verschiedenen Bewertungsmethoden, u.a. sog. Discounted-Cashflow-Modellen und Optionspreismodellen. Die Discounted-Cashflow-Modelle bewerten die erwarteten Zahlungsströme von Finanzinstrumenten mithilfe von Diskontierungsfaktoren, die teils aus notierten Zinssätzen (z.B. LIBOR, Swapsätzen) abgeleitet werden, teils auf Annahmen über die Spreads beruhen, mit denen jedes Produkt den Kunden angeboten bzw. von ihnen zurückgekauft wird.

Die Spreadannahmen basieren auf kürzlich abgeschlossenen Marktgeschäften. Ist eine Produktserie für Neuanleger geschlossen worden (und gibt es somit keine neueren Marktgeschäfte), verwendet die Bank den letzten für die Serie notierten Spread als Grundlage für die Bestimmung der geeigneten Modellparameter.

Die Optionspreismodelle enthalten Annahmen zur Volatilität, die aus Marktnotierungen abgeleitet werden.

Eine Veränderung der Spreadannahmen für die Währungseinlagen um 1 Basispunkt am Bilanzstichtag hätte die Bewertung der Bank um SZR 18,5 Mio. verändert (2008: SZR 24,0 Mio.).

B. Auswirkungen einer Änderung der Bonität der Bank

Jegliche Änderung der Bonität der Bank hätte Auswirkungen auf den Fair Value ihrer Verbindlichkeiten. Bei einer Verschlechterung der Bonität der Bank würde der Wert ihrer Verbindlichkeiten sinken. Diese Wertänderung würde als Bewertungsänderung in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließen. Die Bank beurteilt im Rahmen ihrer Risikomanagementverfahren ihre Bonität regelmäßig neu. Im Berichtszeitraum ergab die von der Bank vorgenommene Beurteilung ihrer Bonität keine Änderung, die den Fair Value ihrer Verbindlichkeiten hätte beeinflussen können.

11. Goldeinlagen

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken. Sie werden alle als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

Die Bank nimmt ferner Goldeinlagen entgegen, die am Verfalltag nach Wahl der Bank entweder in Gold oder in einem festgelegten Währungsbetrag zurückzuzahlen sind (Gold-Doppelwährungseinlagen). Die eingebettete Gold-Devisen-Option wird als derivatives Finanzinstrument zum Fair Value bilanziert. Am 31. März 2009 bestanden keine Gold-Doppelwährungseinlagen (2008: SZR 54,1 Mio.).

12. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere (Repo-Geschäfte) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage von einer Gegenpartei entgegennimmt und ihr eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die Einlage gegen Rückgabe gleichwertiger Wertpapiere zurückzuzahlen. Diese Geschäfte werden ausschließlich mit Geschäftsbanken abgeschlossen.

Am 31. März 2009 gab es keine mit Rücknahmevereinbarung veräußerten Wertpapiere. Am 31. März 2008 hingen sämtliche Repo-Geschäfte mit der Verwaltung der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva zusammen. Sie wurden daher alle als zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert.

13. Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten umfassen die Finanzgeschäfte vor Abwicklung, d.h. die kurzfristigen Verbindlichkeiten (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören angekaufte Vermögenswerte und zurückgekaufte Verbindlichkeiten.

14. Sonstige Verbindlichkeiten

31. März	2009	2008
<i>Mio. SZR</i>		
Vorsorgeverpflichtungen (Anmerkung 19)		
Pensionssystem des Personals	2,4	–
Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder	4,8	4,8
Kranken- und Unfallversicherung	191,6	185,4
Short-Positionen in Währungsaktiva	151,6	115,6
Verbindlichkeiten gegenüber ehemaligen Aktionären	0,5	0,6
Sonstige	17,3	20,1
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	368,2	326,5

15. Aktienkapital

Das Aktienkapital der Bank setzte sich wie folgt zusammen:

31. März	2009	2008
<i>Mio. SZR</i>		
Genehmigtes Kapital: 600 000 Aktien im Nominalwert von je SZR 5 000, wovon SZR 1 250 eingezahlt	3 000,0	3 000,0
Begebenes Kapital: 547 125 Aktien	2 735,6	2 735,6
Eingezahltes Kapital (25%)	683,9	683,9

Dividendenberechtigte Aktien:

31. März	2009	2008
Begebene Aktien	547 125	547 125
Abzüglich: Eigene Aktien	(1 000)	(1 000)
Umlaufende, voll dividendenberechtigte Aktien	546 125	546 125
Dividende je Aktie (SZR)	265	265

16. Statutarische Reserven

Die Statuten der Bank sehen die Zuweisung des jährlichen Reingewinns der Bank durch die Generalversammlung gemäß Vorschlag des Verwaltungsrats an drei bestimmte Reservefonds vor: den Gesetzlichen Reservefonds, den Allgemeinen Reservefonds und den Besonderen Dividenden-Reservefonds. Der nach Ausschüttung der Dividende verbleibende Reingewinn wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Gesetzlicher Reservefonds. Dieser Reservefonds hat derzeit die volle vorgeschriebene Höhe von 10% des eingezahlten Kapitals der Bank.

Allgemeiner Reservefonds. Derzeit sind 10% des nach Zahlung der Dividende verbleibenden jährlichen Reingewinns der Bank dem Allgemeinen Reservefonds zuzuweisen. Wenn dieser Reservefonds das Fünffache des eingezahlten Kapitals der Bank erreicht hat, sinkt die jährliche Zuweisung auf 5% des verbleibenden Reingewinns.

Besonderer Dividenden-Reservefonds. Ein Teil des verbleibenden Reingewinns des Geschäftsjahres kann dem Besonderen Dividenden-Reservefonds zugewiesen werden. Dieser kann bei Bedarf zur Zahlung der gesamten festgelegten Dividende oder eines Teils davon herangezogen werden. In der Regel wird die Dividende aus dem Reingewinn der Bank gezahlt.

Freier Reservefonds. Ein nach den obengenannten Zuweisungen noch verbleibender Betrag des Reingewinns wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Der Erlös aus der Zeichnung von BIZ-Aktien wird dem Gesetzlichen Reservefonds zugewiesen, bis dieser die volle vorgeschriebene Höhe erreicht hat, der Rest dem Allgemeinen Reservefonds.

Der Freie Reservefonds, der Allgemeine Reservefonds und der Gesetzliche Reservefonds stehen – in dieser Reihenfolge – zur Deckung etwaiger Verluste der Bank zur Verfügung. Im Falle der Liquidation der Bank werden die in den Reservefonds verbliebenen Beträge (nach Ablösung der Schulden der Bank und Zahlung der Liquidationskosten) unter den Aktionären verteilt.

17. Eigene Aktien

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2009	2008
Stand am Jahresanfang	1 000	1 000
Veränderungen während des Jahres	–	–
Stand am Jahresende	1 000	1 000

Als eigene Aktien gehalten werden 1 000 Aktien der albanischen Ausgabe, die 1977 suspendiert wurden.

18. Sonstige Eigenkapitalposten

Die sonstigen Eigenkapitalposten entsprechen den Bewertungskonten für die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva und die Goldanlageaktiva (Anmerkung 4 bzw. 5).

Sie umfassen:

31. März	2009	2008
<i>Mio. SZR</i>		
Wertpapierbewertungskonto	431,1	272,0
Goldbewertungskonto	1 789,2	1 636,8
Sonstige Eigenkapitalposten insgesamt	2 220,3	1 908,8

A. Wertpapierbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Fair Value und dem fortgeführten Einstandswert der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva der Bank verbucht.

Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2009	2008
<i>Mio. SZR</i>		
Stand am Jahresanfang	272,0	(80,5)
Bewertungsänderungen netto		
Netto(gewinn)/-verlust aus Veräußerungen	(123,8)	5,1
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	282,9	347,4
	159,1	352,5
Stand am Jahresende	431,1	272,0

In den nachstehenden Tabellen wird der Stand des Wertpapierbewertungskontos aufgedgliedert.

31. März 2009	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapier- bewertungs- konto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
<i>Mio. SZR</i>					
Staats- und andere Wertpapiere	10 859,3	10 428,2	431,1	447,3	(16,2)

31. März 2008	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapier- bewertungs- konto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
<i>Mio. SZR</i>					
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1 893,5	1 894,2	(0,7)	–	(0,7)
Staats- und andere Wertpapiere	9 813,9	9 541,2	272,7	305,4	(32,7)
Insgesamt	11 707,4	11 435,4	272,0	305,4	(33,4)

B. Goldbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Buchwert und der neu als Einstandswert erachteten Basis der Goldanlageaktiva der Bank verbucht. Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Stand am Jahresanfang	1 636,8	1 384,0
Bewertungsänderungen netto		
Nettogewinn aus Veräußerungen	(77,0)	(293,3)
Goldpreisveränderung	229,4	546,1
	152,4	252,8
Stand am Jahresende	1 789,2	1 636,8

19. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen:

1. Ein leistungsorientiertes Pensionssystem für ihr Personal, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Die Bank trägt die letztliche Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.
2. Einen leistungsorientierten Pensionsplan ohne Fondsvermögen für ihre Verwaltungsratsmitglieder, die nach einer Amtszeit von mindestens vier Jahren anspruchsberechtigt sind.
3. Ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen für ihre Personalmitglieder im Ruhestand. Die Anspruchsberechtigung beruht grundsätzlich darauf, dass das Personalmitglied bis zum 50. Lebensjahr im Dienst bleibt und mindestens zehn Dienstjahre hat.

Alle Vorsorgeeinrichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktuarien neu bewertet.

A. In der Bilanz ausgewiesene Beträge

31. März		Pensionssystem des Personals			
Mio. SZR	2009	2008	2007	2006	
Barwert der Verpflichtung	(747,4)	(709,7)	(653,7)	(606,4)	
Fair Value des Fondsvermögens	619,6	714,3	648,6	602,2	
Deckungsstand	(127,8)	4,6	(5,1)	(4,2)	
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	125,4	41,2	47,3	46,8	
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	–	(45,8)	(42,2)	(42,6)	
Verbindlichkeit am Jahresende	(2,4)	–	–	–	

31. März		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder			
Mio. SZR	2009	2008	2007	2006	
Barwert der Verpflichtung	(5,7)	(5,4)	(4,6)	(4,6)	
Fair Value des Fondsvermögens	–	–	–	–	
Deckungsstand	(5,7)	(5,4)	(4,6)	(4,6)	
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	0,9	0,6	0,3	0,3	
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	–	–	–	–	
Verbindlichkeit am Jahresende	(4,8)	(4,8)	(4,3)	(4,3)	

31. März		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand			
Mio. SZR	2009	2008	2007	2006	
Barwert der Verpflichtung	(225,4)	(208,0)	(186,3)	(183,8)	
Fair Value des Fondsvermögens	–	–	–	–	
Deckungsstand	(225,4)	(208,0)	(186,3)	(183,8)	
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	40,1	30,3	42,0	57,2	
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	(6,3)	(7,7)	(7,8)	(8,6)	
Verbindlichkeit am Jahresende	(191,6)	(185,4)	(152,1)	(135,2)	

B. Barwert der Vorsorgeverpflichtung

Der Barwert der Vorsorgeverpflichtung entwickelte sich wie folgt:

31. März <i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals			Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder			Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand		
	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007
Barwert der Verpflichtung am Jahresanfang	709,7	653,7	606,4	5,4	4,6	4,5	208,0	186,3	183,8
Laufender Dienstzeitaufwand	29,8	30,5	28,3	0,2	0,2	0,2	7,9	8,2	7,9
Arbeitnehmerbeiträge	3,9	3,7	3,4	–	–	–	0,1	–	–
Zinskosten	24,9	21,3	19,8	0,2	0,1	0,1	7,4	6,1	6,1
Versicherungsmathematischer (Gewinn)/Verlust	29,3	(55,7)	3,5	0,3	–	–	11,5	(13,9)	(13,9)
Gezahlte Leistungen	(24,5)	(23,1)	(21,8)	(0,3)	(0,3)	(0,3)	(2,0)	(1,8)	(1,9)
Umrechnungsdifferenzen	(25,7)	79,3	14,1	(0,1)	0,9	0,1	(7,5)	23,1	4,3
Barwert der Verpflichtung am Jahresende	747,4	709,7	653,7	5,7	5,4	4,6	225,4	208,0	186,3

C. Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems des Personals

Der Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems des Personals entwickelte sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008	2007
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresanfang	714,3	648,6	602,2
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	34,0	33,1	30,6
Versicherungsmathematischer Gewinn/(Verlust)	(99,3)	(44,8)	4,1
Arbeitgeberbeiträge	18,3	17,3	15,9
Arbeitnehmerbeiträge	3,9	3,7	3,4
Gezahlte Leistungen	(24,5)	(23,1)	(21,8)
Umrechnungsdifferenzen	(27,1)	79,5	14,2
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresende	619,6	714,3	648,6

D. In der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Beträge

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März <i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals			Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder			Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand		
	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007
Laufender Dienstzeitaufwand	29,8	30,5	28,3	0,2	0,2	0,2	7,9	8,2	7,9
Zinskosten	24,9	21,3	19,8	0,2	0,1	0,1	7,4	6,1	6,1
Abzüglich: Erwartete Rendite des Fondsvermögens	(34,0)	(33,1)	(30,7)	–	–	–	–	–	–
Abzüglich: Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	(1,5)	(1,5)	–	–	–	(6,3)	(1,0)	(1,0)
Im Geschäftsjahr erfasster versicherungsmathematischer Verlust netto	–	–	–	–	–	–	–	1,6	2,6
Im Geschäftsaufwand enthaltener Gesamtbetrag	20,7	17,2	15,9	0,4	0,3	0,3	9,0	14,9	15,6

Für das Geschäftsjahr 2009/10 rechnet die Bank mit einem Beitrag von CHF 41,8 Mio. an ihre Vorsorgeeinrichtungen.

E. Wichtigste Anlagekategorien des Fondsvermögens, in Prozent des Fondsvermögens insgesamt

31. März

Prozent	2009	2008
Europäische Aktien	7,4	12,8
Sonstige Aktien	16,8	17,4
Festverzinsliche europäische Anlagen	49,9	32,2
Sonstige festverzinsliche Anlagen	21,8	27,1
Andere Aktiva	4,1	10,5
Tatsächliche Rendite des Fondsvermögens	-10,5%	-1,7%

Das Pensionssystem des Personals investiert nicht in Finanzinstrumente, die von der Bank aufgelegt werden.

F. Wichtigste versicherungsmathematische Annahmen in diesem Jahresabschluss

31. März

	2009	2008
Alle drei Vorsorgeeinrichtungen		
Diskontierungssatz – Marktzinssatz schweizerischer Unternehmensanleihen mit hohem Rating	3,25%	3,75%
Nur Pensionssystem des Personals und Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der Rentenleistungen	1,50%	1,50%
Nur Pensionssystem des Personals		
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	5,00%	5,00%
Angenommene Steigerungsrate der Gehälter	4,10%	4,10%
Nur Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der pensionsberechtigten Verwaltungsrats honorare	1,50%	1,50%
Nur Kranken- und Unfallversicherungssystem für Personalmitglieder im Ruhestand		
Angenommene langfristige Kostensteigerung im Gesundheitswesen	5,00%	5,00%

Die Annahmen für die Steigerung der Gehälter der Personalmitglieder, der pensionsberechtigten Verwaltungsrats honorare und der Rentenleistungen enthalten eine angenommene Inflationsrate von 1,5% per 31. März 2009 (2008: 1,5%).

Die erwartete Rendite des Fondsvermögens basiert auf langfristigen Erwartungen für Inflationsrate, Zinssätze, Risikoprämien und Aufteilung des Anlagevermögens. Diese Schätzung, die die historischen Renditen berücksichtigt, wird gemeinsam mit den unabhängigen Aktuaren des Fonds erstellt.

Die Annahme bezüglich der Kostensteigerung im Gesundheitswesen hat erhebliche Auswirkungen auf die Beträge, die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht werden. Eine Veränderung dieser Annahme um 1 Prozentpunkt gegenüber der Berechnung für 2008/09 würde sich wie folgt auswirken:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2009	2008
Anstieg/(Verringerung) der Summe von Dienstzeitaufwand und Zinskosten		
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 6%	5,0	7,5
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 4%	(3,6)	(4,9)

31. März

Mio. SZR	2009	2008
Anstieg/(Verringerung) der Leistungsverpflichtung		
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 6%	56,3	45,5
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 4%	(42,5)	(34,5)

20. Zinsertrag

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva		
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	18,5	71,1
Staats- und andere Wertpapiere	365,0	380,9
	383,5	452,0
Ergebniswirksame Währungsaktiva		
Schatzwechsel	1 253,1	861,6
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1 880,8	2 480,9
Kredite und Darlehen	1 321,1	4 147,8
Staats- und andere Wertpapiere	1 766,8	2 301,2
	6 221,8	9 791,5
Als „Kredite und Forderungen“ klassifizierte Aktiva		
Sicht- und Kündigungskonten	16,0	38,4
Goldanlageaktiva	6,4	11,2
Gold-Bankgeschäftsaktiva	5,0	5,4
Wertminderung bei Gold-Bankgeschäftsaktiva	(18,3)	–
	9,1	55,0
Ergebniswirksame derivative Finanzinstrumente	1 640,5	882,7
Zinsertrag insgesamt	8 254,9	11 181,2

21. Zinsaufwand

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Ergebniswirksame Passiva		
Währungseinlagen	6 160,4	8 963,7
Zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		
Goldeinlagen	3,3	3,9
Sicht- und Kündigungseinlagekonten	472,0	1 171,7
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	17,3	68,5
	492,6	1 244,1
Zinsaufwand insgesamt	6 653,0	10 207,8

22. Bewertungsänderungen netto

Die Nettobewertungsänderungen entstehen ausschließlich bei den ergebniswirksamen Finanzinstrumenten. Die nachstehende Tabelle enthält Nettobewertungsverluste von SZR 4,6 Mio. infolge von Kreditverlusten bei Ausfällen (2008: null).

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Ergebniswirksame Währungsaktiva		
Unrealisierte Wertänderungen von Währungsaktiva	59,8	18,8
Realisierte Gewinne/(Verluste) aus Währungsaktiva	34,8	(11,7)
	94,6	7,1
Ergebniswirksame Währungspassiva		
Unrealisierte Wertänderungen finanzieller Verbindlichkeiten	(1 549,1)	(2 832,2)
Realisierte Gewinne aus finanziellen Verbindlichkeiten	(1 139,6)	(257,2)
	(2 688,7)	(3 089,4)
Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten	1 412,4	2 528,6
Bewertungsänderungen netto	(1 181,7)	(553,7)

23. Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Ertrag aus Gebühren und Provisionen	8,1	6,8
Aufwand für Gebühren und Provisionen	(7,7)	(6,0)
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	0,4	0,8

24. Nettodevisengewinn/(-verlust)

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Transaktionsgewinn netto	11,6	4,5
Umrechnungsverlust netto	(20,4)	(14,0)
Nettodevisengewinn/(-verlust)	(8,8)	(9,5)

25. Geschäftsaufwand

In der nachfolgenden Tabelle wird der Geschäftsaufwand der Bank in Schweizer Franken (CHF) – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – aufgeführt.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. CHF</i>	2009	2008
Verwaltungsrat		
Honorare	2,0	1,9
Ruhegehälter ehemaliger Verwaltungsratsmitglieder	0,5	0,6
Reisen, auswärtige Sitzungen und sonstige Ausgaben	1,6	1,7
	4,1	4,2
Geschäftsleitung und Personal		
Vergütung	114,1	111,8
Renten	34,3	34,3
Sonstiger Personalaufwand	45,4	43,1
	193,8	189,2
Sachaufwand	65,8	63,5
Verwaltungskosten in Mio. CHF	263,7	256,9
Verwaltungskosten in Mio. SZR	154,4	141,9
Abschreibungen in Mio. SZR	12,1	12,6
Geschäftsaufwand in Mio. SZR	166,5	154,5

In dem am 31. März 2009 abgeschlossenen Geschäftsjahr hatte die Bank – in Vollzeitstellen umgerechnet – durchschnittlich 532 Beschäftigte (2008: 542).

26. Nettogewinn/(-verlust) aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2009	2008
Veräußerungserlöse	4 633,8	2 195,9
Fortgeführte Einstandswerte	(4 510,0)	(2 201,0)
Nettogewinn/(-verlust)	123,8	(5,1)
Davon:		
Realisierte Bruttogewinne	128,9	51,8
Realisierte Bruttoverluste	(5,1)	(56,9)

27. Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2009	2008
Veräußerungserlöse	102,0	414,3
Neu als Einstandswert erachtete Basis (Anmerkung 18B)	(25,0)	(121,0)
Realisierter Nettogewinn	77,0	293,3

28. Ergebnis je Aktie

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

	2009	2008
Reingewinn für das Geschäftsjahr (Mio. SZR)	446,1	544,7
Gewichteter Durchschnitt der Anzahl dividendenberechtigter Aktien	546 125	546 125
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	816,8	997,4

Für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr wird eine Dividende von SZR 265 je Aktie vorgeschlagen (2008: SZR 265).

29. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Für die Mittelflussrechnung gelten als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente:

Mio. SZR	2009	2008
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	915,2	36,8
Kündigungskonten	396,6	899,3
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente insgesamt	1 311,8	936,1

30. Steuern

Die besondere rechtliche Stellung der Bank in der Schweiz ist im Wesentlichen im Sitzabkommen mit dem schweizerischen Bundesrat geregelt. Danach ist die Bank in der Schweiz von praktisch allen direkten und indirekten Steuern auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene befreit.

Ähnliche Abkommen bestehen mit der Regierung der Volksrepublik China hinsichtlich der Repräsentanz Asien in der Sonderverwaltungsregion Hongkong und mit der mexikanischen Regierung hinsichtlich der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent.

31. Wechselkurse

Die folgende Tabelle zeigt die wichtigsten Kurse und Preise, die für die Umrechnung von Fremdwährungs- und Goldpositionen in SZR verwendet wurden.

	Kassakurs am 31. März		Durchschnitt im abgeschlossenen Geschäftsjahr	
	2009	2008	2009	2008
USD	0,670	0,609	0,648	0,643
EUR	0,890	0,960	0,908	0,910
JPY	0,00677	0,00610	0,00654	0,00564
GBP	0,962	1,208	1,088	1,291
CHF	0,590	0,612	0,584	0,556
Gold (Unzen)	614,6	557,8	560,4	490,2

32. Außerbilanzielle Geschäfte

Treuhandgeschäfte werden im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt, d.h. ohne Regress auf die Bank. Sie werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Dazu gehören:

31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Depotverwahrung für Kunden	11 082,0	11 308,0
Pfandbestellungsvereinbarungen	90,0	158,9
Portfoliomanagementmandate	6 919,0	6 093,9
Für verschiedene Einleger verwahrte Goldbarren	4 078,9	3 665,4
Insgesamt	22 169,9	21 226,2

In der obenstehenden Tabelle ausgewiesen sind der Nominalwert von Wertpapieren, die im Rahmen von Verwahrungs- und Pfandbestellungsvereinbarungen gehalten werden, sowie der Nettoinventarwert von Portfoliomanagementmandaten. Die für verschiedene Einleger verwahrten Goldbarren sind zum Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (umgerechnet in SZR zum Goldmarktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs). Am 31. März 2009 wurden Goldbarren im Gewicht von 212 Tonnen Feingold verwahrt (2008: 204 Tonnen).

Die im Rahmen solcher Vereinbarungen gehaltenen Finanzinstrumente sind bei externen Verwahrstellen – Zentralbanken oder kommerziellen Instituten – hinterlegt.

33. Zusagen

Die Bank stellt eine Reihe fest zugesagter Standby-Fazilitäten für ihre Kunden bereit. Am 31. März 2009 beliefen sich die offenen Zusagen, im Rahmen dieser Standby-Fazilitäten Kredit zu gewähren, auf SZR 8 646,8 Mio. (2008: SZR 6 767,7 Mio.); davon waren SZR 234,5 Mio. nicht besichert (2008: SZR 304,6 Mio.).

34. Effektive Zinssätze

Der effektive Zinssatz ist der Satz, um den die erwarteten künftigen Zahlungsströme eines Finanzinstruments auf den jeweiligen Buchwert abgezinst werden.

Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die effektiven Zinssätze der betreffenden Finanzinstrumente in den wichtigsten Währungen.

31. März 2009

<i>Prozent</i>	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldleihegeschäfte	–	–	–	–	0,54
Schatzwechsel	0,88	1,83	0,69	0,23	–
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	0,16	0,62	0,63	0,10	–
Kredite und Darlehen	0,84	1,29	0,87	0,08	0,40
Staats- und andere Wertpapiere	2,50	3,24	3,26	0,86	3,88
Passiva					
Währungseinlagen	2,00	2,00	2,05	0,16	2,05
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,38
Short-Positionen in Währungsaktiva	4,96	–	–	–	–

31. März 2008

<i>Prozent</i>	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldleihegeschäfte	–	–	–	–	0,76
Schatzwechsel	0,73	4,02	–	0,58	–
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1,90	2,69	5,15	0,71	–
Kredite und Darlehen	3,87	4,18	5,71	0,85	3,24
Staats- und andere Wertpapiere	3,21	4,10	4,19	0,98	7,39
Passiva					
Währungseinlagen	3,24	3,77	5,00	0,34	5,16
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,35
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	1,65	–	5,10	–	–
Short-Positionen in Währungsaktiva	4,03	–	–	–	–

35. Geografische Analyse

A. Verbindlichkeiten insgesamt

31. März Mio. SZR	2009	2008
Afrika und Europa	109 733,3	132 229,9
Asien-Pazifik-Raum	82 770,5	102 353,8
Nord- und Südamerika	40 344,5	54 810,3
Internationale Organisationen	8 822,5	8 642,0
Insgesamt	241 670,8	298 036,0

B. Außerbilanzielle Positionen

31. März Mio. SZR	2009	2008
Afrika und Europa	5 361,6	4 877,1
Asien-Pazifik-Raum	16 165,1	15 825,5
Nord- und Südamerika	643,2	523,6
Insgesamt	22 169,9	21 226,2

Anmerkung 32 enthält nähere Angaben zu den außerbilanziellen Geschäften der Bank. Eine geografische Analyse der Aktiva der Bank findet sich weiter unten im Abschnitt Risikomanagement, Punkt 3C.

C. Kreditzusagen

31. März Mio. SZR	2009	2008
Afrika und Europa	1 073,3	496,6
Asien-Pazifik-Raum	7 573,5	6 109,7
Nord- und Südamerika	–	161,4
Insgesamt	8 646,8	6 767,7

Anmerkung 33 enthält nähere Angaben zu den Kreditzusagen der Bank.

36. Nahestehende Personen

Die Bank betrachtet als nahestehend:

- Die Mitglieder des Verwaltungsrats
- Die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank
- Nahe Angehörige dieser Personen
- Unternehmen, die einen erheblichen Einfluss auf ein Mitglied des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene ausüben könnten, sowie Unternehmen, auf die eine dieser Personen erheblichen Einfluss ausüben könnte
- Die Vorsorgeeinrichtungen der Bank
- Zentralbanken, deren Präsident Mitglied des Verwaltungsrats ist, und Institutionen, die mit diesen Zentralbanken verbunden sind

Eine Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene findet sich im BIZ-Jahresbericht unter „Verwaltungsrat“ und „Oberste Führungsebene“. Angaben zu den Vorsorgeeinrichtungen der Bank finden sich in Anmerkung 19.

A. Nahestehende natürliche Personen

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Vergütungen für die Mitglieder der obersten Führungsebene betragen insgesamt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März		
Mio. CHF	2009	2008
Gehälter, Zulagen sowie Versicherungsdeckung Krankheit/Unfall	6,4	6,7
Vorsorgeleistungen	1,7	1,9
Vergütungen insgesamt in Mio. CHF	8,1	8,6
Gegenwert SZR	4,7	4,8

Anmerkung 25 enthält Einzelheiten zu den Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats.

Die Bank bietet allen Personalmitgliedern und Verwaltungsratsmitgliedern persönliche Einlagenkonten an. Den Zinssatz für diese Konten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für Personalkonten anbietet. Auf den persönlichen Einlagenkonten der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene der Bank waren folgende Bewegungen und Guthaben zu verzeichnen:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. CHF</i>	2009	2008
Stand am Jahresanfang	18,0	15,6
Hereingenommene Einlagen einschl. Zinsgutschriften (nach Abzug der Quellensteuer)	3,4	3,8
Abhebungen	(8,6)	(1,4)
Stand am Jahresende in Mio. CHF	12,8	18,0
Gegenwert SZR	7,6	11,0
Zinsaufwand auf Einlagen in Mio. CHF	0,7	0,6
Gegenwert SZR	0,4	0,3

Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres zu Mitgliedern des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene der Bank ernannt wurden, sind in der obenstehenden Tabelle in den hereingenommenen Einlagen eingeschlossen. Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres aus dem Verwaltungsrat oder der obersten Führungsebene der Bank ausgeschieden sind, sind in der obenstehenden Tabelle in den Abhebungen eingeschlossen.

Darüber hinaus führt die Bank gesperrte Einlagenkonten für bestimmte Personalmitglieder, die früher dem Sparfonds der Bank angehörten; dieser wurde am 1. April 2003 geschlossen. Gemäß den Bestimmungen dieser Sperrkonten können die Personalmitglieder keine weiteren Einzahlungen leisten; wenn sie aus der Bank ausscheiden, wird ihnen das Guthaben ausgezahlt. Den Zinssatz für diese Konten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für Personalkonten anbietet, zuzüglich 1%. Am 31. März 2009 betragen die Guthaben auf den Sperrkonten insgesamt SZR 19,2 Mio. (2008: SZR 20,8 Mio.). Sie sind im Bilanzposten „Währungseinlagen“ enthalten.

B. Nahestehende Zentralbanken und verbundene Institutionen

Die BIZ erbringt Bankdienstleistungen für ihre Kunden, vorwiegend Zentralbanken, Währungsbehörden und internationale Finanzorganisationen. Dabei schließt sie im Rahmen des normalen Geschäftsgangs Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen ab. Zu diesen Geschäften gehören die Gewährung von Krediten sowie die Hereinnahme von Währungs- und Goldeinlagen.

Die Konditionen sind bei diesen Geschäften grundsätzlich die gleichen wie bei Geschäften mit nicht verbundenen Kunden.

Währungseinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Stand am Jahresanfang	53 998,3	53 240,1
Hereingenommene Einlagen	120 912,0	130 847,9
Fälligkeiten, Tilgungen und Fair-Value-Veränderung	(123 325,4)	(129 656,6)
Nettoveränderung bei Kündigungskonten	(1 109,5)	(433,1)
Stand am Jahresende	50 475,4	53 998,3
Anteil an Währungseinlagen insgesamt am Jahresende	25,6%	22,9%

Goldeinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Stand am Jahresanfang	26 336,1	10 123,8
Hereingenommene Einlagen	55,0	600,2
Nettoveränderung bei Gold-Sichtkonten	(6 703,6)	16 161,2
Nettoabzüge und Goldpreisveränderung	(218,8)	(549,1)
Stand am Jahresende	19 468,7	26 336,1
Anteil an Goldeinlagen insgesamt am Jahresende	84,5%	90,5%

Von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Stand am Jahresanfang	3 271,9	470,2
Platzierte besicherte Einlagen	889 828,4	776 745,9
Fälligkeiten und Fair-Value-Veränderung	(888 497,8)	(773 944,2)
Stand am Jahresende	4 602,5	3 271,9
Anteil an mit Rückgabvereinbarung angekauften Wertpapieren insgesamt am Jahresende	11,9%	3,6%

Sonstige Positionen gegenüber nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die Bank hält Sichtkonten in Währungen bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen. Am 31. März 2009 betrug der Saldo dieser Konten insgesamt SZR 881,5 Mio. (2008: SZR 539,3 Mio.). Die Gold-Sichtkonten bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen beliefen sich am 31. März 2009 auf insgesamt SZR 22 605,8 Mio. (2008: SZR 27 499,7 Mio.).

Derivatgeschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die BIZ schließt mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen Derivatgeschäfte ab, darunter Devisenkontrakte und Zinsswaps. Der gesamte Nominalwert dieser Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen in dem am 31. März 2009 abgeschlossenen Geschäftsjahr betrug SZR 6 510,0 Mio. (2008: SZR 43 655,5 Mio.).

37. Eventualverbindlichkeiten

Am 31. März 2009 hatte die Bank keine wesentlichen Eventualverbindlichkeiten.

Angemessene Eigenkapitalausstattung

1. Eigenkapital

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung des Kernkapitals und des gesamten Eigenkapitals der Bank am 31. März 2009 dar.

31. März <i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Aktienkapital	683,9	683,9
Statutarische Reserven gemäß Bilanz	10 367,3	9 967,3
Abzüglich: Eigene Aktien	(1,7)	(1,7)
Kernkapital	11 049,5	10 649,5
Gewinn- und Verlustrechnung	446,1	544,7
Sonstige Eigenkapitalposten	2 220,3	1 908,8
Eigenkapital insgesamt	13 715,9	13 103,0

Die Bank beurteilt die Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung laufend. Die Beurteilung wird durch ein jährliches Kapital- und Geschäftsplanungsverfahren gestützt.

Die Bank hat ein Risikokzept umgesetzt, das der überarbeiteten Rahmenvereinbarung *Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen* (Basel II) entspricht, die der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht im Juni 2006 herausgegeben hat. Die Umsetzung betrifft alle drei Säulen der Rahmenvereinbarung, berücksichtigt jedoch die Besonderheiten von Wirkungskreis und Tätigkeit der Bank. Da die Bank keiner nationalen Bankenaufsicht unterliegt, beschränkt sich die Anwendung der Säule 2 auf die bankeigene Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung. Diese Beurteilung stützt sich in erster Linie auf eine Methodik, die auf dem ökonomischen Kapital basiert; diese ist umfassender und orientiert sich an einem erheblich höheren Solvenzniveau als die Mindesteigenkapitalanforderungen nach Säule 1 von Basel II.

2. Ökonomisches Kapital

Bei ihrer eigenen Beurteilung der Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung stützt sich die Bank auf Berechnungen des ökonomischen Kapitals für das Marktrisiko, das Kreditrisiko, das operationelle Risiko und sonstige Risiken. Mithilfe dieser Berechnungen soll der Betrag an Eigenkapital ermittelt werden, der erforderlich ist, um Verluste aus den bestehenden Engagements zu absorbieren. Dabei wird ein statistisches Konfidenzniveau zugrunde gelegt, das dem Bestreben der Bank Rechnung trägt, ihre Bonität auf höchstem Niveau zu halten. Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals der Bank werden ein Konfidenzniveau von 99,995% und eine Haltedauer von einem Jahr angenommen.

Nachstehend wird das am 31. März 2009 für das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko eingesetzte ökonomische Kapital dargestellt. Darüber hinaus wird seit dem 1. April 2008 zusätzliches ökonomisches Kapital für sonstige Risiken bereitgestellt, dies aufgrund von Einschätzungen der Geschäftsleitung über Risiken, die nicht oder nur unvollständig in den Berechnungen des ökonomischen Kapitals der Bank zum Ausdruck kommen.

31. März <i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Kreditrisiko	5 673,7	6 173,3
Marktrisiko	3 099,8	2 689,7
Operationelles Risiko	425,0	400,0
Sonstige Risiken	300,0	–
Eingesetztes ökonomisches Kapital insgesamt	9 498,5	9 263,0

3. Risikogewichtete Aktiva und Mindestkapitalanforderungen nach Basel II

Die Rahmenvereinbarung Basel II enthält mehrere Ansätze für die Berechnung der risikogewichteten Aktiva und der entsprechenden Mindestkapitalanforderungen. Grundsätzlich werden die Mindestkapitalanforderungen als 8% der risikogewichteten Aktiva bestimmt.

Die nachstehende Tabelle fasst die wichtigsten Forderungstypen und Ansätze zusammen und zeigt die risikogewichteten Aktiva und die Mindestkapitalanforderungen für das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko.

31. März		2009			2008		
	Verwendeter Ansatz	Betrag der Position	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)	Betrag der Position	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)
<i>Mio. SZR</i>							
Kreditrisiko							
Forderungen an Staaten, Banken und Unternehmen	Fortgeschrittener IRB-Ansatz: (B) berechnet als (A) x 8%	225 017,7	10 114,8	809,2	281 560,2	11 715,2	937,2
Verbriefungspositionen, extern verwaltete Portfolios und sonstige Aktiva	Standardansatz: (B) berechnet als (A) x 8%	3 342,2	1 291,0	103,3	4 048,3	1 349,1	107,9
Marktrisiko							
Positionen mit Währungs- und Goldpreisrisiko	Auf internen Marktrisikomodellen beruhender Ansatz: (A) berechnet als (B)/8%	–	15 783,5	1 262,7	–	8 197,5	655,8
Operationelles Risiko							
	Fortgeschrittener Messansatz: (A) berechnet als (B)/8%	–	2 250,0	180,0	–	1 962,5	157,0
Insgesamt			29 439,3	2 355,2		23 224,3	1 857,9

Beim Kreditrisiko verwendet die Bank für die meisten Forderungspositionen den fortgeschrittenen auf internen Ratings basierenden Ansatz (IRB-Ansatz). Bei diesem Ansatz wird das Risikogewicht eines Geschäfts mithilfe der einschlägigen Risikogewichtsfunktion von Basel II bestimmt; für die wichtigsten Parameter kommen eigene Schätzungen der Bank zur Anwendung. Darüber hinaus wendet die Bank für bestimmte Positionen den Standardansatz an. Bei diesem Ansatz werden Risikogewichte nach Forderungstyp zugeordnet.

Die risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko werden mithilfe eines auf internen Marktrisikomodellen beruhenden Ansatzes ermittelt. Beim operationellen Risiko wird der fortgeschrittene Messansatz angewandt. Beide Ansätze stützen sich auf Value-at-Risk-Methoden (VaR-Methoden).

Die Mindestkapitalanforderungen werden aus den VaR-Werten abgeleitet und in risikogewichtete Aktiva umgerechnet, unter Berücksichtigung der Mindestanforderung von 8%.

Weitere Einzelheiten über die Annahmen, die den Berechnungen zugrunde liegen, finden sich in den Abschnitten über das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko.

4. Kernkapitalquote

Die Kernkapitalquote misst die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung als Quotient von Kernkapital und risikogewichteten Aktiva. Die nachstehende Tabelle zeigt die Kernkapitalquote der Bank entsprechend Basel II.

31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009	2008
Kernkapital	11 049,5	10 649,5
Abzüglich: Erwarteter Verlust	(13,9)	(30,9)
Kernkapital bereinigt um erwarteten Verlust (A)	11 035,6	10 618,6
Risikogewichtete Aktiva insgesamt (B)	29 439,3	23 224,3
Kernkapitalquote (A)/(B)	37,5%	45,7%

Gemäß Basel II wird der erwartete Verlust für Kreditrisikopositionen berechnet, die dem fortgeschrittenen IRB-Ansatz unterliegen. Der erwartete Verlust wird am Bilanzstichtag berechnet, unter Berücksichtigung des Wertminderungsaufwands, der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird. Einzelheiten zu dieser Wertminderung finden sich in Anmerkung 4. Der erwartete Verlust wird entsprechend den Anforderungen von Basel II vom Kernkapital der Bank abgezogen.

Die Bank sorgt für eine sehr hohe Bonität und führt, unter Berücksichtigung ihrer besonderen Merkmale, eine umfassende Eigenkapitalbeurteilung durch. Ihre Eigenkapitalposition liegt daher beträchtlich über den Mindestanforderungen.

Berechnet nach der Basler Eigenkapitalvereinbarung von 1988, betrug die Kernkapitalquote der Bank am 31. März 2009 50,8% (2008: 34,6%). Die erhebliche Differenz zwischen der Kernkapitalquote nach Basel II und nach der Vereinbarung von 1988 ist vor allem auf die höhere Risikosensitivität der Ansätze von Basel II zurückzuführen.

Risikomanagement

1. Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist

Die Bank unterstützt ihre Kunden – hauptsächlich Zentralbanken, Währungsbehörden und internationale Finanzorganisationen – bei der Verwaltung ihrer Reserven und den damit verbundenen Finanzgeschäften.

Das Bankgeschäft der BIZ ist ein wesentliches Element bei der Erfüllung ihrer Ziele, und es gewährleistet ihre Finanzkraft und Unabhängigkeit. Die BIZ tätigt sowohl Bankgeschäfte für ihre Kunden als auch solche im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals. Bei beiden Arten von Geschäften können finanzielle Risiken wie Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken entstehen. Die Bank ist ferner operationellen Risiken ausgesetzt.

Innerhalb des vom Verwaltungsrat festgelegten Risikokonzepts hat die Geschäftsleitung der Bank Risikomanagementgrundsätze erarbeitet, die sicherstellen sollen, dass Risiken erkannt, adäquat gemessen und begrenzt wie auch überwacht und gemeldet werden.

2. Risikomanagement: Allgemeine Grundsätze und Organisation

Allgemeine Grundsätze

Die Bank sorgt für eine sehr hohe Bonität und nimmt hinsichtlich des Eingehens finanzieller Risiken eine vorsichtige Haltung ein, indem sie

- Eine außergewöhnlich starke Eigenkapitalposition unterhält
- Ihre Aktiva vorwiegend in erstklassigen Finanzinstrumenten anlegt
- Ihre Aktiva nach Möglichkeit unter verschiedenen Sektoren diversifiziert
- Beim Eingehen von taktischen Marktrisiken konservativ vorgeht und die mit ihren strategischen Positionen (darunter ihren Goldbeständen) verbundenen Marktrisiken vorsichtig handhabt
- Auf hohe Liquidität achtet

A. Organisation

Gemäß Artikel 39 der Statuten der Bank ist der Generaldirektor gegenüber dem Verwaltungsrat für die Leitung der Bank verantwortlich; dabei wird er vom Stellvertretenden Generaldirektor unterstützt. Der Stellvertretende Generaldirektor ist für das unabhängige Risikocontrolling und die Compliance verantwortlich. Der Generaldirektor und der Stellvertretende Generaldirektor werden durch beratende Managementausschüsse unterstützt.

Die wichtigsten beratenden Ausschüsse sind der Exekutivausschuss, der Finanzausschuss sowie der Ausschuss Compliance und Operationelles Risiko. Vorsitzender der beiden erstgenannten Ausschüsse ist der Generaldirektor, Vorsitzender des dritten der Stellvertretende Generaldirektor. Alle drei Ausschüsse setzen sich aus hochrangigen Mitgliedern des Managements der Bank zusammen. Der Exekutivausschuss berät den Generaldirektor in erster Linie bei der strategischen Planung und Ressourcenallokation der Bank, ferner bei Beschlüssen über die allgemeinen finanziellen Ziele des Bankgeschäfts und über die Handhabung des operationellen Risikos. Der Finanzausschuss berät den Generaldirektor bei der Verwaltung der Finanzmittel und in Grundsatzfragen des Bankgeschäfts, einschließlich der Allokation von ökonomischem Kapital auf die Risikokategorien. Der Ausschuss Compliance und Operationelles Risiko fungiert als beratender Ausschuss für den Stellvertretenden Generaldirektor; er sorgt für die bankweite Koordinierung von Compliance-Angelegenheiten und der Handhabung des operationellen Risikos.

Für die unabhängige Risikokontrolle von finanziellen Risiken ist die Abteilung Risikocontrolling verantwortlich. Die unabhängige Kontrolle des operationellen Risikos wird gemeinsam von der Abteilung Risikocontrolling, die für die Quantifizierung der operationellen Risiken zuständig ist, und der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko wahrgenommen. Beide Abteilungen unterstehen direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor.

Die Compliance-Funktion wird von der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko wahrgenommen. Ziel ist es, hinreichend sicherzustellen, dass die Tätigkeiten der BIZ und ihres Personals im Einklang stehen mit anwendbaren Gesetzen und Verordnungen, den BIZ-Statuten, dem Verhaltenskodex der Bank, sonstigen internen Vorschriften und Grundsätzen sowie einschlägigen Praxisempfehlungen.

Die Abteilung Compliance und Operationelles Risiko identifiziert und beurteilt Compliance-Risiken und sensibilisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Compliance-Fragen. Der Leiter der Abteilung hat eine direkte Berichtslinie zum Revisionskomitee, einem beratenden Ausschuss des Verwaltungsrats.

Finanzwesen und Rechtsdienst ergänzen das Risikomanagement der Bank. Der Abteilung Finanzwesen obliegt die Durchführung einer unabhängigen Bewertungskontrolle, sie erstellt die Finanzausweise der Bank und kontrolliert ihre Ausgaben durch Erstellen und Überwachen des Jahresbudgets. Die unabhängige Bewertungskontrolle soll sicherstellen, dass die Bewertungen der Bank gemäß ihren Bewertungsgrundsätzen und -verfahren erfolgen und dass die Verfahren, die die Bewertungen der Bank beeinflussen, Best-Practice-Richtlinien entsprechen. Das Finanzwesen untersteht direkt dem Generalsekretär.

Der Rechtsdienst gibt bei vielfältigen Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Bank Rat und Unterstützung aus juristischer Perspektive. Der Rechtsdienst untersteht direkt dem Generaldirektor.

Die Interne Revision überprüft die bankinternen Kontrollverfahren und berichtet darüber, inwieweit sie mit den internen Standards im Einklang stehen und bewährter Praxis im Finanzsektor folgen. Zur Internen Revision gehört auch die Überprüfung der Risikomanagementverfahren, der internen Kontrollsysteme, der Informationssysteme und der Entscheidungsprozesse. Die Interne Revision hat eine direkte Berichtslinie zum Revisionskomitee und untersteht dem Generaldirektor und dem Stellvertretenden Generaldirektor.

B. Risikoüberwachung und Berichterstattung

Das Risikoprofil, die Risikoposition und die Performance der Bank hinsichtlich der finanziellen und operationellen Risiken werden von den zuständigen Abteilungen fortlaufend überwacht. Regelmäßig werden Berichte über finanzielle Risiken und Compliance für verschiedene Managementebenen erstellt, damit die Geschäftsleitung das Risikoprofil und die Finanzlage der Bank hinreichend einschätzen kann.

Die Geschäftsleitung legt die Finanz- und Risikoinformationen alle zwei Monate dem Verwaltungsrat vor. Ferner erhält das Revisionskomitee regelmäßige Berichte von der Internen Revision, der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko sowie dem Finanzwesen. Das Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee, ein weiterer beratender Ausschuss des Verwaltungsrats, erhält einen jährlichen Bericht von der Abteilung Risikocontrolling. Für die Erstellung von Berichten gelten umfassende Grundsätze und Verfahren, die eine strenge Kontrolle gewährleisten.

C. Risikomanagementverfahren

Für die Bewertung ihrer Finanzinstrumente und die Messung des Risikos für ihren Reingewinn und ihr Eigenkapital bedient sich die Bank einer ganzen Reihe quantitativer Verfahren. Diese überprüft sie mit Blick auf das sich wandelnde Risikoumfeld und die Weiterentwicklung der Best-Practice-Standards.

In den Modellvalidierungsgrundsätzen der Bank werden Rollen und Verantwortlichkeiten sowie Abläufe für die Einführung neuer oder wesentlich veränderter Risikomodelle definiert.

Eine zentrale Methode der Bank für die Messung und Handhabung von Risiken ist die Berechnung des ökonomischen Kapitals mithilfe von Value-at-Risk-Techniken (VaR-Techniken). Der VaR drückt die statistische Schätzung eines maximalen Verlusts – gestützt auf ein bestimmtes Konfidenzniveau und einen vorgegebenen Zeithorizont – für die aktuellen Positionen der Bank aus.

Das berechnete ökonomische Kapital der Bank ist eine Messgröße für den Betrag an Eigenkapital, der erforderlich ist, um Verluste aus den bestehenden Engagements zu

absorbieren. Dabei wird ein statistisches Konfidenzniveau zugrunde gelegt, das dem Bestreben der Bank Rechnung trägt, ihre Bonität auf höchstem Niveau zu halten.

Die Bank beurteilt die Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung auf der Basis der Berechnungen des ökonomischen Kapitals für das Marktrisiko, das Kreditrisiko, das operationelle Risiko und sonstige Risiken, ergänzt durch Sensitivitäts- und Risikofaktoranalysen. Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals der Bank werden ein Konfidenzniveau von 99,995% und eine Haltedauer von einem Jahr angenommen.

Die Bank stellt ökonomisches Kapital für die obengenannten Risikokategorien bereit. Zusätzliches ökonomisches Kapital wird aufgrund von Einschätzungen der Geschäftsleitung über Risiken bereitgestellt, die nicht oder nur unvollständig in den Berechnungen des ökonomischen Kapitals zum Ausdruck kommen.

Umfassende Stresstests ergänzen die Risikoeinschätzung der Bank, einschließlich ihrer Berechnungen von VaR und ökonomischem Kapital für finanzielle Risiken. Diese Tests werden für die zentralen Marktrisikofaktoren und die wichtigsten Kreditengagements der Bank durchgeführt. Die Stresstestverfahren schließen die Analyse historischer Krisen und hypothetischer negativer Wirtschaftsszenarien sowie Sensitivitätstests extremer, aber plausibler Veränderungen der wichtigsten identifizierten Risikofaktoren ein. Überdies führt die Bank Stresstests für das Liquiditätsrisiko durch.

3. Kreditrisiko

Kreditrisiko entsteht, weil eine Gegenpartei möglicherweise ihren Verpflichtungen gemäß den vereinbarten vertraglichen Konditionen nicht nachkommt.

Die Bank steuert das Kreditrisiko mithilfe von Grundsätzen und Regeln, die der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung aufgestellt haben. Diese werden durch detailliertere Richtlinien und Arbeitsanweisungen auf Ebene des unabhängigen Risikocontrollings ergänzt.

A. Einschätzung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko wird kontinuierlich für die einzelnen Gegenparteien und auf aggregierter Basis überwacht. Im Rahmen des unabhängigen Risikocontrollings werden Bonitätsbeurteilungen der einzelnen Gegenparteien durchgeführt. Hierfür besteht ein genau festgelegtes internes Ratingverfahren mit 18 Ratingklassen. In diesem Verfahren werden die Finanzausweise der Gegenparteien und relevante Marktinformationen analysiert. Die Ratingmethode hängt von der Art der Gegenpartei ab. Gestützt auf das interne Rating und die besonderen Merkmale der Gegenpartei legt die Bank eine Reihe von Kreditlimits für die einzelnen Gegenparteien und Länder fest. Jede Gegenpartei erhält ein internes Rating. Grundsätzlich werden die Ratings und die entsprechenden Limits

mindestens einmal jährlich überprüft. Das wichtigste Beurteilungskriterium bei diesen Überprüfungen ist die Fähigkeit der Gegenparteien, ihre Verpflichtungen für Zins- und Tilgungszahlungen fristgemäß zu erfüllen.

Die Kreditrisikolimits für die einzelnen Gegenparteien werden von der Geschäftsleitung der Bank in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen genehmigt.

Das Kreditrisiko, einschließlich Ausfall- und Transferrisiko, wird aggregiert und gestützt auf die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko gemessen, überwacht und begrenzt. Für die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko verwendet die Bank ein Portfolio-VaR-Modell. Die Geschäftsleitung begrenzt das gesamte von der Bank eingegangene Kreditrisiko durch die Zuweisung von ökonomischem Kapital.

B. Minderung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko wird durch den Einsatz von Sicherheiten und durch rechtlich durchsetzbare Netting- oder Aufrechnungsvereinbarungen gemindert. Die entsprechenden Aktiva und Passiva werden in der Bilanz nicht gegeneinander aufgerechnet.

Die Bank nimmt Sicherheiten herein im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, von bestimmten Derivatkontrakten und beanspruchten Fazilitäten; damit mindert sie das Ausfallrisiko im Einklang mit den entsprechenden Grundsätzen und Verfahren. Der Wert der Sicherheiten wird fortlaufend überwacht; wenn erforderlich, werden zusätzliche Sicherheiten verlangt.

Das Erfüllungsrisiko mindert die Bank, indem sie etablierte Clearingzentren verwendet und die Transaktionen wenn möglich Zug um Zug (Lieferung gegen Zahlung) abwickelt. Die Tageslimits für das Erfüllungsrisiko werden fortlaufend überwacht.

C. Ausfallrisiko

Die Werte in den Tabellen beruhen auf dem Buchwert der bilanzwirksamen Forderungen, aufgegliedert nach Sektor, Region und Bonität. Bei Gold und Goldleihegeschäften wird in Verwahrung gehaltenes Gold ausgeklammert, bei den kurzfristigen Forderungen werden bereits eingegangene, aber noch nicht abgerechnete Verbindlichkeiten nicht berücksichtigt, da diese Posten kein Kreditrisiko für die Bank darstellen. Der Buchwert entspricht dem Fair Value der Finanzinstrumente, einschließlich Derivaten, außer bei sehr kurzfristigen Finanzinstrumenten (Sicht- und Kündigungskonten) und Gold, die zum fortgeführten Einstandswert, bereinigt um etwaige Wertminderungen, ausgewiesen werden. Zusagen werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Ausfallrisiko nach Art der Forderung und des Schuldners

In den nachstehenden Tabellen werden gehaltene Sicherheiten oder sonstige der Bank zur Verfügung stehende Kreditabsicherungen nicht berücksichtigt.

31. März 2009	Staaten und Zentralbanken	Öffentlicher Sektor	Banken	Unternehmen	Verbriefung	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>						
Bilanzwirksam						
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	884,6	–	9,5	21,1	–	915,2
Gold und Goldleihegeschäfte	–	–	2 672,1	138,3	–	2 810,4
Schatzwechsel	96 421,9	–	–	–	–	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	4 691,5	–	32 970,0	932,9	–	38 594,4
Kredite und Darlehen	7 542,6	502,0	10 468,1	–	–	18 512,7
Staats- und andere Wertpapiere	20 437,1	11 889,9	19 161,3	1 849,3	2 426,1	55 763,7
Derivate	102,0	49,9	13 597,2	–	–	13 749,1
Kurzfristige Forderungen	–	–	722,5	11,0	–	733,5
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	130 079,7	12 441,8	79 600,7	2 952,6	2 426,1	227 500,9
Zusagen						
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	234,5	–	–	–	–	234,5
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	8 412,3	–	–	–	–	8 412,3
Zusagen insgesamt	8 646,8	–	–	–	–	8 646,8
Risiken insgesamt	138 726,5	12 441,8	79 600,7	2 952,6	2 426,1	236 147,7

31. März 2008	Staaten und Zentralbanken	Öffentlicher Sektor	Banken	Unternehmen	Verbriefung	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>						
Bilanzwirksam						
Kassenbestand	22,4	–	14,4	–	–	36,8
Gold und Goldleihegeschäfte	–	–	3 805,2	232,9	–	4 038,1
Schatzwechsel	50 736,9	–	–	–	–	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	3 272,4	–	82 191,0	6 421,2	–	91 884,6
Kredite und Darlehen	8 662,2	1 598,7	51 835,0	–	–	62 095,9
Staats- und andere Wertpapiere	18 616,3	9 963,5	27 351,5	2 695,0	3 292,2	61 918,5
Derivate	1 006,3	1,5	6 418,6	–	–	7 426,4
Kurzfristige Forderungen	–	–	424,7	10,7	–	435,4
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	82 316,5	11 563,7	172 040,4	9 359,8	3 292,2	278 572,6
Zusagen						
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	304,6	–	–	–	–	304,6
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	6 463,1	–	–	–	–	6 463,1
Zusagen insgesamt	6 767,7	–	–	–	–	6 767,7
Risiken insgesamt	89 084,2	11 563,7	172 040,4	9 359,8	3 292,2	285 340,3

Die Aktiva der Bank sind überwiegend in Wertpapieren angelegt, die von den G10-Staaten und von Finanzinstituten emittiert wurden, die von mindestens einer der großen Ratingagenturen ein Rating von A– oder darüber erhalten haben. Da die Zahl der erstklassigen Schuldner in diesen Sektoren begrenzt ist, ist die Bank einem Einzelkreditnehmer-Konzentrationsrisiko ausgesetzt.

Ausfallrisiko nach Region

In den nachstehenden Tabellen werden gehaltene Sicherheiten oder sonstige der Bank zur Verfügung stehende Kreditabsicherungen nicht berücksichtigt.

31. März 2009

Mio. SZR	Afrika und Europa	Asien-Pazifik-Raum	Nord- und Südamerika	Internationale Organisationen	Insgesamt
Bilanzwirksam					
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	882,9	0,4	31,9	–	915,2
Gold und Goldleihegeschäfte	2 087,9	345,1	377,4	–	2 810,4
Schatzwechsel	45 541,2	43 128,2	7 752,5	–	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	33 522,9	4 273,9	797,6	–	38 594,4
Kredite und Darlehen	13 573,1	2 417,3	2 278,7	243,6	18 512,7
Staats- und andere Wertpapiere	32 430,8	5 750,7	11 008,1	6 574,1	55 763,7
Derivate	9 835,8	185,4	3 727,9	–	13 749,1
Kurzfristige Forderungen	232,5	119,0	382,0	–	733,5
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	138 107,1	56 220,0	26 356,1	6 817,7	227 500,9
Zusagen					
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	33,5	201,0	–	–	234,5
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	1 039,8	7 372,5	–	–	8 412,3
Zusagen insgesamt	1 073,3	7 573,5	–	–	8 646,8
Risiken insgesamt	139 180,4	63 793,5	26 356,1	6 817,7	236 147,7

31. März 2008

Mio. SZR	Afrika und Europa	Asien-Pazifik-Raum	Nord- und Südamerika	Internationale Organisationen	Insgesamt
Bilanzwirksam					
Kassenbestand	25,6	1,2	10,0	–	36,8
Gold und Goldleihegeschäfte	1 891,4	116,4	2 030,3	–	4 038,1
Schatzwechsel	12 931,6	37 777,2	28,1	–	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	89 251,3	–	2 633,3	–	91 884,6
Kredite und Darlehen	49 740,0	2 463,3	8 966,9	925,7	62 095,9
Staats- und andere Wertpapiere	36 722,9	7 740,3	11 882,7	5 572,6	61 918,5
Derivate	6 111,1	88,8	1 225,0	1,5	7 426,4
Kurzfristige Forderungen	38,3	–	397,1	–	435,4
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	196 712,2	48 187,2	27 173,4	6 499,8	278 572,6
Zusagen					
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	304,6	–	–	–	304,6
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	192,0	6 110,1	161,0	–	6 463,1
Zusagen insgesamt	496,6	6 110,1	161,0	–	6 767,7
Risiken insgesamt	197 208,8	54 297,3	27 334,4	6 499,8	285 340,3

Die Gliederung basiert auf dem Sitzland jeder juristischen Person.

Ausfallrisiko nach Kategorie der finanziellen Vermögenswerte

In den nachstehenden Tabellen werden gehaltene Sicherheiten oder sonstige der Bank zur Verfügung stehende Kreditabsicherungen nicht berücksichtigt.

31. März 2009	AAA	AA	A	BBB	BB und darunter	Ohne Rating	Fair Value insgesamt
<i>Mio. SZR</i>							
Bilanzwirksame Risiken							
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	883,3	4,6	5,8	0,4	–	21,1	915,2
Gold und Goldleihegeschäfte	–	685,9	1 986,2	138,3	–	–	2 810,4
Schatzwechsel	38 974,5	48 490,5	8 956,9	–	–	–	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	328,6	18 359,8	19 816,9	89,1	–	–	38 594,4
Kredite und Darlehen	4 482,1	3 403,7	7 322,8	167,5	3 136,6	–	18 512,7
Staats- und andere Wertpapiere	32 972,5	13 715,2	8 988,2	87,8	–	–	55 763,7
Derivate	383,8	1 999,4	11 268,0	–	97,9	–	13 749,1
Kurzfristige Forderungen	397,7	–	221,5	103,3	–	11,0	733,5
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	78 422,5	86 659,1	58 566,3	586,4	3 234,5	32,1	227 500,9
<i>Prozent</i>	<i>34,5%</i>	<i>38,1%</i>	<i>25,8%</i>	<i>0,2%</i>	<i>1,4%</i>	<i>–</i>	<i>100%</i>
Zusagen							
Unbesichert	–	–	–	234,5	–	–	234,5
Besichert	–	2 432,9	4 178,5	1 572,3	228,6	–	8 412,3
Zusagen insgesamt	–	2 432,9	4 178,5	1 806,8	228,6	–	8 646,8
Risiken insgesamt	78 422,5	89 092,0	62 744,8	2 393,2	3 463,1	32,1	236 147,7

31. März 2008	AAA	AA	A	BBB	BB und darunter	Ohne Rating	Fair Value insgesamt
<i>Mio. SZR</i>							
Bilanzwirksame Risiken							
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	22,7	12,0	1,6	0,5	–	–	36,8
Gold und Goldleihegeschäfte	–	3 123,2	914,9	–	–	–	4 038,1
Schatzwechsel	9 878,9	38 735,2	2 122,8	–	–	–	50 736,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	182,7	71 573,5	20 128,4	–	–	–	91 884,6
Kredite und Darlehen	8 843,2	31 847,6	20 348,5	–	1 056,6	–	62 095,9
Staats- und andere Wertpapiere	25 990,6	26 135,8	9 754,8	37,3	–	–	61 918,5
Derivate	994,0	5 291,3	1 096,1	11,2	33,8	–	7 426,4
Kurzfristige Forderungen	397,1	4,8	22,8	–	–	10,7	435,4
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	46 309,2	176 723,4	54 389,9	49,0	1 090,4	10,7	278 572,6
<i>Prozent</i>	<i>16,6%</i>	<i>63,5%</i>	<i>19,5%</i>	<i>–</i>	<i>0,4%</i>	<i>–</i>	<i>100%</i>
Zusagen							
Unbesichert	304,6	–	–	–	–	–	304,6
Besichert	180,0	531,0	4 087,1	713,0	952,0	–	6 463,1
Zusagen insgesamt	484,6	531,0	4 087,1	713,0	952,0	–	6 767,7
Risiken insgesamt	46 793,8	177 254,4	58 477,0	762,0	2 042,4	10,7	285 340,3

Die Ratings entsprechen den internen Ratings der Bank, angegeben als äquivalente externe Ratings. Die Positionen der Bank haben überwiegend ein Rating von mindestens A–.

Eine finanzielle Forderung gilt als überfällig, wenn die Gegenpartei eine Zahlung zum vertraglich vereinbarten Termin nicht leistet. Die Bank bewertet nahezu alle ihre finanziellen Vermögenswerte (Forderungen) täglich neu zum Fair Value und überprüft die Bewertungen monatlich, wobei etwaige Wertminderungen berücksichtigt werden. Am 31. März 2009 wies die Bank auf Goldleihegeschäften einen Wertminderungsaufwand von SZR 18,3 Mio. aus (2008: null). Am Bilanzstichtag waren keine finanziellen Forderungen überfällig.

D. Kreditrisikominderung und Sicherheiten

31. März	2009		2008	
	Fair Value der betreffenden Kontrakte	Wert der Sicherheiten	Fair Value der betreffenden Kontrakte	Wert der Sicherheiten
<i>Mio. SZR</i>				
Sicherheit erhalten für				
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	33 625,0	33 725,5	69 965,9	70 245,5
Kredite	3 136,5	5 013,4	1 057,0	2 436,8
Derivate	4 957,3	4 542,4	2 979,3	2 429,7
Erhaltene Sicherheiten insgesamt	41 718,8	43 281,3	74 002,2	75 112,0
Sicherheit gestellt für				
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	–	–	1 894,1	1 898,2
Gestellte Sicherheiten insgesamt	–	–	1 894,1	1 898,2

Die vorstehende Tabelle zeigt die von der Bank erhaltenen und gestellten Sicherheiten. Ausgeklammert sind Geschäfte, die noch abgewickelt werden müssen (d.h. bei denen bislang weder Geld noch Sicherheiten ausgetauscht wurden). Die Bank erhält Sicherheiten im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften und von Besicherungsvereinbarungen für bestimmte Derivate. Die Bank ist berechtigt, diese Sicherheiten zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sie muss bei Ablauf der Vereinbarung jedoch gleichwertige Finanzinstrumente liefern. Anerkennungsfähige Sicherheiten für Reverse Repos sind Wertpapiere von Staaten, supranationalen Organisationen und US-„Agencies“. Zu den anererkennungsfähigen Sicherheiten für Derivate gehören auch Staatspapiere. Infolge des Ausfalls einer Gegenpartei wurden US-Schatzwechsel im Wert von SZR 735,5 Mio., die als Sicherheit gehalten worden waren, in dem am 31. März 2009 abgeschlossenen Geschäftsjahr eingezogen und veräußert.

Die Bank gewährt ihren Kunden Fazilitäten, die entweder durch Einlagen bei ihr oder durch von den Kunden gehaltene Anteile von Fonds, die die Bank verwaltet, besichert werden. Am 31. März 2009 beliefen sich die unbeanspruchten Fazilitäten, die gegen Besicherung gezogen werden könnten, auf insgesamt SZR 8 412,3 Mio. (2008: SZR 6 463,1 Mio.).

Die Bank stellt Sicherheiten für mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere. Diese Sicherheiten sind Staats- oder „Agency“-Papiere.

E. Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko

Die Bank berechnet das ökonomische Kapital für das Kreditrisiko mithilfe einer auf einem Portfolio-VaR-Modell basierenden VaR-Methode, unter Annahme eines Zeithorizonts von einem Jahr und eines Konfidenzniveaus von 99,995%. Die nachstehende Tabelle zeigt die Kennzahlen zum Kreditrisiko der Bank, gemessen in ökonomischem Kapital für die letzten beiden Geschäftsjahre.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2009				2008			
	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März
Für das Kreditrisiko eingesetztes ökonomisches Kapital	6 080,1	6 596,3	5 389,1	5 673,7	6 427,3	6 841,1	5 967,4	6 173,3

F. Mindestkapitalanforderung für das Kreditrisiko

Forderungen an Staaten, Banken und Unternehmen

Für die Berechnung der risikogewichteten Aktiva bei den Forderungen an Banken, Staaten und Unternehmen verwendet die Bank überwiegend einen Ansatz, der dem fortgeschrittenen IRB-Ansatz entspricht.

Grundsätzlich werden in diesem Ansatz die risikogewichteten Aktiva so bestimmt, dass die Kreditpositionen mit den Risikogewichten multipliziert werden, die aus der einschlägigen Risikogewichtsfunktion von Basel II abgeleitet werden. Für die wichtigsten Parameter kommen bankeigene Schätzungen zur Anwendung, die auch für die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko von Bedeutung sind.

Der maßgebliche Forderungsbetrag einer Transaktion oder Position wird als Forderung bei Ausfall („exposure at default“; EAD) bezeichnet. Die Bank ermittelt die EAD als Nominalbetrag aller Kreditforderungen in und außerhalb der Bilanz, ausgenommen Derivate. Für Derivate wird die EAD mithilfe eines Ansatzes berechnet, der der internen Modellmethode gemäß Basel II entspricht. Dabei werden die effektiven erwarteten positiven Forderungsbeträge ermittelt und – wie in der Rahmenvereinbarung angegeben – mit einem Faktor Alpha multipliziert.

Die wichtigsten Parameter der Risikogewichtsfunktion sind die geschätzte einjährige Ausfallwahrscheinlichkeit eines Schuldners sowie die geschätzte Verlustquote und die Restlaufzeit einer Transaktion.

Infolge der hohen Kreditqualität der Forderungen der BIZ und des konservativen Kreditrisikomanagements ist die Bank nicht in der Lage, Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten aufgrund eigener Daten zu schätzen. Die Bank kalibriert die Schätzungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten daher mittels Zuordnung interner Ratingklassen zu externen Bonitätsbeurteilungen und Berücksichtigung externer Ausfalldaten. Ebenso werden die Schätzungen der Verlustquoten aus externen Daten abgeleitet und gegebenenfalls entsprechend der risikomindernden Wirkung von erhaltenen Sicherheiten angepasst. Dabei werden die Marktpreisvolatilität sowie die Häufigkeit von Nachschubberechnungen und Neubewertungen berücksichtigt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Berechnung der risikogewichteten Aktiva im Einzelnen. Die Positionen werden unter Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen und Besicherungen gemessen. Im Gesamtbetrag der in der Tabelle aufgeführten Positionen am 31. März 2009 sind Zinskontrakte im Betrag von SZR 7 024,8 Mio. (2008: SZR 5 998,3 Mio.) sowie Währungs- und Goldkontrakte im Betrag von SZR 5 108,0 Mio. (2008: SZR 2 823,1 Mio.) enthalten.

31. März 2009

Interne Ratingklasse, angegeben als äquivalentes externes Rating	Maßgeblicher Forderungsbetrag	Forderungsgewichtete durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit	Forderungsgewichtete durchschnittliche Verlustquote	Forderungsgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
Prozent/Mio. SZR	Mio. SZR	%	%	%	Mio. SZR
AAA	73 642,3	0,005	30,8	2,4	1 803,0
AA	86 205,5	0,02	25,3	3,6	3 109,3
A	59 283,3	0,05	23,9	6,9	4 119,8
BBB	3 848,8	0,62	11,8	11,0	425,3
BB und darunter	2 037,8	11,34	7,7	32,3	657,4
Insgesamt	225 017,7				10 114,8

Im Berichtszeitraum erlitt die Bank infolge eines Ausfalls einen Kreditverlust. Unter Berücksichtigung der im Zusammenhang mit den betreffenden Geschäften gehaltenen Sicherheiten verzeichnete die Bank einen Nettoverlust von SZR 4,6 Mio.

31. März 2008

Interne Ratingklasse, angegeben als äquivalentes externes Rating	Maßgeblicher Forderungsbetrag	Forderungsgewichtete durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit	Forderungsgewichtete durchschnittliche Verlustquote	Forderungsgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
<i>Prozent/Mio. SZR</i>	<i>Mio. SZR</i>	%	%	%	<i>Mio. SZR</i>
AAA	42 393,0	0,007	34,0	3,3	1 417,7
AA	178 155,6	0,03	22,2	3,5	6 201,3
A	58 280,9	0,05	25,4	6,2	3 631,3
BBB	947,2	0,22	11,1	7,3	68,8
BB und darunter	1 783,5	10,04	5,2	22,2	396,1
Insgesamt	281 560,2				11 715,2

G. Verbriefungspositionen

Die Bank investiert nur in Verbriefungen mit hohem Rating, die von traditionellen, d.h. nicht synthetischen, Verbriefungsvehikeln begeben werden. Die risikogewichteten Aktiva für diese Positionen werden mithilfe des Standardansatzes berechnet.

Angesichts der Art der Geschäfte der Bank werden die risikogewichteten Aktiva gemäß Basel II nach dem Standardansatz für Verbriefungen ermittelt. Dabei werden die relevanten Risikogewichte auf der Basis der externen Bonitätsbeurteilungen der Wertpapiere bestimmt. Für diesen Zweck herangezogen werden die Ratingagenturen Moody's Investors Service, Standard & Poor's und Fitch Ratings. Die risikogewichteten Aktiva ergeben sich aus der Multiplikation der Nominalwerte der Positionen mit den entsprechenden Risikogewichten.

Die folgende Tabelle zeigt die Anlagen der Bank in Verbriefungen, gegliedert nach Art der verbrieften Forderungen.

31. März 2009

<i>Mio. SZR</i>	Externes Rating	Betrag der Positionen	Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
Mit Wohnimmobilienhypotheken unterlegte Wertpapiere	AAA	649,3	20%	129,9
Mit Kreditkartenforderungen unterlegte Wertpapiere	AAA	1 176,8	20%	235,3
Mit sonstigen Forderungen unterlegte Wertpapiere (staatlich unterstützt)	AAA	737,9	20%	147,6
Insgesamt		2 564,0		512,8

31. März 2008

Mio. SZR	Externes Rating	Betrag der Positionen	Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
Asset-backed Commercial Paper	A1/P1/F1+	168,7	20%	33,7
Mit Wohnimmobilienhypotheken unterlegte Wertpapiere	AAA	1 344,2	20%	268,9
Mit Kreditkartenforderungen unterlegte Wertpapiere	AAA	1 111,0	20%	222,2
Mit sonstigen Forderungen unterlegte Wertpapiere (staatlich unterstützt)	AAA	750,1	20%	150,0
Insgesamt		3 374,0		674,8

4. Marktrisiko

Die Bank ist dem Marktrisiko in Form von negativen Entwicklungen von Marktpreisen ausgesetzt. Die wichtigsten Komponenten des Marktrisikos der Bank sind das Goldpreisrisiko, das Zinsänderungsrisiko und das Fremdwährungsrisiko. Die Bank misst das Marktrisiko und berechnet das ökonomische Kapital mithilfe einer VaR-Methode unter Anwendung von Monte-Carlo-Simulationen. Die Volatilitäten und Korrelationen von Risikofaktoren werden über einen Beobachtungszeitraum von einem Jahr geschätzt. Darüber hinaus berechnet die Bank die Sensitivität gegenüber bestimmten Marktrisikofaktoren.

Da die Bank bestrebt ist, ihre sehr hohe Bonität zu halten, wird das ökonomische Kapital mit einem Konfidenzniveau von 99,995% und einer Haltedauer von einem Jahr gemessen. Die Geschäftsleitung der Bank steuert das ökonomische Kapital für das Marktrisiko in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen. Die VaR-Limits werden durch operationelle Limits ergänzt.

VaR-Modelle hängen von statistischen Annahmen und der Qualität der verfügbaren Marktdaten ab; sie sind zwar zukunftsgerichtet, extrapolieren jedoch aus historischen Daten.

Um sicherzustellen, dass die Modellierung verlässliche Angaben zu potenziellen Verlusten über den einjährigen Zeithorizont liefert, führt die Bank regelmäßig ein umfassendes Backtesting durch. In dessen Rahmen werden die Tagesergebnisse mit den entsprechenden VaR-Schätzungen verglichen. Die Resultate werden analysiert und der Geschäftsleitung gemeldet.

Die Bank ergänzt darüber hinaus sowohl ihre Messung des Marktrisikos mithilfe des VaR-Modells als auch die entsprechenden Berechnungen des ökonomischen Kapitals durch eine Reihe von Stresstests. Diese Stresstests beinhalten historische Krisen, hypothetische negative Wirtschaftsszenarien sowie Sensitivitätstests in Bezug auf Goldpreis-, Zins- und Wechselkursbewegungen.

A. Goldpreisrisiko

Das Goldpreisrisiko ist das Risiko, dass sich Veränderungen des Goldpreises negativ auf die Finanzlage der Bank auswirken.

Die Bank ist dem Goldpreisrisiko hauptsächlich durch ihre eigenen Goldanlageaktiva (120 Tonnen; 2008: 125 Tonnen) ausgesetzt. Diese Goldanlageaktiva werden in Verwahrung gehalten oder als Einlage bei Geschäftsbanken hinterlegt. Am 31. März 2009 betrug die Goldposition der Bank SZR 2358,0 Mio. (2008: SZR 2247,0 Mio.), rund 17% ihres Eigenkapitals (2008: 17%). Ferner ist die Bank dem Goldpreisrisiko manchmal in geringem Umfang durch ihre Bankgeschäfte mit Zentral- und Geschäftsbanken ausgesetzt. Das Goldpreisrisiko wird mit der VaR-Methode der Bank, einschließlich der Berechnungen des ökonomischen Kapitals und Stresstests, gemessen.

B. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko ist das Risiko, dass sich Zinsänderungen – einschließlich Kreditzinsaufschlägen – negativ auf die Finanzlage der Bank auswirken.

Die Bank ist dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt durch verzinsliche Aktiva, die im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals in den Anlageportfolios gehalten werden, sowie durch Anlagen im Zusammenhang mit ihren Bankgeschäftsportfolios. Die Anlageportfolios werden unter Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet.

Die Bank misst und überwacht das Zinsänderungsrisiko mithilfe einer VaR-Methode und von Sensitivitätsanalysen; berücksichtigt werden dabei Veränderungen der wichtigsten Geldmarktsätze, Preise von Staatsanleihen, Swapsätze und Zinsaufschlägen.

In den folgenden Tabellen wird dargestellt, wie sich eine Verschiebung der relevanten Renditenstrukturkurve um 1 Prozentpunkt nach oben auf das Eigenkapital der Bank auswirkt (nach Laufzeitband).

31. März 2009

Mio. SZR	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(5,4)	(5,5)	(11,9)	(16,5)	(24,0)	(15,1)	(13,9)
Yen	1,0	(1,3)	(6,6)	(11,3)	(14,6)	(5,1)	(1,7)
Pfund Sterling	0,2	(1,3)	(3,6)	(12,9)	(8,7)	(1,7)	(1,9)
Schweizer Franken	(0,1)	(0,2)	(0,6)	(0,6)	(0,7)	(1,4)	2,7
US-Dollar	(0,6)	(7,6)	(41,5)	(13,8)	(29,1)	(22,6)	(29,3)
Sonstige Währungen	(0,1)	(6,0)	(1,2)	(10,8)	(0,8)	–	–
Insgesamt	(5,0)	(21,9)	(65,4)	(65,9)	(77,9)	(45,9)	(44,1)

31. März 2008

Mio. SZR	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(5,8)	(3,4)	(26,9)	(16,6)	(17,3)	(31,7)	(61,4)
Yen	0,1	(0,9)	(4,8)	(7,7)	(7,5)	(4,4)	(19,9)
Pfund Sterling	3,9	(3,8)	(4,6)	(5,8)	(5,8)	(6,9)	(23,3)
Schweizer Franken	(0,6)	0,1	(0,6)	(0,5)	(0,5)	(1,0)	2,2
US-Dollar	(2,6)	(15,0)	(23,9)	(12,4)	(16,3)	(26,1)	(72,7)
Sonstige Währungen	(1,7)	(6,0)	(8,2)	(2,9)	(13,3)	(1,1)	–
Insgesamt	(6,7)	(29,0)	(69,0)	(45,9)	(60,7)	(71,2)	(175,1)

C. Fremdwährungsrisiko

Die Funktionalwährung der Bank, das SZR, ist eine Korbwährung, die sich aus festen Beträgen in USD, EUR, JPY und GBP zusammensetzt. Das Fremdwährungsrisiko ist das Risiko, dass sich Wechselkursveränderungen negativ auf die Finanzlage der Bank auswirken. Die Bank ist dem Fremdwährungsrisiko hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Darüber hinaus geht sie bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und in ihrer Funktion als Intermediär in Devisengeschäften zwischen Zentral- und Geschäftsbanken Fremdwährungsrisiken ein. Die Bank verringert ihre Fremdwährungsrisiken, indem sie die betreffenden Aktiva in Relation zur Zusammensetzung des SZR-Korbs in die Währungen des Korbs investiert und regelmäßig anpasst und bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und bei Devisengeschäften das Risiko begrenzt.

Das Fremdwährungsrisiko wird mithilfe der VaR-Methode der Bank und von Sensitivitätsanalysen gemessen und überwacht; beobachtet wird dabei die Entwicklung der wichtigsten Wechselkurse.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Aktiva und Passiva der Bank gegliedert nach Währungen und Gold. Die in den Tabellen ausgewiesene Nettoposition in Währungen und Gold schließt somit die Goldanlagen der Bank ein. Um die Nettowährungsposition der Bank zu ermitteln, müssen die Goldanlagen ausgeklammert werden. Die Nettowährungsposition auf SZR-neutraler Basis ergibt sich dann, indem die Nettowährungsposition ohne Goldanlagen um die SZR-neutrale Position verringert wird.

31. März 2009

Mio. SZR	SZR	USD	EUR	GBP	JPY	CHF	Gold	Sonstige Währungen	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	-	28,9	175,2	6,4	-	696,2	-	8,5	915,2
Gold und Goldleihegeschäfte	-	19,1	-	-	-	-	25 397,1	-	25 416,2
Schatzwechsel	-	7 752,5	43 738,8	1 802,4	43 128,2	-	-	-	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	-	797,6	27 986,9	5 536,0	4 273,9	-	-	-	38 594,4
Kredite und Darlehen	243,7	8 999,5	7 619,1	1 077,5	4,0	443,5	-	125,4	18 512,7
Staats- und andere Wertpapiere	-	27 233,4	22 706,3	2 704,9	1 437,8	30,6	-	1 650,7	55 763,7
Derivative Finanzinstrumente	21,0	65 576,9	(12 368,7)	370,2	(41 023,4)	191,4	-	981,7	13 749,1
Kurzfristige Forderungen	0,1	3 719,7	959,8	988,6	110,1	11,1	-	33,1	5 822,5
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	183,1	-	-	-	-	7,9	-	-	191,0
Insgesamt	447,9	114 127,6	90 817,4	12 486,0	7 930,6	1 380,7	25 397,1	2 799,4	255 386,7
Passiva									
Währungseinlagen	(2 015,5)	(134 278,9)	(41 524,2)	(11 597,5)	(3 935,6)	(1 220,8)	-	(2 649,7)	(197 222,2)
Goldeinlagen	-	(13,0)	-	-	-	-	(23 039,1)	-	(23 052,1)
Derivative Finanzinstrumente	2,2	26 485,3	(34 192,0)	2 970,0	(1 846,9)	(144,5)	-	(90,9)	(6 816,8)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-	(532,0)	(10 482,5)	(2 662,2)	(442,3)	-	-	(92,5)	(14 211,5)
Sonstige Verbindlichkeiten	-	(153,3)	(0,4)	-	-	(214,5)	-	-	(368,2)
Insgesamt	(2 013,3)	(108 491,9)	(86 199,1)	(11 289,7)	(6 224,8)	(1 579,8)	(23 039,1)	(2 833,1)	(241 670,8)
Währungs- und Goldposition netto	(1 565,4)	5 635,7	4 618,3	1 196,3	1 705,8	(199,1)	2 358,0	(33,7)	13 715,9
Bereinigung um Goldanlageaktiva	-	-	-	-	-	-	(2 358,0)	-	(2 358,0)
Währungsposition netto	(1 565,4)	5 635,7	4 618,3	1 196,3	1 705,8	(199,1)	-	(33,7)	11 357,9
SZR-neutrale Position	1 565,4	(5 472,6)	(4 718,3)	(1 122,7)	(1 609,7)	-	-	-	(11 357,9)
Fremdwährungsrisiko netto auf SZR-neutraler Basis	-	163,1	(100,0)	73,6	96,1	(199,1)	-	(33,7)	-

31. März 2008

	SZR	USD	EUR	GBP	JPY	CHF	Gold	Sonstige Währungen	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>									
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	-	9,3	14,5	2,1	-	4,7	-	6,2	36,8
Gold und Goldleihegeschäfte	-	17,2	-	-	-	-	31 520,5	-	31 537,7
Schatzwechsel	-	28,1	12 931,5	-	37 777,3	-	-	-	50 736,9
Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere	-	1 823,5	79 059,5	7 911,8	3 089,8	-	-	-	91 884,6
Kredite und Darlehen	669,8	45 677,1	4 565,0	9 250,4	182,7	972,1	-	778,8	62 095,9
Staats- und andere Wertpapiere	-	29 690,6	22 395,8	4 195,1	1 472,5	62,4	-	4 102,1	61 918,5
Derivative Finanzinstrumente	51,5	1 856,5	3 259,7	(4 233,2)	4 943,8	7,7	(56,9)	1 597,3	7 426,4
Kurzfristige Forderungen	-	4 400,1	35,8	710,5	24,4	7,4	-	133,6	5 311,8
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	190,4	-	-	-	-	-	-	-	190,4
Insgesamt	911,7	83 502,4	122 261,8	17 836,7	47 490,5	1 054,3	31 463,6	6 618,0	311 139,0
Passiva									
Währungseinlagen	(2 238,8)	(157 367,2)	(45 777,9)	(17 837,7)	(3 601,3)	(987,0)	-	(8 311,0)	(236 120,9)
Goldeinlagen	-	(8,9)	-	-	-	-	(29 092,5)	-	(29 101,4)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	-	(1 489,1)	-	(405,0)	-	-	-	-	(1 894,1)
Derivative Finanzinstrumente	20,1	82 381,9	(49 622,9)	1 893,1	(42 503,9)	(56,9)	(124,1)	1 785,0	(6 227,7)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-	(2 094,5)	(22 011,4)	(146,9)	-	-	-	(112,6)	(24 365,4)
Sonstige Verbindlichkeiten	-	(117,2)	(0,5)	-	-	(208,8)	-	-	(326,5)
Insgesamt	(2 218,7)	(78 695,0)	(117 412,7)	(16 496,5)	(46 105,2)	(1 252,7)	(29 216,6)	(6 638,6)	(298 036,0)
Währungs- und Goldposition netto									
	(1 307,0)	4 807,4	4 849,1	1 340,2	1 385,3	(198,4)	2 247,0	(20,6)	13 103,0
Bereinigung um Goldanlageaktiva	-	-	-	-	-	-	(2 247,0)	-	(2 247,0)
Währungsposition netto	(1 307,0)	4 807,4	4 849,1	1 340,2	1 385,3	(198,4)	-	(20,6)	10 856,0
SZR-neutrale Position	1 307,0	(4 683,0)	(4 788,5)	(1 327,0)	(1 364,5)	-	-	-	(10 856,0)
Fremdwährungsrisiko netto auf SZR-neutraler Basis	-	124,4	60,6	13,2	20,8	(198,4)	-	(20,6)	-

D. Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Die Bank misst das Marktrisiko mithilfe einer VaR-Methode mit Anwendung von Monte-Carlo-Simulationen und Berücksichtigung von Korrelationen zwischen Risikofaktoren. Auch das ökonomische Kapital für das Marktrisiko wird mit diesem Verfahren berechnet, unter Anwendung eines Konfidenzniveaus von 99,995% und einer Haltedauer von einem Jahr. Die Bank misst ihr Goldpreisrisiko basierend auf Veränderungen des USD-Wertes von Gold. Die Wechselkurskomponente, die sich aus Veränderungen des Wechselkurses USD/SZR ergibt, ist im Messverfahren für das Fremdwährungsrisiko eingeschlossen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Kennzahlen zum Marktrisiko der Bank, gemessen in ökonomischem Kapital für die letzten beiden Geschäftsjahre.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2009				2008			
	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März
Für das Marktrisiko eingesetztes ökonomisches Kapital	2 614,0	3 386,9	1 928,0	3 099,8	1 755,5	2 950,0	1 179,5	2 689,7

Die nachstehende Tabelle gliedert die Marktrisiken der Bank zusätzlich nach Risikokategorie auf.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2009				2008			
	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März
Goldpreisrisiko	1 690,5	2 325,1	1 312,6	2 009,1	1 399,7	2 163,9	958,1	2 116,1
Zinsänderungsrisiko	1 972,7	2 519,9	1 404,8	2 209,1	1 294,4	2 200,6	623,4	2 187,0
Fremdwährungsrisiko	502,7	769,0	301,6	769,0	289,0	574,0	169,9	519,3
Korrelations- und Diversifizierungseffekte	(1 551,9)	(2 073,7)	(1 164,2)	(1 887,4)	(1 227,6)	(2 137,4)	(646,7)	(2 132,7)

E. Mindestkapitalanforderung für das Marktrisiko

Für die Berechnung der Mindestkapitalanforderung für das Marktrisiko gemäß Basel II unterstellt die Bank ein Anlagebuch entsprechend Art und Umfang ihrer Geschäftstätigkeit. Folglich werden die risikogewichteten Aktiva für das Goldpreisrisiko und das Fremdwährungsrisiko ermittelt, nicht jedoch für das Zinsänderungsrisiko. Die entsprechende Mindestkapitalanforderung wird mithilfe der auf dem VaR beruhenden internen Modellmethode berechnet. Dabei wird der VaR gemäß der VaR-Methode der Bank berechnet, mit folgenden Annahmen: Konfidenzniveau 99%, Haltedauer 10 Tage und historischer Beobachtungszeitraum 1 Jahr.

Zur Bestimmung der tatsächlichen Mindestkapitalanforderung dient der höhere der folgenden beiden VaR-Werte als Grundlage: VaR am Berechnungstag bzw. Durchschnitt der täglichen VaR-Werte der vorangegangenen 60 Geschäftstage (einschließlich Berechnungstag). Dieser Wert wird mit einem Faktor 3 multipliziert, und je nach Ergebnis des Backtesting wird noch ein Zuschlag hinzuaddiert. Während des Berichtszeitraums blieb die Zahl der Backtesting-Ausreißer innerhalb der Bandbreite, bei der kein Zuschlag erforderlich ist. Die nachstehende Tabelle fasst die Entwicklung des Marktrisikos zusammen, die für die Berechnung der Mindestkapitalanforderungen im Verlauf des Berichtszeitraums relevant war, und zeigt die Mindestkapitalanforderung der Bank und die entsprechenden risikogewichteten Aktiva am 31. März 2009.

31. März

Mio. SZR	2009			2008		
	VaR	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)	VaR	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)
Marktrisiko: (A) berechnet als (B)/8%	420,9	15 783,5	1 262,7	218,6	8 197,5	655,8

5. Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko entsteht, wenn die Bank möglicherweise nicht in der Lage ist, erwartete oder unerwartete, gegenwärtige oder künftige Mittelflüsse und Besicherungserfordernisse zu befriedigen, ohne ihr Tagesgeschäft oder ihre Finanzlage zu beeinträchtigen.

Die ausstehenden Beträge der Währungs- und Goldeinlagen von Zentralbanken, internationalen Organisationen und sonstigen öffentlichen Institutionen sind die wichtigsten Bestimmungsgrößen für die Bilanzsumme der Bank. Die Bank hat sich verpflichtet, bestimmte Währungseinlageninstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen zum Fair Value zurückzunehmen. Die Bank wird so geführt, dass ein hoher Grad an Liquidität gewahrt wird, damit sie jederzeit den Anforderungen ihrer Kunden entsprechen kann.

Die Bank hat ein Rahmenkonzept für die Liquiditätssteuerung entwickelt, das auf einem statistischen Modell mit konservativen Annahmen hinsichtlich Mittelzuflüssen und Liquidität der Passiva beruht. Innerhalb dieses Rahmens hat der Verwaltungsrat ein Limit für die Liquiditätsquote der Bank festgelegt; danach müssen die liquiden Aktiva mindestens 100% des potenziellen Liquiditätsbedarfs betragen. Darüber hinaus werden Liquiditätsstresstests mit Annahme extremer Mittelabflusszenarien durchgeführt. Diese Stresstests definieren zusätzliche Liquiditätsanforderungen, die durch liquide Aktiva gedeckt werden müssen. Die Liquidität der Bank liegt stets deutlich über der Mindestliquiditätsquote und den Anforderungen ihrer Stresstests.

Die Währungs- und Goldeinlagen bei der Bank, hauptsächlich von Zentralbanken und internationalen Organisationen, bilden 91% (2008: 89%) ihrer gesamten Verbindlichkeiten. Am 31. März 2009 bestanden Währungs- und Goldeinlagen von 131 Kunden (2008: 152). Diese Einlagen weisen erhebliche Einzelkundenkonzentrationen auf: Auf Basis des Erfüllungstags entfallen auf sieben Kunden je über 5% des Gesamtbetrags (2008: vier Kunden).

Die folgende Tabelle zeigt das Laufzeitprofil der Mittelflüsse für Aktiva und Passiva. Die angegebenen Beträge entsprechen den nicht abgezinsten Mittelflüssen, zu denen die Bank verpflichtet ist.

31. März 2009

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	915,2	–	–	–	–	–	–	–	915,2
Gold und Goldleihgeschäfte	22 856,0	458,0	265,1	630,6	375,3	698,4	167,0	–	25 450,4
Schatzwechsel	17 346,9	48 193,3	15 306,8	15 178,4	–	–	–	–	96 025,4
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	25 396,5	240,8	1 444,0	–	–	–	–	–	27 081,3
Kredite und Darlehen	9 533,3	7 931,7	804,1	–	–	–	–	–	18 269,1
Staats- und andere Wertpapiere	3 800,4	7 106,2	3 880,8	4 934,0	12 920,3	17 782,8	9 247,2	921,8	60 593,5
Insgesamt	79 848,3	63 930,0	21 700,8	20 743,0	13 295,6	18 481,2	9 414,2	921,8	228 334,9
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente									
	(11 144,1)	(19 693,4)	(15 143,3)	(20 590,2)	(18 218,1)	(29 301,2)	(7 309,7)	–	(121,400,0)
Sonstige Währungseinlagen									
	(68 805,4)	(4 635,1)	(1 348,5)	(22,6)	–	–	–	–	(74 811,6)
Goldeinlagen									
	(21 768,0)	(200,1)	(216,8)	(296,7)	(195,7)	(216,3)	(165,4)	–	(23 059,0)
Leer verkaufte Wertpapiere									
	(0,8)	(1,7)	(2,5)	(4,9)	(9,8)	(29,7)	(49,9)	(185,4)	(284,7)
Insgesamt	(101 718,3)	(24 530,3)	(16 711,1)	(20 914,4)	(18 423,6)	(29 547,2)	(7 525,0)	(185,4)	(219 555,3)
Derivate									
<i>Netto abgewickelt</i>									
Zinskontrakte	(1 304,0)	588,3	940,4	1 049,2	1 483,8	1 486,7	187,4	0,1	4 431,9
<i>Brutto abgewickelt</i>									
Wechselkurs- und Goldpreiskontrakte									
Zuflüsse	29 504,3	53 304,7	8 576,4	10 940,4	–	–	–	–	102 325,8
Abflüsse	(28 771,1)	(52 297,6)	(8 568,4)	(11 221,9)	–	–	–	–	(100 859,0)
Zwischensumme	733,2	1 007,1	8,0	(281,5)	–	–	–	–	1 466,8
Zinskontrakte – brutto abgewickelt									
Zuflüsse	2,8	53,4	320,9	164,5	610,2	665,5	841,1	–	2 658,4
Abflüsse	(2,1)	(67,1)	(339,2)	(197,2)	(695,6)	(747,4)	(920,3)	–	(2 968,9)
Zwischensumme	0,7	(13,7)	(18,3)	(32,7)	(85,4)	(81,9)	(79,2)	–	(310,5)
Derivate insgesamt	(570,1)	1 581,7	930,1	735,0	1 398,4	1 404,8	108,2	0,1	5 588,2
Zukünftige nicht abgezinst									
Mittelflüsse insgesamt	(22 440,1)	40 981,4	5 919,8	563,6	(3 729,6)	(9 661,2)	1 997,4	736,5	14 367,8

31. März 2008

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	36,8	–	–	–	–	–	–	–	36,8
Gold und Goldleihegeschäfte	27 836,1	215,9	379,1	558,8	1 446,3	974,8	151,6	–	31 562,6
Schatzwechsel	15 043,0	27 977,7	6 629,3	1 195,5	–	–	–	–	50 845,5
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	53 803,9	14 279,9	2 079,3	–	–	–	–	–	70 163,1
Kredite und Darlehen	24 550,5	24 058,1	9 636,4	3 140,8	–	–	–	–	61 385,8
Staats- und andere Wertpapiere	7 940,5	8 755,7	5 245,0	6 710,1	10 340,2	15 696,2	12 543,5	923,7	68 154,9
Insgesamt	129 210,8	75 287,3	23 969,1	11 605,2	11 786,5	16 671,0	12 695,1	923,7	282 148,7
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente									
	(5 757,5)	(21 501,1)	(20 601,1)	(28 243,4)	(35 374,1)	(33 370,0)	(9 928,4)	(9,3)	(154 784,9)
Sonstige Währungseinlagen									
	(56 610,6)	(16 760,6)	(7 355,6)	(3 229,8)	–	–	–	–	(83 956,6)
Goldeinlagen									
	(27 579,3)	–	(18,2)	(125,1)	(864,2)	(373,9)	(150,1)	–	(29 110,8)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere									
	(1 896,3)	–	–	–	–	–	–	–	(1 896,3)
Leer verkaufte Wertpapiere									
	(11,9)	–	–	–	–	(16,2)	(12,4)	(75,1)	(115,6)
Insgesamt	(91 855,6)	(38 261,7)	(27 974,9)	(31 598,3)	(36 238,3)	(33 760,1)	(10 090,9)	(84,4)	(269 864,2)
Derivate									
<i>Netto abgewickelt</i>									
Zinskontrakte									
	(59,6)	87,8	43,6	1 711,3	1 223,9	741,4	34,4	–	3 782,8
<i>Brutto abgewickelt</i>									
Wechselkurs- und Goldpreiskontrakte									
Zuflüsse									
	77 731,6	33 831,8	8 236,2	10 349,7	135,2	–	–	–	130 284,5
Abflüsse									
	(78 792,3)	(34 443,3)	(8 222,5)	(10 285,7)	(135,2)	–	–	–	(131 879,0)
Zwischensumme	(1 060,7)	(611,5)	13,7	64,0	–	–	–	–	(1 594,5)
Zinskontrakte – brutto abgewickelt									
Zuflüsse									
	80,6	121,1	239,3	529,6	534,6	917,6	1 034,0	–	3 456,8
Abflüsse									
	(99,8)	(157,4)	(279,4)	(673,1)	(610,6)	(1 112,6)	(1 316,8)	–	(4 249,7)
Zwischensumme	(19,2)	(36,3)	(40,1)	(143,5)	(76,0)	(195,0)	(282,8)	–	(792,9)
Derivate insgesamt	(1 139,5)	(560,0)	17,2	1 631,8	1 147,9	546,4	(248,4)	–	1 395,4
Zukünftige nicht abgezinste Mittelflüsse insgesamt									
	36 215,7	34 465,5	(3 988,6)	(18 361,3)	(23 303,9)	(16 542,7)	2 355,8	839,3	13 679,6

Die Bank geht im Rahmen ihres normalen Bankgeschäfts Stillhalterpositionen in Optionen ein. In der nachstehenden Tabelle wird der Fair Value der Stillhalterpositionen nach Ausübungstermin gezeigt.

Stillhalterpositionen in Optionen

Mio. SZR	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
31. März 2009	(1,2)	(10,2)	(8,4)	(138,2)	(1,8)	(7,9)	(4,3)	–	(172,0)
31. März 2008	(0,9)	(11,3)	(9,7)	(94,3)	(5,3)	–	–	–	(121,5)

Die nachstehende Tabelle zeigt das vertragliche Verfalldatum der am Bilanzstichtag bestehenden Kreditzusagen.

Vertragliches Verfalldatum

Mio. SZR	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Unbe- stimmte Laufzeit	Insgesamt
31. März 2009	33,5	335,0	–	6 400,1	–	–	–	1 677,1	8 445,7
31. März 2008	243,7	466,3	–	4 212,7	–	–	–	1 845,0	6 767,7

6. Operationelles Risiko

Die Bank definiert das operationelle Risiko als das Risiko, dass ihr durch einen oder mehrere der nachstehend beschriebenen Risikofaktoren finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen:

- Mitarbeiter: zu wenig Personal, Fehlen erforderlicher Kenntnisse, Qualifikationen oder Erfahrung, unzulängliche Schulung, unzulängliche Überwachung, Abgang wichtiger Mitarbeiter, unzulängliche Nachfolgeplanung, Mangel an Integrität oder ethischen Maßstäben
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Abläufen: Ein Ablauf ist schlecht konzipiert oder ungeeignet bzw. wird nicht richtig dokumentiert, verstanden, umgesetzt, befolgt oder durchgesetzt
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Systemen: Ein System ist schlecht konzipiert, ungeeignet oder nicht verfügbar, oder es funktioniert nicht wie beabsichtigt
- Externe Ereignisse: Ereignisse, die sich negativ auf die Bank auswirken, über die sie aber keine Kontrolle hat

Das operationelle Risiko schließt Rechtsrisiken ein, aber nicht strategische Risiken.

Rahmenkonzept, Grundsätze und Verfahren der Bank für das Management des operationellen Risikos umfassen die Messung und Handhabung des operationellen Risikos, einschließlich der Bestimmung der wichtigsten Parameter und Inputfaktoren, sowie die Notfallplanung und die Überwachung der wesentlichen Risikoindikatoren.

Die Bank hat ein Verfahren für die unverzügliche Meldung von Zwischenfällen in Bezug auf das operationelle Risiko geschaffen. Die Abteilung Compliance und Operationelles Risiko erarbeitet mit den zuständigen Stellen Maßnahmenpläne und prüft regelmäßig deren Umsetzung.

Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für das operationelle Risiko und der risikogewichteten Aktiva verwendet die Bank einen VaR-Ansatz mit Monte-Carlo-Simulationen, der dem fortgeschrittenen Messansatz von Basel II entspricht. Entsprechend den Annahmen von Basel II wird bei der Quantifizierung des operationellen Risikos das Reputationsrisiko ausgeklammert. Die wichtigsten Parameter der Berechnungen sind interne und externe Verlustdaten, Szenarioschätzungen sowie Selbsteinschätzungen der vorhandenen Kontrollmechanismen („Control Self-Assessments“), die den Veränderungen des Geschäfts- und Kontrollumfelds der Bank Rechnung tragen. Die Bank bezieht bei der Messung des operationellen Risikos keinen potenziellen Versicherungsschutz ein.

A. Ökonomisches Kapital für das operationelle Risiko

Entsprechend den Parametern, die bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für Finanzrisiken angewandt werden, berechnet die Bank auch das ökonomische Kapital für das operationelle Risiko unter Annahme eines Konfidenzniveaus von 99,995% und eines Zeithorizonts von einem Jahr. Die nachstehende Tabelle zeigt die Kennzahlen zum operationellen Risiko der Bank, gemessen in ökonomischem Kapital für die letzten beiden Geschäftsjahre.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2009				2008			
	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März
Für das operationelle Risiko eingesetztes ökonomisches Kapital	412,5	425,0	400,0	425,0	370,0	400,0	360,0	400,0

B. Mindestkapitalanforderung für das operationelle Risiko

Entsprechend den zentralen Parametern von Basel II werden bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung für das operationelle Risiko ein Konfidenzniveau von 99,9% und ein einjähriger Zeithorizont angenommen. Die nachstehende Tabelle fasst die Kennzahlen zum operationellen Risiko der Bank, gemessen in Mindestkapitalanforderungen, für die letzten beiden Geschäftsjahre zusammen.

31. März

Mio. SZR	2009			2008		
	VaR	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)	VaR	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)
Operationelles Risiko: (A) berechnet als (B)/8%	180,0	2 250,0	180,0	157,0	1 962,5	157,0

Bericht der Buchprüfer

an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben den beiliegenden Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich geprüft. Der Jahresabschluss setzt sich aus der Bilanz vom 31. März 2009 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008/09 zusammen, wie dies in den Statuten der Bank bestimmt wird, sowie aus der Mittelflussrechnung und den dazugehörigen Anmerkungen. Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsleitung der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den im Jahresabschluss unter „Rechnungslegungsgrundsätze“ wiedergegebenen Bewertungsmethoden erstellt worden. Die Geschäftsleitung der Bank ist verantwortlich erstens für die Gestaltung, Umsetzung und Pflege des internen Kontrollsystems, das für die Erstellung und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung des Jahresabschlusses erforderlich ist, der frei von wesentlichen Fehlaussagen aufgrund von Betrug oder Fehlern ist, zweitens für die Auswahl und Anwendung geeigneter Rechnungslegungsgrundsätze und drittens für die Ermittlung von Schätzwerten, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Wir haben unsere Prüfung nach den International Standards on Auditing durchgeführt. Danach müssen wir ethische Anforderungen einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir mit angemessener Gewissheit feststellen können, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen Fehlern ist. Eine Abschlussprüfung umfasst Verfahren, die Aufschluss über die Posten und Angaben in der Jahresrechnung geben. Die gewählten Verfahren hängen vom Ermessen der Buchprüfer ab, einschließlich der Einschätzung des Risikos von wesentlichen Fehlaussagen aufgrund von Betrug oder Fehlern in der Jahresrechnung. Bei dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Revisor die internen Kontrollen, die für die Erstellung und angemessene Darstellung des Jahresabschlusses von Bedeutung sind, um Prüfverfahren festzulegen, die den Umständen angemessen sind, jedoch nicht, um sich zur Wirksamkeit der internen Kontrollen zu äußern. Ferner umfasst die Revision die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der Vertretbarkeit der von der Geschäftsleitung ermittelten Schätzwerte sowie eine Bewertung der Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind, und wir sind überzeugt, dass die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden.

Gemäß unserer Beurteilung ist der Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermittelt für das am 31. März 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechend den im Jahresabschluss dargelegten Rechnungslegungsgrundsätzen und den Statuten der Bank.

Deloitte AG

Mark D. Ward

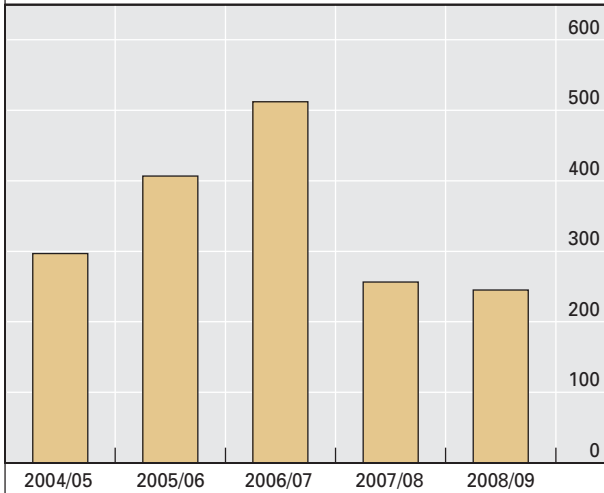
Pavel Nemecek

Zürich, 11. Mai 2009

5-Jahres-Überblick

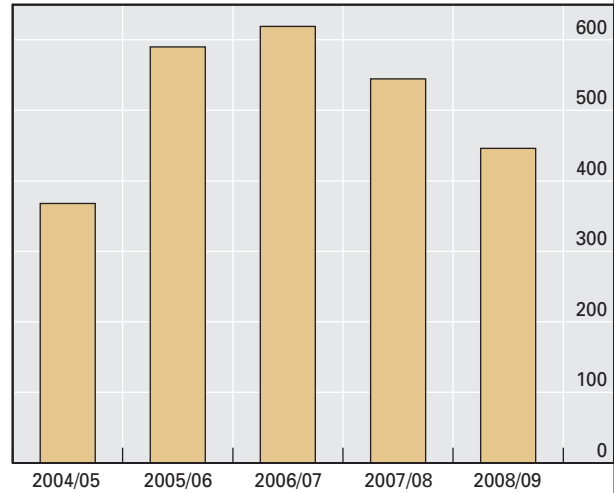
Operativer Gewinn

Mio. SZR



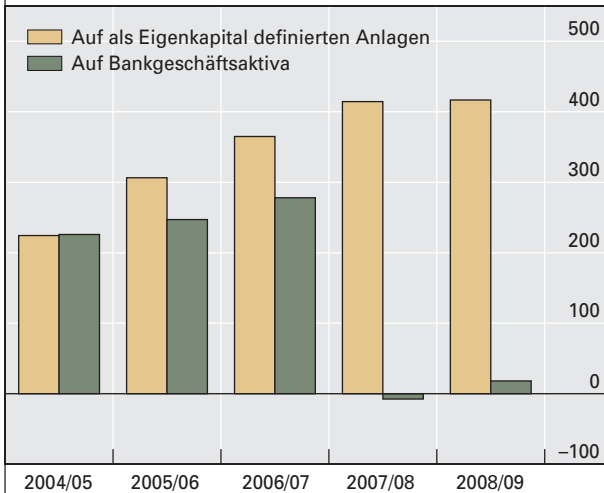
Reingewinn

Mio. SZR



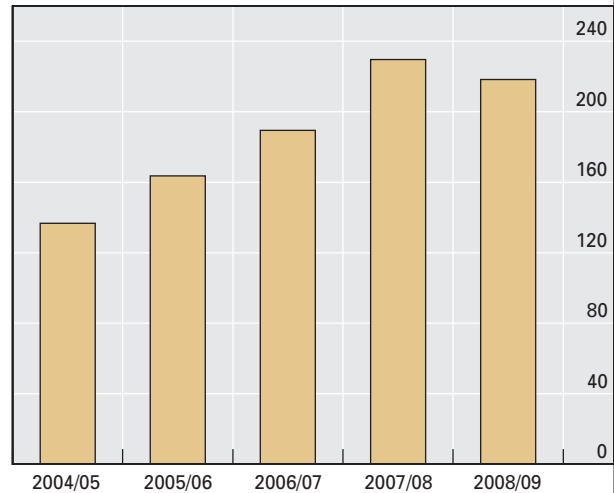
Nettozinsertrag auf Währungsanlagen

Mio. SZR



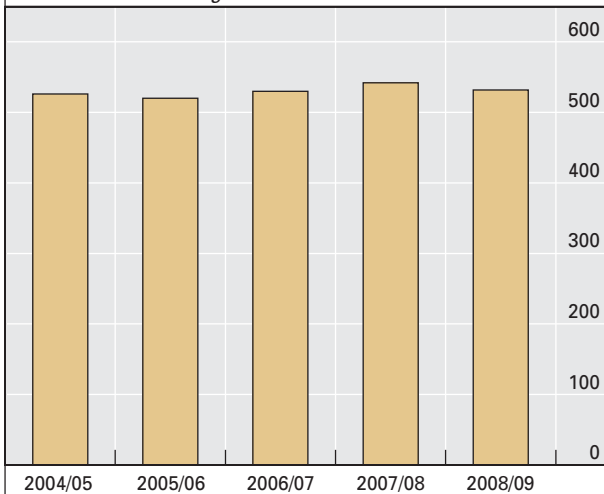
Durchschnittliche Währungseinlagen (Basis Abwicklungsdatum)

Mrd. SZR



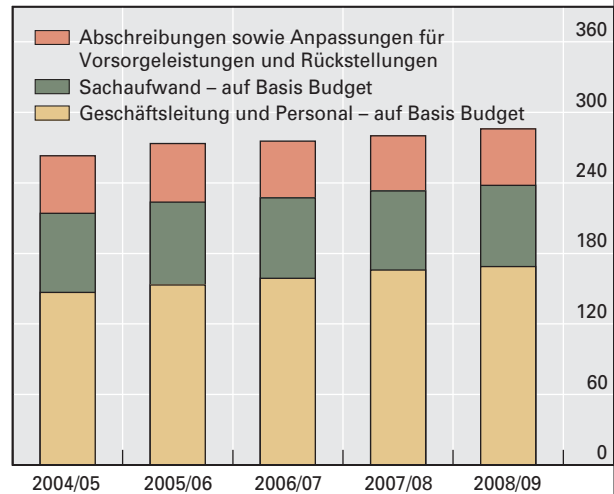
Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte

In Vollzeitstellen umgerechnet



Geschäftsaufwand

Mio. CHF



Neuberechnung der Beträge in den oberen vier Grafiken wegen Änderung des Rechnungslegungsverfahrens im vergangenen Geschäftsjahr.

